



# Plenarprotokoll

## 21. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 24. Januar 2001

<b>Auswirkungen der Bundeswehrplanung auf Schleswig-Holstein</b> .....	1504	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/652	
Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/665		Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/676	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 20 a in die Tagesordnung ein- gereiht .....	1504	Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/677	
<b>Gemeinsame Beratung</b>		<b>d) Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“</b> .....	1505
<b>a) Lebensmittel- und Futtermittelkon- trollen in Schleswig-Holstein</b> .....	1504	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/653	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/646		Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] ....	1505
<b>b) Eckpunkte für einen besseren Ver- braucherschutz und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion als Conse- quenz aus der BSE-Krise</b> .....	1505	Friedrich-Carl Wodarz [SPD] .....	1508
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/650		Claus Ehlers [CDU] .....	1513
<b>c) Entschließung zu den erforderlichen Maßnahmen aufgrund der BSE-Vor- fälle</b> .....	1505	Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1516
		Lars Harms [SSW] .....	1519
		Claus Hopp [CDU] .....	1523, 1535
		Peter Jensen-Nissen [CDU].....	1525, 1533
		Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	1525
		Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirt- schaft und Tourismus .....	1528
		Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	1530
		Maren Kruse [SPD].....	1532
		Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1532

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	1534	<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes .....</b>	1562
Martin Kayenburg [CDU] .....	1536		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung .....	1537	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/642 (neu)	
Beschluss: 1. Annahme des Antrages Druck- sache 15/646		Helmut Jacobs [SPD] .....	1563
2. Überweisung der Anträge Drucksachen 15/650, 15/678, 15/652, 15/676, 15/677 und 15/653 an den Agrarausschuss, den Umweltausschuss und den Sozialausschuss.....	1537	Ursula Sassen [CDU] .....	1563
		Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] ....	1564
<b>Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein</b>	1537	Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1565
Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. Drucksache 15/659		Lars Harms [SSW] .....	1565
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/15680 (neu) - 2. Fassung -		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten .....	1565
Dr. Trutz Graf Kerksenbrock [CDU].....	1538	Beschluss: Überweisung an den Umwelt- ausschuss.....	1566
Maren Kruse [SPD].....	1539		
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] ....	1540	<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes.....</b>	1566
Rainder Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1541	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/649	
Silke Hinrichsen [SSW] .....	1542	Holger Astrup [SPD].....	1566
Herlich Marie Todsens-Reese [CDU] .....	1543	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	1566
Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirt- schaft und Tourismus .....	1543		
Beschluss: Annahme des Antrages Druck- sache 15/680 (neu) - 2. Fassung - .....	1545	<b>Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft Schloss Plön .....</b>	1567
<b>Auswirkungen der Bundeswehrplanung auf Schleswig-Holstein.....</b>	1545	Antrag des Ministers für Finanzen und Energie Drucksache 15/658	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/665		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	1567
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	1545	Hans-Jörn Arp [CDU].....	1568
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] .....	1547	Ursula Kähler [SPD] .....	1569
Hermann Benker [SPD].....	1549, 1559	Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	1570
Martin Kayenburg [CDU] .....	1552	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	1572
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1554	Anke Spoorendonk [SSW].....	1573
Anke Spoorendonk [SSW].....	1556	Werner Kalinka [CDU] .....	1573
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] .....	1558	Beschluss: Überweisung an den Finanzaus- schuss .....	1574
Klaus Buß, Innenminister .....	1560		
Heinz Maurus [CDU] .....	1561	<b>Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabga-</b>	
Beschluss: Beratung abgeschlossen .....	1562		

<b>bengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) .....</b>	1574	Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses	
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU		Drucksache 15/644	
Drucksache 15/656		Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD],	
Heinz Maurus [CDU] .....	1574	Berichterstatter .....	1581
Klaus-Peter Puls [SPD] .....	1575	Beschluss: Für erledigt erklärt .....	1581
Günther Hildebrand [F.D.P.] .....	1576		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] .....	1577	<b>Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a des GG; hier: Anmeldung zum 30. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ .....</b>	1581
Silke Hinrichsen [SSW] .....	1577		
Klaus Buß, Innenminister .....	1578	Bericht der Landesregierung	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss .....	1578	Drucksache 15/581	
<b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein .....</b>	1578	Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 15/645	
Drucksache 15/572		Roswitha Strauß [CDU],	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses		Berichterstatterin .....	1581
Drucksache 15/648		Beschluss: Annahme der Beschlussempfehlung Drucksache 15/645 .....	1581
Monika Schwalm [CDU],			
Berichterstatterin .....	1579		
Beschluss: Verabschiedung .....	1579		
<b>Durchführung der Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Flurbereinigungsgerichts .....</b>	1579		
Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW		<b>Regierungsbank:</b>	
Drucksache 15/637		Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Beschluss: Annahme .....	1579	Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
<b>Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 27. Februar 2000 .....</b>	1579	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses		Klaus Buß, Innenminister	
Drucksache 15/636		Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Monika Schwalm [CDU],		Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Berichterstatterin .....	1579	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
<b>Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht für allgemein- und berufsbildende Schulen .....</b>	1581	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
Antrag der Fraktion der CDU		Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Drucksache 15/214			

\* \* \* \*

\* \* \* \*

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die erste Plenartagung des Jahres 2001. Ich wünsche Ihnen für dieses Jahr alles Gute und uns gemeinsam eine erfolgreiche und gute politische Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall)

Diese Tagung ist die 9. Plenartagung. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind Frau Abgeordnete Fröhlich, Herr Abgeordneter Sager und Herr Abgeordneter Stritzl. Wir wünschen allen baldige und gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Abgeordneter Feddersen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Frau Ministerpräsidentin hat mir mit Schreiben vom 19. Dezember 2000 Folgendes mitgeteilt:

„Mit Wirkung vom 1. Januar 2001 tritt Herr Staatssekretär Heinrich Alt sein Amt als Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit an. Aus diesem Grunde darf ich Ihnen mitteilen, dass ich mit Wirkung vom 1. Januar 2001 Herrn Horst-Dieter Fischer zu seinem Nachfolger als Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales ernannt habe.“

Herr Fischer, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hauses und wünsche Ihnen für Ihre künftige Arbeit eine glückliche Hand und alles Gute.

(Beifall)

Die F.D.P.-Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag eingebracht.

**Auswirkungen der Bundeswehrplanung auf Schleswig-Holstein**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/665

Ich gehe davon aus, dass das Wort zur Begründung der Dringlichkeit nicht extra gewünscht wird und ich daher gleich über die Dringlichkeit abstimmen lassen kann. - Das ist der Fall. In diesem Zusammenhang weise ich auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hin, wonach eine Zweidrittelmehrheit für die Bejahung der Dringlichkeit erforderlich ist.

Wer die Dringlichkeit dieses Antrages bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit einstimmig be-

jaht. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Punkt 20 a in die Tagesordnung einzureihen. Wir werden die heutige Nachmittagssitzung mit der Beratung dieses Punktes beginnen. - Widerspruch höre ich nicht, dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2 und 8 sowie 26 bis 28 ist eine Aussprache nicht geplant.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 11, 13, 15 und 16, Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein, Eckpunkte für einen sicheren Verbraucherschutz, Entschleunigung zu den erforderlichen Maßgaben aufgrund der BSE-Vorfälle und Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“.

Ferner wurde mir mitgeteilt, dass die Antragsteller ihren Antrag zum Tagesordnungspunkt 10, Keine Wiedereröffnung des Grenzüberganges Kupfermühle-Kruså für LKW, Antrag der Abgeordneten des SSW, Drucksache 15/643, zurückgezogen haben, weil er sich erledigt hat.

Anträge zur Aktuellen Stunde und Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 9. Tagung. Wir werden unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18:00 Uhr tagen. Widerspruch höre ich nicht. - Dann werden wir so verfahren.

Unsere Gäste sind noch nicht da, aber in der Loge begrüße ich unsere ehemalige Kollegin Frau Abgeordnete Gravert.

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11, 13, 15 und 16 auf.

**Gemeinsame Beratung**

**a) Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/646

(Präsident Heinz-Werner Arens)

**b) Eckpunkte für einen besseren Verbraucherschutz und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion als Konsequenz aus der BSE-Krise**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/650

**c) Entschließung zu den erforderlichen Maßnahmen aufgrund der BSE-Vorfälle**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/652

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/676

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/677

**d) Gütezeichen „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/653

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. -  
Dann eröffne ich die Aussprache.

Ich erteile Frau Abgeordneter Happach-Kasan das Wort.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meldungen heute Früh in den Nachrichten, Meldungen auf der ersten Seite norddeutscher Zeitungen zeigen: **Lebensmittelskandale** gibt es nicht nur im Bereich BSE, sie gibt es auch in anderen Feldern. Wir müssen um die Gesundheit unserer Lebensmittel besorgt sein, unabhängig von dieser aktuellen Krise, die heute Thema der Tagesordnung ist.

Seit dem 24. November 2000 ist die BSE-Freiheit Deutschlands Geschichte. Dies ist zu Tage getreten, weil der Lebensmittelhandel freiwillig, ohne jegliche gesetzliche Grundlage bei einem Schlachtrind einen **BSE-Schnelltest** durchführen ließ. Staatliche Kontrollen haben zur Aufdeckung von BSE in einem schleswig-holsteinischen Bestand nichts beigetragen. Die Behörden in ihrem Verantwortungsbereich, Herr Umweltminister, haben versagt.

Hinweise, dass Deutschland nicht BSE-frei ist, gab es schon früher, aber niemand - ich betone: niemand - hat sie ernst genommen, auch diejenigen nicht, die jetzt für sich reklamieren, es schon immer gewusst zu haben.

1990 traten in Niedersachsen auf einem Hof bei Hannover **BSE-Verdachtsfälle** auf. Der zuständige Minister war Karl-Heinz Funke, SPD. Dem Verdacht wurde nicht nachgegangen. Experten wie der Europaabge-

ordnete Reimer Böge sind der Auffassung, dass diese möglicherweise die ersten deutschen BSE-Fälle waren.

1994 vermutete eine Tierärztin, dass es in einem Schlachthof im Kreis Segeberg BSE-auffällige Tiere gegeben habe. Die Gehirne mehrerer Tiere wurden untersucht. Der Gutachter stellte fest, dass perineuronale Vakuolen gefunden wurden und bewertete dies vorsichtig als - ich zitiere aus dem Gerichtsurteil des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts vom 23. Mai 1997 - „histopathologisch kein eindeutiger Hinweis auf BSE“.

Im Untersuchungsbericht der Landesregierung vom 5. Oktober 1994 - Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Schleswig-Holstein - heißt es jedoch abschließend: „Der Vorwurf, BSE-verdächtige Rinder seien geschlachtet worden, trifft eindeutig nicht zu.“

Auch in diesem Fall ist festzustellen, der Verdacht wurde ignoriert. Der zuständige Minister war Hans Wiesen, SPD. Und noch auf der vorletzten Sitzung des Agrarausschusses nach dem ersten BSE-Fall in Schleswig-Holstein wiegelte Staatssekretär von Plüskow auf meine Nachfrage hin ab, da sei nichts gewesen.

In der Entscheidung der Kommission 98/272/EC werden die Länder der EU verpflichtet, ein **Monitoring-Programm** aufzulegen, um das Vorkommen von BSE in ihren Rinderbeständen zu untersuchen. Über die Umsetzung heißt es in einem Bericht der EU vom Dezember 2000, dass in einem Labor in Nordrhein-Westfalen, das für BSE-Kontrollen zuständig war, mehr als 30 % der Proben nicht getestet werden konnten, weil sie vergammelt waren - wörtlich: „They were rotten“; zuständige Ministerin: Bärbel Höhn, Grüne. Ähnliches wird aus Bayern berichtet. Die zuständige Ministerin - CSU - ist gerade zurückgetreten.

Dieselbe Frau Höhn lässt sich jetzt feiern, weil sie in Nordrhein-Westfalen 5.000 Rinder auf BSE testen ließ. Die EU sieht keinen Grund für Eigenlob und wertet den Test ausdrücklich nicht als Umsetzung der EU-Entscheidung. Und dies mit gutem Grund: Der Test war nicht anerkannt. Es wurden nur Tiere getestet, von denen die Kommission wörtlich sagt: „All the animals tested in this exercise were animals fit for human consumption.“

(Holger Astrup [SPD]: Geht es auch auf Plattdeutsch, Frau Happach-Kasan? - Beifall des Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD])

- Herr Plüschau, es wäre ganz sinnvoll, wenn Sie auch bei den anderen Sachen etwas besser zugehört hätten als beim englischen Text. Aber ich bedanke ich mich für den Beifall.

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Als Fazit will ich festhalten: Hinweise auf BSE sind von Regierungen in Deutschland nicht ernst genommen worden, notwendige Kontrollen wurden nicht durchgeführt.

Vor diesem Hintergrund hat die F.D.P. ihren Berichtsantrag zur Kontrolle der Lebens- und Futtermittel in Schleswig-Holstein gestellt. Niemand kann Lebensmitteln ansehen, ob giftige Zutaten verwendet wurden oder bakterielle Verunreinigungen vorhanden sind. Deshalb brauchen wir **Lebensmittelkontrollen**; Sie gehören zu den wichtigen staatlichen Maßnahmen. Die Verbraucherinnen und Verbraucher vertrauen auf die Lebensmittel, die ihnen an der Ladentheke angeboten werden.

Der Umweltminister dieses Landes hat schon vorab erklärt, dass Lebensmittel teilweise Sondermüll seien.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Das ist in der grünen Szene ein gern gepflegtes Klischee. Wenn das so ist, Herr Minister, werden Sie und Ihr Vorgänger zur Verantwortung gezogen. Es liegt in der Verantwortung des jeweiligen Umweltministers, durch Kontrollen dafür zu sorgen, dass die Lebensmittel, die bei uns auf den Tisch kommen, in Ordnung sind.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Von Ihnen, Herr Minister, wird verantwortliches Regierungshandeln erwartet, nicht Verbalradikalismus gegen Ihnen verhasste Berufsgruppen. Im Übrigen, Herr Minister: Sie sind auch für Sondermüll verantwortlich.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Was hilft den Verbraucherinnen und Verbrauchern Ihre Charakterisierung der Lebensmittel als Sondermüll? - So viel wie Ihre sonstige Politik - nämlich nichts.

Mein Kollege Peter Jensen-Nissen hat aufgezeigt, dass die **Futtermittelkontrollen** in diesem Land äußerst lasch gehandhabt wurden. Anders gesagt: Futtermittelkontrollen waren Rot-Grün kaum eine müde Mark wert.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Bei Mängeln trifft es ja nur die Landwirtschaft!

Nicht einmal das bereits seit 1994 bestehende Verbot der Verfütterung von Tiermehl an Wiederkäuer wurde überwacht, obwohl doch das Verbot der Verfütterung von Tiermehl zu Ihren Glaubenskenntnissen gehört. Verbote werden von Rot-Grün immer wieder gefor-

dert, die erforderlichen Mittel für die zur Umsetzung von Verboten notwendigen Kontrollen stellt Rot-Grün jedoch nicht bereit. Rot-Grüner Schnickschnack hat immer Vorrang. Damit wird der immer wieder laut werdende Ruf nach Verboten als wirkungsloser Reflex entlarvt.

Die Bewältigung der durch das Auftreten von BSE in deutschen **Rinderbeständen** eingetretenen **Krise in der Land- und Ernährungswirtschaft** verlangt ein zielstrebiges und vorrangig auf die Bewältigung der Krise ausgerichtetes Management.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Gerade Schleswig-Holstein kann sich auch vor dem Hintergrund der finanziellen Lage des Landes nichts anderes leisten. Mein Kollege Kubicki hat das gerade erst in einer Presseerklärung dargestellt. Die Landesregierung scheint das nicht weiter zu besorgen. Jeglicher ideologische Schnickschnack hat zur Folge, dass die Menschen im Land verstärkt den Eindruck gewinnen, die Politik kümmere sich nur um ihre ideologischen Grabenkämpfe, aber nicht um die Sorgen und Nöte der Menschen im Land.

Die Gesundheit der Menschen muss gewährleistet sein, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in unsere Nahrungsmittel wieder hergestellt und die Existenz mittelständischer Betriebe gesichert werden. Arbeitslosigkeit und Insolvenzen in der Land- und Ernährungswirtschaft sind für die betroffenen Menschen genauso schlimm wie in jedem anderen Wirtschaftsbereich. Da darf die Politik nicht mit einem Achselzucken zur Tagesordnung übergehen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn nun machen?)

Der **Antrag von SPD und Grünen** „Eckpunkte für einen besseren Verbraucherschutz und eine gesunde Nahrungsmittelproduktion als Konsequenz aus der BSE-Krise“ enthält Positionen, denen die F.D.P. durchaus zustimmen kann, nicht aber dem Antrag insgesamt. Einige Formulierungen sind nicht überzeugend, werte Kollegen! Was bedeutet denn „Umkehr in der Nahrungsmittelproduktion“? Soll links herum statt rechts herum gepflügt werden? Es bleibt doch dabei, dass Kühe Kälber gebären und Milch geben. Oder wollen Sie das ändern? Ich weiß auch nicht, was Sie unter einer „Offensive im Bereich der Lebensmittelstandards“ verstehen. Das klingt sehr militärisch. Das Problem ist aber doch, dass die Landesregierung noch

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

nicht einmal die Umsetzung der bisherigen Standards sicherstellen kann.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Detaillierte Vorschriften, Leitlinien zur Landwirtschaft, Erlasse und so weiter und so fort - davon haben wir genug, und von kleinst strukturierten Anordnungen ebenfalls. Wir brauchen größer strukturierte Leitlinien statt derartig detaillierte und fehlinformierende Angaben, wie Sie sie in Ihrem Antrag gemacht haben.

Wir haben einen **Alternativantrag** vorgelegt, der Ihnen, wie ich hoffe, sofort zugehen wird. Darin gehen wir nicht ins Detail, sondern geben **Leitlinien** vor. Der Schutz der Verbraucher hat oberste Priorität. Wir brauchen eine artgerechte und „gläserne“ Tierhaltung. Das Gütezeichen der Landwirtschaftskammer muss weiter entwickelt werden. Denn anders als andere Bundesländer haben wir doch bereits ein bundesweit bekanntes Gütezeichen. Warum wollen wir es nicht nutzen, um für besonders sichere und vielfältig geprüfte Lebensmittel zu werben?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen müssen intensiviert werden, denn es sind Defizite zutage getreten. Wir brauchen eine natur- und umweltverträgliche Landwirtschaft. Wir wollen eine Weiterentwicklung der EU-Agrarreform mit einer Grünlandprämie. Wir brauchen auch in Schleswig-Holstein BSE-Forschung. Nur dann haben wir schnell und umfassend Zugriff zu den aktuellsten Forschungsergebnissen anderer Einrichtungen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Im Übrigen bringen die Institute der CAU wie der Fachhochschule glänzende Voraussetzungen für ein attraktives Forschungsprogramm mit. Warum wollen wir diese Kapazitäten nicht nutzen?

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Aber, werte Kolleginnen und Kollegen auf der linken Seite, wir wollen den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Wollen wir auch!)

Denn sonst könnten alle gut gemeinten Maßnahmen dazu führen, dass wir unsere Lebensmittel importieren müssen, weil bei uns alle Produzenten Pleite gegangen sind.

Zum **Entschließungsantrag der CDU** bringt die Fraktion der F.D.P. ebenfalls einen Änderungsantrag

ein, der eingereicht ist und längst vorliegen müsste. Wir alle hoffen, dass entsprechend den Ankündigungen im Sommer ein Lebendtest auf BSE zur Verfügung stehen wird. Dies würde die Bekämpfung der Krankheit unendlich erleichtern. Noch ist das Zukunftsmusik, dennoch sollte festgelegt werden, dass der Staat die Übernahme der Gebühren für den Schnelltest nur bis zu diesem Zeitpunkt garantieren kann. Schließlich soll der Lebendtest - wenn er zur Verfügung steht - möglichst schnell und von allen Betrieben zur Sanierung der Rinderbestände genutzt werden. Wie die Anwendung des noch nicht vorhandenen Tests dann zu finanzieren ist, ist jetzt nicht zu entscheiden. Zurzeit haben wir wirklich andere Sorgen.

Die Entscheidung des Bundestages, das Verfüttern von Tiermehl total zu verbieten, musste die Landwirte unvorbereitet treffen. Dies hatte niemand erwartet. Daher gibt es **Restbestände** von **Futtermitteln** in den Betrieben. Futtermittel, die beim Einkauf legal waren, dürfen aufgrund der geänderten Rechtslage nunmehr nicht mehr verfüttert werden. Um das zu gewährleisten, sollten diese Futtermittel von den Behörden sichergestellt und ihre Beseitigung veranlasst werden, sofern das nicht bereits geschehen ist.

Über die Frage, wie **Rinderbestände** zu behandeln sind, in denen ein BSE-krankes Tier nachgewiesen wurde, gibt es Diskussionen. Die einen fordern das **Keulen** des gesamten Bestandes, in dem BSE nachgewiesen wurde, die anderen das Keulen einer Kohorte, das heißt einer definierten Menge von Tieren, bei denen eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, dass ein weiteres Tier an BSE erkrankt ist. Beim zweiten BSE-Fall in Schleswig-Holstein hat die Landesregierung entschieden, dass der Herkunftsbestand des Tieres, nicht jedoch der Bestand, in dem sich das Tier zuletzt aufgehalten hat, zu keulen ist. Damit ist die Landesregierung der Hypothese gefolgt, die besagt, dass BSE nicht von Tier zu Tier übertragen wird. Dieser Entscheidung stimme ich zu; das habe ich auch im Ausschuss getan. Konsequenz wäre es, in Zukunft analog zu verfahren und nur noch die Kohorte zu keulen. Das sind die Tiere, die mit dem erkrankten Tier in einem direkten Verwandtschaftsverhältnis stehen, und diejenigen, die in einem Zeitraum von einem Jahr vor der Geburt des Tieres bis ein Jahr danach geboren wurden. Diese Tiere haben voraussichtlich dieselben prioneninfizierten Futtermittel gefressen.

Die **Erfahrungen** in der **Schweiz** stützen eine solche Vorgehensweise. Dort wurde bis jetzt bei 365 Tieren BSE nachgewiesen. Bei 352 Tieren war dies der einzige Fund im Bestand. Nur in einem Bestand gab es drei Fälle. Zurzeit geht niemand - auch nicht die grüne Landwirtschaftsministerin - davon aus, dass die BSE-

**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Erkrankungen in Deutschland britische Ausmaße annehmen werden. Dort gab es bis jetzt mehr als 180.000 an BSE erkrankte Tiere. Die Situation in Deutschland entspricht somit eher der in der Schweiz als der in Großbritannien. Daher ist das Schweizer Vorgehen als Vorbild geeignet.

Das **Tierschutzgesetz** schreibt uns vor, dass ein vernünftiger Grund zum Töten eines Tieres bestehen muss. Wenn für die Sicherheit der Nahrungsmittel das Töten einer Kohorte ausreichend ist, widerspricht es dem Tierschutzgesetz, den ganzen Bestand zu keulen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Ich weiß, dass die Ansicht weit verbreitet ist, dass der Verbraucherschutz umso höher sei, je höher der Blut-zoll ist, der gezahlt wird. Doch das ist falsch, denn die Tötung von gesunden Tieren hilft niemandem.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Die Erfahrungen in der Schweiz haben auch ergeben, dass nach einem BSE-Fall in einem bestimmten Bestand und nach der darauf folgenden Keulung einer Kohorte die Vermarktung von Milch und Fleisch des Restbestandes nur wenige Probleme bereitet hat. Allerdings wurde dies von einer umfassenden Aufklärung der Verbraucher begleitet. Das ist kein Selbstgänger. Aber sollen gesunde Tiere getötet werden, nur weil niemand eine ernsthafte Verbraucheraufklärung will?

Der zuständige Direktor der Abteilung für klinische Veterinärmedizin der Universität Bern, Prof. Marc Vandervelde, erklärte im „Ernährungsdienst“ vom 17. Januar 2001 auf die Frage nach der Übertragbarkeit des Schweizer Modells auf Deutschland:

„Das ist in erster Linie ein Imageproblem. Angesichts der in Deutschland besonders ausgeprägten Hysterie könnte es Probleme beim Absatz von Fleisch und Milch geben. Gesundheitliche Risiken bestehen nicht.“

Aufgabe der Politik ist es, die Vermeidung gesundheitlicher Risiken zu gewährleisten. Dafür ist die Kohortenlösung ausreichend.

Die beabsichtigte **Herauskaufaktion der EU** von 30 Monate alten Rindern soll der Land- und Ernährungswirtschaft helfen. Diese Hilfe ist bitter nötig. Schlachtreife, gesunde Bullen sind unverkäuflich, sie müssen weiter ernährt werden, ohne dass die Betriebe sie in absehbarer Zeit verkaufen können. Sie verursachen Kosten; eine Einnahme steht nicht zu erwarten. Selbst die besten Betriebe können dies nicht lange durchhalten.

Dennoch kann mit einer Herauskaufaktion zur Entlastung erst begonnen werden, wenn die Regierungen entschieden und entsprechend geplant haben, was mit den getöteten Tieren geschehen soll. 400.000 Rinder - wie geplant - lassen sich nicht im Knick verscharren. Es muss vorher entschieden werden, was damit geschehen soll. Dies ist eine Lehre aus den Erfahrungen in Großbritannien.

Rot-Grün hat immer wieder erklärt, dass in der Krise auch eine Chance liege. Ich vermag diesem Schönreden einer für viele Betriebe in diesem Lande existenzbedrohenden Situation erst dann etwas abzugewinnen, wenn es uns gemeinsam gelingt, die vorhandene Neigung zur Hysterie zurückzudrängen und damit den Freiraum für die sachlich gebotenen Entscheidungen zu schaffen.

(Beifall bei SPD und CDU)

In dieser Hinsicht erwarte ich von der **Landesregierung** mehr **Engagement**, als sie bisher bewiesen hat, wenngleich ich sagen will, dass die Informationsschrift des Umweltministers in wesentlichen Teilen korrekt ist. Nach meiner Auffassung muss Politik mehr sein als nur das Management von Emotionen.

(Unruhe bei der SPD)

Die Politik soll den Menschen im Lande dienen, dem Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch der Existenz von Betrieben, denen wir in der sozialen Marktwirtschaft eine Menge Verantwortung aufbürden. Ich bin der Auffassung, dass wir die vorliegenden Anträge im Ausschuss beraten sollten, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich Besucher begrüßen. Zwischenzeitlich haben sich auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Bruno-Lorenzen-Realschule Schleswig mit ihren Lehrkräften eingefunden. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Wodarz das Wort.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Gesprächsthema Nummer eins ist derzeit **BSE**. Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich, in dem die Menschen in Deutschland und mittlerweile in ganz Europa nicht die Frage nach der Gesundheit der Nahrungsmittel diskutieren. BSE ist dabei mittlerweile nur noch



**(Friedrich-Carl Wodarz)**

ein Stichwort. Die jüngsten Futtermittelskandale in der Schweinemast leiten zu einer allgemeineren Diskussion über.

Das Interessante an dieser Diskussion ist, dass sie meistens sehr sachlich und differenziert geführt wird. Liebe Kollegin Happach-Kasan, den ersten Teil Ihrer Rede sollten wir abhaken; das hatte mit Sachlichkeit und Aufklärung nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Im zweiten Teil - das gestehe ich Ihnen zu - finden sich Positionen, über die man unterschiedlicher Meinung sein kann, die man aber vielleicht auch so sehen kann, wie Sie sie gesehen haben. Doch sollten wir aufpassen, uns nicht in Schuldzuweisungen zu verliehen, wie Sie sie zu Anfang in fast jedem zweiten Satz gebracht haben,

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Ich habe doch nur aufgezählt!)

sondern wir sollten versuchen, zu analysieren und Lösungen zu finden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Bei **Schuldzuweisungen** werden alle schlecht abschneiden. Ich kann mich an keinerlei Engagement der F.D.P. in dieser Frage seit dem Bekanntwerden der BSE-Krise erinnern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und abgesehen von den Fragen, die Sie in der Tat gestellt haben, kann ich mich auch nicht erinnern, dass Sie konkrete Forderungen erhoben hätten.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Verschleiern Sie nicht Ihre Untätigkeit. Sie haben hier überhaupt nichts gemacht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

In der letzten Landtagstagung hat die SPD-Fraktion bereits eine **Neuorientierung** in der Landwirtschaft und in der Ernährungsmittelindustrie gefordert. Seit dieser Tagung hat sich einiges verändert. Damit meine ich nicht nur den Wechsel der Minister. Es gibt mehrere Vorschläge und Papiere. Die wirkungsvollsten waren zunächst das Papier des Staatssekretärs Wille und die Vorschläge der nordrhein-westfälischen Ministerin Bärbel Höhn.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Alle diese Vorschläge sind im Grunde nicht neu. Die Art und Ernsthaftigkeit allerdings, wie jetzt diskutiert wird, sind neu. Es bedurfte offensichtlich dieser gesellschaftlichen Krise, um endlich zu **Handlungskonzepten** und deren Umsetzung zu kommen.

Und dies sage ich an die Adresse aller: Während früher Gedankengänge über eine Ökologisierung der Landwirtschaft bestenfalls als fach- oder sachfremde Spinnereien abgetan wurden, öffnen sich heute immer mehr Menschen solchen Gedankengängen. Ich konnte das unmittelbar bei meinem Besuch der Grünen Woche in Berlin erleben. Nicht nur Landwirte, sondern auch Verarbeiter und Gastronomen fordern eine Neuorientierung. Ein „Weiter so!“ wurde von allen abgelehnt, und man argumentierte sehr differenziert.

Ich halte die Aufklärungskampagne einiger Bauern in Schleswig-Holstein - ich denke an die von Rendsburg oder Flensburg - für den richtigen Weg, um aufzuklären, aber auch um die Befindlichkeit der Verbraucher zu erfahren.

Ich möchte allerdings gern einmal wissen, was Treckerblockaden oder Rinder auf Autobahnen und Bundesstraßen zur Vertrauensbildung beim Verbraucher beitragen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da versuchen die Funktionäre nur ihre Handlungsdefizite zu kaschieren. Mehr ist das nicht.

(Claus Ehlers [CDU]: Und wo kommen die her?)

Die Stellungnahme des Kammerpräsidenten Fruchtenicht, die ich heute Morgen noch schnell überfliegen konnte, begrüße ich. Das Gespräch nehmen wir gern an.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die neuerlichen **Futtermittelskandale** in Bayern und Österreich und mittlerweile auch schon in Norddeutschland machen die Vertrauensbildung aber nicht leichter. Die Arroganz, mit der ein Herr Stoiber auf diese kriminellen Machenschaften reagiert, ist schon erstaunlich. Das Positive an diesen Skandalen aber ist, dass sie öffentlich werden und die Mehrheit der Verbraucher sie nicht mehr toleriert. BSE wurde in Deutschland erst wahrgenommen, nachdem kontrolliert worden war. Dass in bestimmten Mastsystemen Antibiotika eingesetzt werden, ist keine Neuigkeit.

(Friedrich-Carl Wodarz)

Nicht umsonst verbieten und kontrollieren Markenfleischprogramme die Verwendung dieser Zusatzstoffe. Natürlich müssen wir fordern, dass schärfere und häufigere Kontrollen durchgeführt werden, und wir müssen uns auch eingestehen und es auch machen, dass dafür mehr Mittel bereitgestellt werden müssen.

**SPD und Grüne** im Schleswig-Holsteinischen Landtag bitten die Landesregierung, sich an den im **Antrag** formulierten **Eckpunkten** zu orientieren. Wir fordern absolute Priorität für einen effizienten Verbraucherschutz. Unabhängig von Markenprogrammen oder Qualitätssiegeln darf von den Nahrungsmitteln grundsätzlich kein Gesundheitsrisiko ausgehen. Gesunde Lebensmittel müssen selbstverständlich und für jeden Geldbeutel erschwinglich sein. Die Qualitätssiegel sollten darüber hinaus Anforderungen an die Produktionsweise, die Tierhaltung und die Umweltverträglichkeit stellen.

(Claus Ehlers [CDU]: Machen Sie doch da mal Vorschläge!)

Einen undifferenzierten Einsatz der Gentechnik lehnen wir weiterhin strikt ab.

(Beifall bei der SPD)

Ich verstehe die naive Technikgläubigkeit der CDU überhaupt nicht, und da möchte ich auch Sie, Frau Happach-Kasan, einreihen. Schauen Sie sich einmal auf dem US-Markt um. Mittlerweile werden dort auf rund 17 % der Ackerflächen transgene Pflanzen angebaut. Und schon sind die ersten Anzeichen von Umweltunverträglichkeit und Gesundheitsschädlichkeit zu beobachten. Da sterben die Schmetterlinge und es gibt nachgewiesenermaßen allergische Reaktionen. Die Verbraucher auch in den USA - das nimmt man in Europa vielleicht nicht immer so wahr - reagieren inzwischen und kaufen kein Genfood. Mittlerweile setzt die Agro-Industrie Milliarden in den Sand.

Wenn uns die heimische CAU die **Gentechnologie** als Allheilmittel gegen den Welthunger einreden will, halte ich dem ein Zitat der Agrarexpertin Jane Rissler entgegen, die die Unterernährung nicht als ein Problem falscher Technik, sondern der Armut entlarvt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und weiter zitiere ich Frau Rissler:

„Jahrzehntelang haben uns die Firmen einzureden versucht, dass ihre Pestizide gar nicht so schlimm seien. Jetzt teilen uns die selben Firmen mit, die Pestizide seien eben doch derart gefährlich, dass wir Genpflanzen brauchen, die einen geringeren Pestizideinsatz er-

möglichen. - Halten die uns eigentlich für blöde?“

Das Stichwort von der „gläsernen Produktion“ ist mittlerweile in aller Munde. Setzen wir diese Forderung also um, und zwar umgehend! Die lückenlose **Herkunftskennzeichnung** ist bei uns schon heute durchführbar. Warten wir nicht auf eine EU-Richtlinie oder ein Bundesgesetz - was natürlich kommen muss; ich will hier nicht missverstanden werden -, sondern handeln wir bis dahin freiwillige Vereinbarungen aus, die es ja schon gibt.

Unlängst hörte ich von einer Erzeugergemeinschaft, die sich zu sehr strikten **Qualitätsstandards** verpflichtete. Jedes Mitglied musste einen Wechsel über 20.000 DM hinterlegen, der bei einem Richtlinienverstoß sofort fällig wird. Bislang wurde ein Wechsel fällig. Zu einer solchen Erzeugergemeinschaft hätte ich Vertrauen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landwirte, die unerlaubte Antibiotika eingesetzt haben, sind kriminell. Diese „Herrschaften“ wussten, was sie tun. Ich akzeptiere nicht die entschuldigenden Kommentare, der scharfe **Wettbewerb** zwingt sie zu solchen Maßnahmen. Viele gesetzestreue und wirtschaftlich erfolgreiche Landwirte beweisen das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Der Wettbewerb ist immer scharf, und Wettbewerb führt immer zu Verdrängung. Das ist ein marktwirtschaftliches Prinzip. Dies rechtfertigt oder entschuldigt kein Handeln, das die Gesundheit von Verbrauchern gefährdet.

(Beifall bei der SPD)

Doch auch die rechtschaffenen Landwirte wissen oft nicht, was sie an ihre Tiere verfüttern. Wie die Lebensmittel so müssen auch die **Futtermittel** klar und vor allen Dingen verständlich deklariert sein. Wer einmal eine solche **Deklaration** gelesen hat, fragt sich manchmal, ob sie wirklich jedem verständlich ist.

Einen breiten Raum nimmt die Frage nach dem Umfang des **Ökolandbaus** in der Diskussion ein. Für die SPD in Schleswig-Holstein darf ich formulieren: Ich lehne jede Festlegung auf eine konkrete Zahl ab.

(Beifall bei der SPD)

Wenn in dem Wille-Papier von einem 20-prozentigen Anteil der Ökolandwirtschaft an der Gesamtproduktion die Rede ist, so spricht der Staatssekretär mittlerweile von einem möglichen Potenzial in dieser Größenordnung. Damit kann ich umgehen, das mag ange-

(Friedrich-Carl Wodarz)

hen. Ein Gradmesser in nicht erreichbaren Prozentanteilen würde nur enttäuschen sowie eine positive Entwicklung verschleiern

(Beifall bei der SPD)

und könnte von den konventionell wirtschaftenden Landwirten als Diskriminierung verstanden werden. Das wollen wir nicht.

Ansonsten wollen und müssen wir die Rahmenbedingungen für den Ökolandbau verbessern und hoffen, dass der Markt dies annimmt. Dazu gehört es aber auch, dass Ökoprodukte professioneller beworben werden. „Öko“ muss heraus aus der Nische! „Öko“ ist gesund und modern, aber kein Produkt, das man mit Lustfeindlichkeit, Esoterik oder Besserwisseri verbindet.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

„Öko“ muss als **Alternative** aber auch präsent sein, und zwar in allen Läden und Supermärkten. Verkaufskampagnen, die den regionalen Bezug der Produkte betonen, wurden in Schleswig-Holstein schon recht erfolgreich durchgeführt. Diese sollten mit Ökoprodukten verbunden werden. Ich erwarte hier von den beteiligten Verbänden aber auch, dass sie unter den Berufskollegen verstärkt über ihre Wirtschaftsweise aufklären, und zwar - ich wiederhole - ohne Besserwisseri und ohne Vorwürfe. Ich habe oft eine große Unwissenheit über ökologische Produktionsmethoden bei konventionellen Landwirten feststellen können. Man kann auch einmal voneinander lernen.

(Beifall bei der SPD)

Hier fordere ich eine deutliche Wende in **Lehre und Forschung** ein; denn die neue Ausrichtung der Landwirtschaft ist eine langfristige Aufgabe. Weder unsere Fachhochschule noch die Universität haben sich bisher in ausreichender Weise der Lehre des ökologischen Landbaus gestellt.

(Claus Ehlers [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Ich habe - im Gegenteil - von Studenten erfahren können, dass diese Produktionsmethode belächelt und allenfalls als Nischenproduktion angesehen wird. Ökolandbau als interdisziplinäres Prinzip ist mittlerweile verstanden worden, Herr Ehlers - insofern relativiere ich das und verweise auf den Lindhof -, aber noch lange nicht umgesetzt worden.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt für die Berufsschulen. Ich fordere in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male neue und verbindliche Lehrpläne.

Unabhängig von der so genannten reinen Lehre muss ein **natur- und umweltverträgliches Wirtschaften** in der Landwirtschaft und in der Ernährungswirtschaft Produktionsprinzip sein. Ein zentraler Punkt dabei wird die Prämienpolitik sein. Grundsätzlich sollten sich Prämien an der Fläche und nicht an der Menge der Produkte orientieren.

Wir werden aber auch zu einem neuen Konsens kommen müssen, wie „gute fachliche Praxis“ zu definieren ist. Der Aufschrei in diesem Landtag - insbesondere von Ihnen, Frau Kollegin Happach-Kasan - über das Diskussionspapier des Ministeriums und der Kammer war schon entlarvend. Der Begriff „gute fachliche Praxis“ darf nicht beliebig interpretiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden ihn regional unterschiedlich auslegen müssen - allerdings nicht so, wie die bayerische Politik es zurzeit macht. Es wird vordringlichste Aufgabe sein, ein **System zur Bewertung und Honorierung von ökologischen Leistungen** aufzubauen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Natur- und umweltverträgliche Landbewirtschaftung sowie eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung werden sehr wichtige Parameter sein.

Die Silomaisprämie ist nur ein agrarpolitischer Unsinn, den es umgehend zu beseitigen gilt und der durch eine Prämie zu ersetzen ist, die Grünland oder den Anbau von eiweißhaltigen Futtermitteln fördert. Hier, Frau Happach-Kasan, sind wir wieder auf einer Linie.

Ich betone auch an dieser Stelle: Wir lehnen die Verfütterung von gentechnisch veränderten Futtermitteln ab. Wenn diese verwendet werden, muss auch auf dem Endprodukt, das heißt auf dem Fleisch, eine verständliche und vollständige Deklaration erfolgen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass wir eine gesunde Nahrungsmittelproduktion nur über eine Ökologisierung der Landwirtschaft erreichen werden.

Neben neuen Standards bei der Vergabe von Qualitätssiegeln der Lebensmittel sollten sich auch mehr Betriebe einem **Umwelt-Audit-System** unterwerfen. Wir stellen dafür Mittel bereit, und die Landesregierung hat meines Wissens bislang keinen Antrag auf ein Umwelt-Audit abgelehnt. - Stimmt!

Wir sollten das Instrument der **Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen** - LSE - zukünftig verstärkt nicht nur im Sinne der Agenda 21, sondern auch im Sinne der Agenda 2000 nutzen.

Ich kann mir sehr gut Projekte vorstellen, die die Einrichtung von Ökobetrieben oder die Umstellung von

(Friedrich-Carl Wodarz)

konventionellen Betrieben einbeziehen. Hier könnte ein Diskurs geführt werden, der alle Betroffenen einbezieht und Akzeptanz vor Ort schafft. Wenn mir ein Ökobauer erzählt, dass er seit der Umstellung seines Betriebes bei seinem Skatklub nicht mehr gelitten ist, dann kann das wirklich nicht das letzte Wort sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vielleicht spielt er schlecht Skat!)

In einer Denkschrift der Robert-Koch-Stiftung wird von „subsidiärer Organisation von Entscheidungsprozessen“ gesprochen, wobei die Mitwirkung und Mitentscheidung der Betroffenen - in unserem Falle Landwirte, Verbraucher, Verarbeiter, die Gemeinde und so weiter -, die ein Umweltproblem durch ihr Verhalten oder Handeln schaffen und es durch Änderungen von Verhalten und Handeln beseitigen sowie begrenzen können, eine wesentliche Ausgestaltung der Subsidiarität darstellt. Dieses sehr wissenschaftlich formulierte Postulat kann in unseren bewährten LSE verwirklicht werden. Ich schlage daher vor, dass wir diese Idee in einigen ausgewählten Referenzprojekten realisieren.

Ich kann mir dies sehr gut in Trenthorst/Wulmenau in Stormarn vorstellen, wo demnächst zirka 300 ha einer neuen Nutzung zugeführt werden. Das Forschungsinstitut wäre als Kompetenzzentrum eingebunden. Gleiches könnte ich mir in der Region des Lindhofes vorstellen.

Wenn der Kollege Feddersen, den ich im Augenblick nicht sehe,

(Zuruf von der CDU: Er ist beurlaubt!)

auf Pellworm das wahr machte, wozu er sich verbal so gern bekennt, so könnte ich mir die dort anlaufende LSE genau in diesem Sinne vorstellen, zumal der Anteil ökologisch produzierender Landwirte mit 12 % auf Pellworm sehr hoch ist. Der Pellwormer Stand auf der „Grünen Woche“ - alle Mitglieder des Agrarausschusses haben das miterlebt - ist sehr sympathisch und meines Erachtens ein guter Werbeträger.

(Beifall bei SPD und CDU)

Lassen wir also den ökologischen Landbau auf der Insel Pellworm nicht zu einem Werbegag verkommen!

Die Diskussion über einen verbesserten **Verbraucherschutz** wird zurzeit im Wesentlichen unter dem Eindruck der BSE-Krise geführt. Die erneuten Futtermittelskandale führen uns drastisch vor Augen, dass die Probleme komplexer sind, zum Teil kriminelle Strukturen aufweisen und es im Wesentlichen um das Verdienen „schnellen“ Geldes geht. Der Verbraucher spielt bei diesen Leuten keine schutzwürdige Rolle.

Unabhängig von der Betriebsgröße - das betone ich - gibt es in fast allen Bereichen der Tierproduktion **Handlungsbedarf**, den wir mit unserem Antrag ebenfalls ansprechen wollen. Das Problem der legalen und illegalen Verwendung von antibiotischen Leistungsförderern und die prophylaktische Verabreichung von antibiotischen Arzneimitteln ist allen bekannt - nicht nur in der Schweinemast, sondern auch in der Geflügelmast. Das Tierschutzgesetz verbietet so genannte Qualzuchtungen, und man regt sich trefflich über Taubenzüchter auf, die - so gebe ich gern zu - eine etwas eigenartige Schönheitsvorstellung haben und Tiere züchten, die in der Wildbahn nicht überlebensfähig sind. Mir erscheint es jedoch wichtiger, dass wir über die millionenfachen **Qualzuchtungen** in der Hähnchen- und Putenmast sprechen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Diese unnatürlichen Hybridzuchtungen leiden oft Höllenqualen und werden in den seltensten Fällen ohne Antibiotika aufgezogen. Jeder weiß das, aber niemand handelt!

Da ich davon ausgehe, dass alle Anträge zur Beratung dem Agrarausschuss überwiesen werden und wir heute nicht in der Sache abstimmen, möchte ich der CDU Folgendes mit auf den Weg geben. Mit einigen Punkten Ihres Antrages kann ich mich sehr wohl einverstanden erklären. Die einzelnen Maßnahmen sind in Ordnung, doch vermissem ich bei Ihnen den Willen oder die Vorstellung für eine grundsätzliche **Neuorientierung**. Sie greifen zu kurz und verharren im alten System.

Dafür typisch ist meines Erachtens, dass Sie in alter **Bauernverbandstradition** zunächst einmal die Übernahme zusätzlicher Kosten durch den Staat fordern. Es ist wirklich interessant: Der Partei, die doch immer die Marktwirtschaft so vehement gegen die Sozialdemokratie zu verteidigen bereit ist, fällt nichts weiter ein, als abgewirtschaftete planwirtschaftliche Instrumente zu fordern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer ein offenes Ohr hat, vernimmt den Unmut der Landwirte über das traditionelle Politikmuster des Bauernverbandes. Herr Sonnleitner rudert schon mächtig zurück. Die Zeiten, in denen ein von Heereman die agrarpolitischen Weichen der Bundesregierung stellte, sind definitiv vorbei,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

**(Friedrich-Carl Wodarz)**

genauso wie die Zeiten, in denen die Agrobusiness-Lobby den Abgeordneten direkt ihre Änderungsvorschläge diktiert hat, vorbei sind.

Nutzen wir diese Krise zu einem Neuanfang - ich möchte mich nicht in die Reihe derer einreihen, die mit Schuldzuweisungen arbeiten -, ohne Schuldzuweisungen, ohne ideologische Scheuklappen, mit Besonnenheit und klaren Zielvorstellungen. Allerdings sollten wir uns drei Prämissen verpflichtet fühlen: dem Verbraucherschutz, dem Umweltschutz und dem Respekt vor der Würde des Tieres.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Ehlers das Wort.

**Claus Ehlers [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch den ersten nachgewiesenen BSE-Fall in Deutschland bei deutschen Rindern ist die Öffentlichkeit zutiefst verunsichert worden. Die Bürgerinnen und Bürger haben bis dahin der gesundheitlichen Unbedenklichkeit der tierischen Nahrungsmittel vertraut. Dies hat sich seit dem 24. November 2000 gründlich geändert. Viele Menschen haben Angst um ihre Gesundheit, seit der Verdacht besteht, die neue Variante der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit werde durch **BSE** ausgelöst.

Die Politik muss diese Ängste aufnehmen und durch klare Entscheidungen das Vertrauen zurückgewinnen. Jetzt ist vor allem ein gemeinsames Handeln aller Verantwortlichen gefordert. **Bund, Länder und EU** haben eine gemeinsame **Verantwortung**.

(Beifall im ganzen Haus)

Die europäische Agrarpolitik muss sich gerade jetzt bewähren.

Der **Antrag der CDU** greift notwendige **Maßnahmen** auf, die teilweise schon angedacht sind, aber unverändert auf eine **Umsetzung** warten. Aber Veränderungen müssen eintreten, sonst haben wir keine Chance, die BSE-Krise zu überwinden.

Futtermittel müssen künftig offen deklariert sein,

(Beifall bei der CDU)

um der Landwirtschaft endlich aufzuzeigen, was sie für ihr Geld erhält und was ihre Tiere zu fressen bekommen. Klammheimliche Zusätze ohne Wissen des Landwirtes darf es in Zukunft nicht mehr geben.

(Beifall im ganzen Haus)

Um künftig Futtermittel, nur weil sie billig zu bekommen, aber möglicherweise mit Risiken behaftet sind, aus dem Futtertrog herauszuhalten, muss eine Positivliste der genehmigten Futtermittelsubstitute aufgestellt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

45.000 t Futtermittelimporte und andererseits 35.000 t Getreideexporte kann man durchaus kritisch sehen. Hier kann die EU künftig zu sinnvolleren Regelungen kommen. Unser gutes Getreide gehört in Deutschland in den Futtertrog und muss nicht mit Subventionen billig auf dem Weltmarkt verschleudert werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Zweifellos brauchen wir eine deutlich verstärkte **Futtermittelkontrolle**; darauf wird mein Kollege Jensen-Nissen näher eingehen.

Die **Rinderkennzeichnung** und die **Fleischetikettierung** müssen durchgängig und EU-weit erfolgen; sonst können wir das Ziel, den Verbraucherinnen und Verbrauchern Sicherheit zu geben, nicht erreichen. Importe wird es auch künftig geben. Diese dürfen aber nicht zu einer Verwässerung der Entscheidung führen und schon gar nicht unterlaufen werden. Niemand hätte dafür bei uns Verständnis.

(Beifall)

Viele Maßnahmen, die jetzt unserer Landwirtschaft helfen sollen, die neuen Belastungen zu tragen, müssen beschlossen und umgesetzt werden. Wir gehen davon aus, dass zunächst für einen begrenzten Zeitraum von 12 Monaten Regelungen gefunden werden müssen, um der Landwirtschaft wirksam zu helfen. Wir können die erforderlichen politischen Entscheidungen, die nun getroffen sind und noch getroffen werden müssen, nicht auf dem Rücken unserer Landwirtschaft allein austragen und sie damit allein lassen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.])

Hier muss der Staat eingreifen, der Verantwortung für die von ihm getroffenen Maßnahmen trägt.

Die Frage, ob ein betroffener Betrieb die **Keulung** hinnehmen muss, beantworten wir klar und eindeutig: Die Kohortenlösung ist eine Alternative, die wir der Landwirtschaft EU-weit anbieten wollen. Nach gründlicher Aufklärung muss die Entscheidung bei der Landwirtschaft liegen. Die auf EU-Ebene getroffene Maßnahme, zur Marktentlastung in Deutschland 400.000 Rinder herauszukaufen, ist nun endlich umzusetzen. Damit noch lange zu warten, ist schon fast ein Anschlag auf die Landwirtschaft, die von Tag zu Tag mehr um ihre Existenz kämpft.

(Claus Ehlers)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier stellt sich langsam ein finanzielles Problem auf den Höfen, auf denen seit über zwei Monaten kaum noch Tiere verkauft worden sind, sodass auch das Tierschutzproblem durch die **Tierdichte** in den Ställen immer dramatischer wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir brauchen dringend einen vertraglich gebundenen Schlachtbetrieb, der bereit ist, über 30 Monate alte Rinder zu schlachten. Die damit verbundenen Risiken sind den Betrieben zu hoch, da sie mit einer achttägigen Sperre rechnen müssen, wenn ein BSE-Fall auftritt, und darüber hinaus mit dem Handel Probleme bekommen können.

Die BSE-Krise in Großbritannien, die ihren Höhepunkt 1992 hatte, ist für die Europäische Gemeinschaft kein Ruhmesblatt. Notwendige Entscheidungen sind verschleppt, teilweise gar nicht in Angriff genommen, verdrängt oder viel zu spät umgesetzt worden. Diese Erfahrung im Hinterkopf ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik angesichts der nun zu uns gelangten Krise nicht besonders groß. Umso schärfer müssen wir nun vorgehen und dabei auch solche Entscheidungen treffen, die zum Teil überzogen sind.

Die **Dimension des BSE-Problems** ist bisher nur zu ahnen. Die Prognosen sind nicht ermutigend. Umso wichtiger ist es, dass die Politik ganz entschieden durchgreift und die Risiken so weit verringert, dass die Sorgen der Menschen ihre sachliche Begründung verlieren.

(Beifall bei der CDU)

Eine hundertprozentige Sicherheit wird es jedoch niemals geben. Wir sollten dies auch nicht behaupten.

Die BSE-Krise ist mit einer Diskussion auf der Ebene der üblichen politischen Auseinandersetzung nicht zu führen. Die äußerst einfache Formel in diesem Zusammenhang, dem **Ökolandbau** muss zum Durchbruch verholfen werden, ist nicht nur falsch, sondern löst das BSE-Problem nicht im Geringsten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dieser sehr einfach gestrickten Logik folgend, müssten wir allen Verbraucherinnen und Verbrauchern raten, Produkte aus Großbetrieben zu kaufen, da BSE-Fälle bisher überwiegend in kleinen und mittleren Betrieben aufgetreten sind.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stellt aber die Logik auf den Kopf!)

- Ja, die kriegen Sie gleich noch zu hören. - Die Äußerungen des Umweltministers Müller, der landwirtschaftliche Produkte in die Nähe von Sondermüll gerückt hat,

(Martin Kayenburg [CDU]: Unglaublich!)

passen in diese zunehmend ideologisch geführte Diskussion.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

In aller Klarheit: Vor derartigen Äußerungen nehme ich unsere Landwirtschaft ausdrücklich in Schutz und weise sie entschieden zurück.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Warnung des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Hay an die Grünen, die BSE-Krise nicht zu ideologisieren, geht angesichts des gemeinsamen Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ins Leere. Dieser Antrag lässt kein gutes Haar an der konventionellen Landwirtschaft und setzt ausschließlich auf den Ökolandbau. Eine nachhaltige, tierartgerechte, herkömmliche Landwirtschaft hat bei der SPD und ebenso bei den Grünen kaum noch eine Chance.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Claus, du müsstest einen Antrag stellen!)

Wir alle wollen gesunde und einwandfreie Lebensmittel. Der Irrglaube, die Ökolandwirtschaft, die sowohl Knochenmehl als auch Blutmehl als Dünger für die Felder verwenden durfte, sei der einzige Weg aus der BSE-Krise, ist nicht nur falsch, sondern sogar eine Verdummung der Verbraucherinnen und Verbraucher.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die BSE-Fälle auf Biohöfen in der Schweiz und anderswo werden locker beiseite gedrängt, um keinen Bruch in der eigenen Argumentation hinnehmen zu müssen.

Im Zuge der Agenda 2000 hat Bundeskanzler Schröder die **Landwirtschaft** aufgefordert, sich verstärkt dem globalisierten **Wettbewerb** zu stellen und landwirtschaftliche Produkte zu marktfähigen Preisen anzubieten. Diese Einstellung haben Politiker der rot-grünen Koalition hier im Lande willfährig aufgegriffen, um unsere Landwirtschaft für einen Preiskampf fit machen zu wollen, den sie kaum bestehen kann.

Jetzt hören wir das Gegenteil. Jetzt werden von denselben Personen alle Register gezogen, um die Verbraucherpreise drastisch anzuheben, weil sie wissen, dass nur so ihre ideologisch einseitig ausgerichtete Politik bezahlbar ist. Ich habe noch die Diskussion über die Drittel-Gesellschaft im Ohr. Die konventio-

(Claus Ehlers)

nelle Landwirtschaft ist in der Lage, alle notwendigen Auflagen zu erfüllen und dennoch Lebensmittel zu bezahlbaren Preisen anzubieten.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dies hat sie in den vergangenen Jahrzehnten - trotz des enormen Drucks der Handelsriesen - unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Man kann die Schraube weiter anziehen und zusätzliche Auflagen fordern. Die Landwirtschaft wird sich diesen Herausforderungen stellen und sie meistern. Unsere **Landwirtschaft** muss aber weiterhin die Entscheidung selbst treffen können, welcher **Bewirtschaftungsweise** sie den Vorzug gibt. Unsere Gesellschaft verlangt zu Recht gesunde Nahrungsmittel. Unsere Lebensmittelgesetze sind einzuhalten und die Einhaltung ist zu kontrollieren. Gerade an dieser Stelle wird die Verlogenheit deutlich.

(Konrad Nabel [SPD]: Es zählt doch nur das Geld!)

Die Landwirtschaft produziert unter erheblichen Anstrengungen Lebensmittel, die allen Anforderungen genügen. Dann behauptet ein Landespolitiker, dies sei teilweise Sondermüll.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Nicht alle Politiker haben die nötige Reife für ihr Amt. Dies bezieht sich auch auf Kenntnisse über Zusammenhänge.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

**Ökobetriebe** erhalten nicht nur eine Umstellungs- und Anschlussprämie je Hektar, sie erhalten außerdem - wie alle anderen Betriebe auch - den Preisausgleich. Dieser wäre auf den Ökohöfen jedoch wesentlich niedriger, wenn die Ernteerträge der **konventionellen Landwirtschaft** nicht die Berechnungsbasis bilden würden. Das „Tal der Ahnungslosen“ war früher im Raum Dresden, weil man dort das Westfernsehen nicht empfangen konnte. Heute scheint es in Kiel zu sein.

(Beifall bei der CDU)

Pauschale Urteile helfen in dieser Zeit nicht weiter. Eine differenzierte Betrachtungsweise befreit allerdings auch die CDU nicht von der Erkenntnis, in der Vergangenheit in der politischen Verantwortung in Bonn Fehler gemacht zu haben.

(Beifall der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD], Helmut Plüschau [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist auch richtig, dass es in der **Nahrungsmittelwirtschaft** - ebenso wie in der **Futtermittelherstellung** - schwarze Schafe gibt. Ich lehne es jedoch rundheraus ab, pauschale **Diffamierungen** hinzunehmen.

(Konrad Nabel [SPD]: Was machen Sie denn die ganze Zeit?)

- Da haben Sie nicht richtig zugehört. Lebensmittel-skandale sind oftmals auch ein Beweis für Defizite in der Kontrolle. Es ist einfach zu billig, die gesamte Landwirtschaft mit dem Hinweis auf Lebensmittel-skandale in ein rot-grünes Korsett zwingen zu wollen. Dieser Logik folgend müssten die meisten staatlichen Kontrolleure und Kontrollbehörden in die Wüste geschickt werden. Das Versagen des Staates hat jedoch nicht das Geringste mit den Produktionsweisen der Landwirtschaft zu tun.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unglaublich! - Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wieder einmal versuchen Politiker, die Gunst der Stunde schamlos auszunutzen. Statt koordiniert die BSE-Krise anzugehen und konsequent das Notwendige zu tun, werden Wahlkampfprogramme hochgezogen und lang ersehnte politische Ziele der Erfüllung einen Schritt näher gebracht; zum Teil auch gegen jede Vernunft.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bisher sind wir von der neuen Variante der Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung verschont geblieben. Ich hoffe sehr, dass dies auch so bleibt. Die wirklich Leidtragenden sind zurzeit unsere **landwirtschaftlichen Betriebe** und die vorgelagerten - wie auch die nachgelagerten - **Unternehmen**. Auch dies möchte ich unmissverständlich sagen: Wir können es uns nicht leisten, untätig zuzusehen, wie eine Reihe von Unternehmen vor die Hunde geht und damit Wertschöpfung in unserem eigenen Land verloren geht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den Verbrauchern?)

Es geht auch um **Arbeitsplätze**, die es zu erhalten gilt. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe brauchen die beschlossenen ebenso wie weitere entlastende Maßnahmen. Sich hier zu verweigern oder die Dinge zu verschleppen, heißt, eine sehr große Verantwortung für die Folgen zu übernehmen. Die Folgen haben letztlich auch Biobetriebe zu tragen.

(Claus Ehlers)

Mir bleibt zum Schluss die Feststellung, dass wir den Antrag der rot-grünen Fraktionen in dieser Form nicht mittragen werden. Der Antrag sieht - wie wir auch - einen Vorrang für den Verbraucherschutz. Um diesen Vorrang sicherzustellen, gibt es jedoch nicht nur einen Weg. Dem Antrag der F.D.P.-Fraktion stimmen wir dagegen zu.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu dem von mir vorgelegten Antrag der CDU.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Steenblock das Wort.

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Claus Ehlers, es ist schade, dass in diese Debatte ein Zungenschlag gekommen ist, der Gemeinsamkeiten aus den fachlichen Beratungen im Agrarausschuss und aus vielen Gesprächen, die wir zwischenzeitlich geführt haben, überdeckt. Diese Gemeinsamkeit kommt aufgrund der Polarisierung, die - völlig unnötigerweise - von CDU und F.D.P. in die Debatte eingebracht wurde, zu kurz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Am Anfang haben Sie völlig richtig behauptet, dass alle - EU, Bundesregierung, Landesregierung und alle Fraktionen - ihren Beitrag dazu leisten müssen, um das zu bewältigen, was sich in der **Landwirtschaft als Krise** offenbart. Diese Krise der Landwirtschaft ist eben nicht nur eine Krise, in der die Landwirte die Leidtragenden sind. Leidtragende sind zuhauf auch Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich jeden Tag überlegen müssen, was sie denn noch essen können. Die Frage ist nicht, ob das immer eine rationale Grundlage hat. Diese Betroffenheit und emotionale Unsicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, die ihre Lebensqualität zutiefst einschränkt, ist ein Zustand, den wir als Politiker nicht ertragen können und dürfen. Gegen diesen Zustand der **Verbraucher-unsicherung** müssen wir unsere Politik setzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Lars Harms [SSW])

Frau Happach-Kasan, da kann man sich auch nicht hier hinstellen wie die Heilige Johanna der Schlachthöfe - -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Unerhört!)

- Herr Jensen-Nissen, das gibt es in der Literatur.

(Zurufe von der CDU)

Frau Happach-Kasan, Sie stellen hier alle Politikerinnen und Politiker - insbesondere natürlich die von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - in ein negatives Licht, weil wir in der Vergangenheit noch nicht alles gewusst haben, was wir heute wissen.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Frau Happach-Kasan, wenn ich richtig informiert bin, haben Sie ganz kurz vor Ausbruch der BSE-Krise in Schleswig-Holstein eine Anfrage an die Landesregierung gestellt, aus der ich zitieren möchte. In Frage 9 der Kleinen Anfrage von Frau Dr. Happach-Kasan heißt es:

„Teilt die Landesregierung die Einschätzung, dass angesichts der Tatsache, dass Schleswig-Holstein BSE-frei ist und die Tiermehlproduktion sachgerecht erfolgt, die Verfütterung dieses Tiermehls eine sinnvolle Verwertung darstellt?“

Frau Happach-Kasan, das war kurz vor Ausbruch der BSE-Krise. Die Landesregierung musste dann leider antworten, dass die Beantwortung dieser Frage entfällt, weil mittlerweile ein BSE-Fall in Schleswig-Holstein bekannt geworden war. Frau Happach-Kasan, Sie kennen die Redensart über den Finger, mit dem man auf andere zeigt.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

Diese Finger zeigen auch auf Sie zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich stelle mich nicht hier hin und sage, dass die Grünen es schon immer besser gewusst hätten. Diese Krise der Landwirtschaft ist keine Stunde der Besserwisser.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, wir müssen doch sehen, dass wir Konsequenzen ziehen. Das, was Sie, lieber Kollege Claus Ehlers, eben gesagt haben, bestärkt mich in dem Verdacht, dass das Nachziehen von Politik - genau wie es in dieser Anfrage dargestellt wurde - immer nur so weit geht, wie die Enthüllungen kommen. Wir brauchen eine sehr viel offensivere **Landwirtschaftspolitik**, wenn wir das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgewinnen wollen. Wir können nicht wie eine Schnecke immer schrittweise hinter den Erkenntnissen und Enthüllungen in der Landwirtschaft



**(Rainer Steenblock)**

hinterherhinken. Vorsorge ist das Prinzip, dem wir uns stellen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dieses **Vorsorgeprinzip** muss zurzeit auch für die Schlachtung gelten. Ich halte es für fachgerecht und für durchaus sinnvoll, über die Frage von Kohortenlösungen zu diskutieren. In einer Situation aber, in der wir über die Infektionswege und Infektionsraten von BSE so wenig wissen, können wir überhaupt nicht sagen, wie groß die Infektion in den Herden ist, in denen BSE als Erkrankung in zwei oder drei Fällen aufgetreten ist, wo die Infektionsrate aber sehr viel größer sein kann.

In solchen Situationen ist es notwendig, den Weg weiterzugehen, den in Schleswig-Holstein auch die Landwirtschaftsministerin vertreten hat, nämlich zunächst die **Bestandstötung** weiter durchzuführen, bis wir mehr wissen. Das ist nicht etwas, was wir aus Spaß und Freude machen, sondern das tut uns allen in der Seele weh - wegen der Tiere, wegen der Landwirte.

Wenn wir Vertrauen schaffen wollen, müssen wir solche Vorsorgeprinzipien in den Vordergrund stellen in einem Stadium, in dem wir nicht ausreichend wissen, ob wir andere Lösungen präferieren können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Dies gilt aber nur für die aktuelle Krisenbewältigung. Die Fragen, denen wir uns zu stellen haben, gehen weiter. Der Skandal in Bayern hat gezeigt, dass es nicht nur BSE-Probleme gibt. Da habe ich einen deutlichen Dissens zu dem, was die CDU gesagt hat. Claus Ehlers, es geht nicht darum zu sagen, dass im Ökolandbau auch BSE auftreten kann. Natürlich kann das so sein. Der Ökolandbau ist zurzeit nicht die Garantie. Es geht aber um die **Strukturen**. Wenn wir in eine andere **Landwirtschaft** wollen, in der solche Skandale eine sehr viel geringere Wahrscheinlichkeit haben, brauchen wir einen grundlegenden Wandel. Für mich stellt sich dieser grundlegende Wandel in der Bündnispolitik dar.

Wir haben leider heute in der Landwirtschaft - das führte sehr häufig zu diesen Skandalen - ein sehr enges Bündnis zwischen den Produzenten, den Landwirten, und der sie beliefernden Industrie. Wir müssen den Perspektivwandel hinkriegen, dass das primäre Bündnis der Bauern mit den Verbraucherinnen und Verbrauchern besteht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wenn wir das schaffen, haben wir das Ziel erreicht.

Deshalb müssen wir eine **Landwirtschaft** weiterentwickeln, in der sich Verbraucherinnen und Verbraucher aufgehoben fühlen, in der **Transparenz** da ist. Wir unterscheiden uns wohl nicht an dieser Stelle, was Kennzeichnung, auch was Qualitätssiegel wie etwa das Gütesiegel angeht. Darüber werden wir uns im Ausschuss noch ausführlich unterhalten. Wir brauchen solche Qualitätssiegel.

Ich bin auch weiterhin für regionale **Qualitätssiegel**,

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Beifall bei der CDU)

weil die regionale Vermarktung und die regionale Produktionsstruktur genau das will, was wir als Ziel definieren, nämlich dass kurze, transparente, nachvollziehbare Wege und Strukturen für den Verbraucher da sind. Das ist ein zentrales Ziel, das wir in Zukunft erreichen müssen. Ich bin sehr dafür, dass so etwas wie ein Gütesiegel auch in Schleswig-Holstein weiter existiert.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wir haben aber objektive **Rahmenprobleme**. Sie wissen, dass es eine Klage vor dem EuGH gibt, in der diese Form staatlich subventionierter Regionalförderung der Landwirtschaft beklagt wird - mit großer Aussicht auf Erfolg. Deshalb sind wir als Landesregierung gut beraten, uns aus der **institutionellen Förderung** zu verabschieden.

Das heißt für mich aber nicht, dass wir die Förderung dieses Qualitätssiegels und der dahinter stehenden Inhalte reduzieren. Ich bin vielmehr dafür, dass wir die Gütesiegelkennzeichnung weiterhin auf Landesebene unterstützen, dass wir Projekte in diese Richtung fördern, dass wir **Zertifizierungen** von Unternehmen durchführen. Da ist der Umweltminister in der Vergangenheit zuständig gewesen und hat auch in diesem Bereich bereits zertifiziert. Dies sollten wir weiter staatlich unterstützen.

Wir sollten gerade die Betriebe in Schleswig-Holstein unterstützen, die bewusst ein höheres Niveau an landwirtschaftlichen Produkten herstellen wollen, was nachprüfbar ist, was kontrolliert wird, was zum Beispiel Kriterien wie flächengebundene Tierhaltung beinhaltet. Wenn wir als Landesregierung ein Interesse daran haben, dass solche Strukturen ausgebaut werden, können wir genau diese Betriebe nicht im Regen stehen lassen. Das Schlimmste an dieser Krise wäre, wenn die mittelständischen Lebensmittelverarbeiter, die sich solchen Qualitätssiegeln verpflichtet fühlen, aufgrund der Strukturen, die wir jetzt haben, „über den

**(Raider Steenblock)**

Jordan“ gingen. Das ist eine reale Gefahr. Deshalb kann sich das Land hier nicht aus seiner Verantwortung lösen.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Hans-Jörn Arp [CDU])

Der Ökolandbau ist für die Grünen - das wissen Sie - das Leitbild ihrer Landwirtschaftspolitik. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses Prinzip von Landwirtschaftspolitik, das eine artgerechte Tierhaltung beinhaltet, das einen vorsorgenden Bodenschutz beinhaltet, dass dieser **Anteil des ökologischen Landbaus** drastisch erhöht wird.

Ich bin nicht damit zufrieden, wenn Ökolandbau weiterhin ein profitabler Nischenerwerb in der Landwirtschaft ist. Ökologischer Landbau muss immer stärker zur Grundlage der Landwirtschaft werden. Wir werden das nicht erreichen, indem wir nur Prozentzahlen vorgeben. Da bin ich mit Herrn Wodarz einer Meinung. Wir müssen uns aber Ziele setzen, diesen Bereich auszubauen.

Die **Landesregierung** wird auch daran gemessen werden, wie sie im nächsten Jahr **Mittel** für ökologischen Landbau in den Haushalt einstellt. Denn ökologischer Landbau kann man, wie andere Landwirtschaft auch, nur fördern, wenn man Zielsetzungen auch, was die Fläche angeht, in Haushaltsansätzen quantifiziert.

Trotz all der schönen Reden, die wir hier jetzt halten, sind wir - das muss man ehrlicherweise sagen - immer noch eher im Stadium der Krisenbewältigung, als dass wir Konturen einer zukünftigen **Landwirtschaftspolitik** soweit operationalisiert hätten, dass sich das im Haushalt niederschlägt. Das ist es, was die Menschen von uns erwarten, nämlich dass wir neben dieser aktuellen Krisenbewältigung **Perspektiven** aufzeigen, aufzeigen, wohin es gehen soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das heißt, dass wir dazu kommen müssen, die Umstellung sowohl der Förderprogramme wie gerade auch der Investitionsprogramme in der Landwirtschaft Schritt für Schritt zu betreiben. Es kann doch nicht sein, dass wir Jahr für Jahr Hunderte von Millionen DM Steuergelder in die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein hineinpumpen - ich sage, auch zu Recht -, dass sich aber dann jemand wie Claus Ehlers hier hinstellt und sagt: Wir Bauern wollen allein entscheiden, was wir mit dem Geld machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Nein, das sind Steuergelder. Lieber Claus Ehlers, da hat die Politik ein Mitspracherecht, in welche Richtung diese Steuergelder eingesetzt werden sollen und welche Landwirtschaftspolitik wir machen wollen.

Jeder Bauer kann das machen, was er will. Förderung aber soll er nur für das erhalten, was im Interesse dessen ist, was Politik mehrheitlich definiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das ist etwas, vor dem sich Politik nicht herumdrücken sollte.

Es geht für uns - das sage ich hier auch ganz deutlich, um alle Missverständnisse auszuräumen - nicht nur darum, den Ökolandbau auszubauen und zu verstärken. Das ist ein Ziel. Es geht darum, die Landwirtschaft grundsätzlich zu ökologisieren, wie Friedrich-Carl Wodarz das hier auch gesagt hat.

Es kann doch nicht darum gehen, für 10 % oder 20 % der Landwirte eine Perspektive anzubieten und den anderen zu sagen: Ihr könnt weitermachen wie bisher. Nein, darum kann es nicht gehen. Es muss um eine grundsätzliche Umstellung in allen Bereichen der Landwirtschaft gehen. Das gilt nicht nur für die Tierproduktion, aber eben auch da.

Zurzeit entsteht der Eindruck, dass Verbraucherinnen und Verbraucher nicht mehr so viel Rindfleisch essen, weil sie Angst davor haben. Das ist mir in vielen Gesprächen auch begegnet. Viele sagen, sie weichen lieber auf Hähnchenfleisch oder Putenfleisch aus. Wenn diese Verbraucherinnen und Verbraucher tatsächlich sehen würden, wie dieses Fleisch produziert wird! Massentierhaltung gibt es in der **Rinderhaltung** so gut wie gar nicht. **Massentierhaltung** gibt es bei Hähnchen, gibt es bei Puten und in Teilen bei Schweinen; das wissen wir. Kommen wir in eine Situation, in der den Leuten deutlich wird, dass sie mit dem Verzehr der Hähnchen ihren Arzneimittelvorrat im Körper für das nächste halbe Jahr gespeichert haben, werden wir dort den nächsten Skandal haben - wie jetzt bei den Schweinen auch.

Deshalb geht es darum, landwirtschaftliche Strukturen zu schaffen, die dies grundsätzlich verändern, die die **Tierhaltung** an die **Fläche** binden, die den Tierhaltern die Möglichkeit geben, Futtermittel auf ihren Höfen anzubauen. Deshalb ist eine Richtzahl von etwa zwei Großvieheinheiten pro Hektar der Betriebsgröße sinnvoll. Dann nämlich kann das Futter auf dem Betrieb selbst angebaut werden. Das wäre eine Perspektive für eine bäuerliche Landwirtschaft, die diesen Namen auch verdient. In diese Richtung wollen wir. In diese Richtung werden wir aber nur können, wenn wir eine Reihe von **Strukturen** verändern.

**(Rainer Steenblock)**

Einen Aspekt möchte ich hier gern noch ansprechen. Politik hat in letzter Zeit, gerade was die Landwirtschaft angeht, immer den Skandalen hinterherhechelt. Das, was wir beim Einsatz von landwirtschaftlichen Methoden brauchen, ist etwas, was in der **Forschung** schon lange diskutiert wird, nämlich das, was unter dem Stichwort Technikfolgenabschätzung läuft.

Das, was wir für den Einsatz von landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und die Veränderung sowie den Einsatz von Zusatzstoffen in der Landwirtschaft brauchen, ist eine sehr viel stärkere wissenschaftliche Kontrolle, eine Technikfolgenabschätzung, damit wir nicht immer den Skandalen hinterher rennen, sondern vorher schon wissen, was auf uns zukommt.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Konrad Nabel [SPD])

Wir brauchen darüber hinaus sicherlich ein viel härter greifendes **Strafrecht** in diesem Bereich; denn diese Skandale kommen nicht nur in Bayern vor. Die Bayern sagen ja selber - ich habe es gestern von Herrn Stoiber auch gehört -, dass es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht nur in Bayern diese Skandale gibt, sondern dass sie auch woanders in Deutschland auftreten können, auch in Europa.

Wenn wir mit der Vergiftung von Lebensmitteln, der Beschädigung von Menschen durch den vorsorgenden Einsatz von Antibiotika, was dazu führt - das muss man sich doch vor Augen halten -, dass Menschen, die auf Antibiotika angewiesen sind, in ihrer Behandlung zutiefst geschädigt werden, dass sie kranker werden, dass sie zum Teil auch sterben können, weil diese antibiotischen Behandlungen bei ihnen nicht mehr anschlagen,

(Glocke des Präsidenten)

- ich komme zum Schluss, Herr Präsident -, wenn wir mit einer solchen Produktion von Lebensmitteln weitermachen, dann ist der Staat in einer absoluten moralischen Klemme. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir das Strafrecht in diesem Bereich verschärfen.

In der Landwirtschaft gibt es nicht nur Opfer - es gibt auch Opfer -, sondern es gibt Leute, die mit den Lücken im Strafrecht Geld verdient haben, und es gibt Leute, die das Risiko eingehen, weil das Risiko der Strafverfolgung relativ gering ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch schon strafbar!)

Deshalb muss man den Straftatbestand, mit dem wir es hier zu tun haben, massiv härter fassen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss!

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Auch das gehört zu den Konsequenzen, die wir aus diesen Krisen ziehen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die letzten Wochen haben nicht nur zur Beruhigung der Situation der Landwirtschaft beigetragen. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist eher noch komplizierter geworden. Tag für Tag treffen neue Meldungen über BSE-Fälle aus Deutschland und aus anderen EU-Ländern ein. Bis zum Jahresende werden in Deutschland bis zu 500 BSE-Fälle erwartet. Die Verbraucher sind verunsichert und den Landwirten geht die **BSE-Krise** an die Substanz. Aber auch Fleisch verarbeitende Unternehmen haben deutlich spürbare Rückgänge verzeichnet und hieraus auch schon ihre Konsequenzen gezogen.

Um diese Talfahrt zu bremsen, müssen konsequente Maßnahmen ergriffen werden. Es müssen zum Beispiel verschärft **Lebensmittel- und Futtermittelkontrollen** durchgeführt werden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Augenscheinlich zeigen Funde von Rindfleisch in Lebensmitteln, die als rindfleischfreie Lebensmittel deklariert sind, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Hier muss man auch sagen, dadurch, dass diese Sachen gefunden wurden, zeigt es sich auch, dass beispielsweise in Schleswig-Holstein gehandelt wird. Daher ist es auch zu begrüßen, dass die F.D.P. in einem Bericht Genaueres erfahren und wissen will, wie die Landesregierung in Zukunft die Kontrolle der Lebens- und Futtermittel regeln will.

Wenn wir es nicht schaffen, genaue und umfangreiche Kontrollen im Lebensmittel- und Futtermittelbereich zu schaffen, wird es schwierig, das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen. Der Verbraucher ist auf einwandfreie Kontrollen des Staates angewiesen und muss sich auf diese auch verlassen können.

Dies gilt im Übrigen auch für die **BSE-Schnelltests**. So hat ein Fall in Bayern für Aufsehen gesorgt, bei

(Lars Harms)

dem die Schnelltests versagt haben. Derartige Fehlerquellen müssen wir natürlich in Zukunft ausschließen.

Im Bereich der **Futtermittel** ist eine ausschlaggebende Grundvoraussetzung, dass man weiß, was in den Futtermitteln enthalten sein darf. Daher muss in einer **Positivliste** abschließend erfasst sein, was im Bereich der Futtermittel gebraucht werden darf und was nicht. Eine Positivliste wäre klar und übersichtlich und vor allem leicht zu kontrollieren. Daher ist es gut und richtig, dass sowohl in dem Antrag von SPD und Grünen als auch im Antrag der CDU diese Forderung nach einer Positivliste enthalten ist.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die neue Verbraucherministerin Künast hat ja auch schon angekündigt, dass sie diese Forderung schnellstmöglich umsetzen will. Somit gehe ich davon aus, dass sie hier schnell einen Schritt vorankommt.

Gleichwohl werden wir mit dem von der F.D.P. geforderten Bericht, was die Futtermittel angeht, nicht viel Neues erwarten dürfen. Die Situation ist derzeit so, dass bestimmte Zusätze im Futtermittel enthalten sein dürfen, von denen man eigentlich meinen sollte, dass sie dort nichts zu suchen haben. Die rechtliche Situation ist hier nicht eindeutig und daher auch nicht zufrieden stellend und dürfte auch im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft nicht tragbar sein.

Der neue Kurs der Bundesregierung in Sachen Verbraucherschutz und Landwirtschaft führt bei vielen zu Missverständnissen. Das haben wir gerade eben bei der Rede von Herrn Ehlers auch hören dürfen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Bundes- oder die Landesregierung jetzt komplett auf eine **ökologische Landwirtschaft** umschwenken werden. Jedoch wenn es darum geht, den Anteil dieser Art der Landwirtschaft zu erhöhen, halte ich den neuen Kurs für legitim und sinnvoll.

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Gleichzeitig ist es aber jedem Landwirt freigestellt, Herr Ehlers, auch weiterhin konventionell zu arbeiten.

(Claus Ehlers [CDU]: Sehr gut!)

„Konventionell“ wird aber in Zukunft heißen, dass nachhaltig und verstärkt im Einklang mit der Umwelt gewirtschaftet wird.

(Claus Ehlers [CDU]: Das war in der Vergangenheit auch der Fall!)

Dies gilt für Landwirte genauso wie für die Lebensmittelwirtschaft. Jedoch wird sich auf absehbare Zeit

ein Teil der Landwirte hin zu einer ökologischen Landwirtschaft umorientieren und diesen Teil der Landwirte gilt es zu stärken. Grundlagen sind zu schaffen, damit sie dieses Marktsegment besser ausnutzen können.

Dass es in Europa funktioniert, beweisen Österreich, die Schweiz und auch Dänemark. So sind zum Beispiel nördlich der Grenze - zugegeben bei etwas geringeren ökologischen Standards als hier in Deutschland - rund 20 % der Landwirte inzwischen Ökolandwirte.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die haben zusammen einen Marktanteil von zirka 10 %. Die anderen 90 % erfassen weiterhin Produkte von konventionell arbeitenden Höfen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Vielleicht können wir etwas besser zuhören!

**Lars Harms [SSW]:**

Was Dänemark in den letzten Jahrzehnten geschafft hat, sollte auch hier bei uns möglich sein. Die **Landwirtschaft in Dänemark** ist immer noch ein tragendes Element in der dortigen Wirtschaftsstruktur. Man hat allerdings Informationskampagnen gestartet und frühzeitig Fördermittel in die Vermarktung von ökologischen Produkten gesteckt. Das war die Basis für den Erfolg dieser Produkte. Weil die Nachfrage nach ökologischen Produkten durch diese Marketing-Maßnahme stieg, wurde es auch für Supermarktketten interessant, diese Produkte im Sortiment zu führen. Dahin wollen wir auch. Ich glaube, wir können es schaffen, wenn wir nicht immer auf Besitzständen beharren und meinen, es könnte immer so weitergehen wie in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich hatte um etwas mehr Aufmerksamkeit gebeten. Die Landwirtschaftsecke da hinten ist ein bisschen zu laut.

**Lars Harms [SSW]:**

Dass es nicht wie bisher weitergehen kann, sollten wir uns auch unter Berücksichtigung der **EU-Osterweiterung** vor Augen halten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass in den Beitrittsländern wesentlich günstiger produziert werden kann als bei uns. Diese Schraube nach unten werden wir hier nicht mitmachen können. Auch aus diesem Grunde müssen

(Lars Harms)

wir jetzt in unserer Produktion einen Wandel herbeiführen, der es ermöglicht, qualitativ noch besser zu produzieren, um auch künftig auf dem Markt bestehen zu können.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Diese Forderung stimmt durchaus auch mit den Zielen der Landwirtschaftskammer überein. Auch hier hat man schon vor längerer Zeit mit der **Forschung** in der Futtermittelherstellung begonnen und es gilt daher, die Bereiche von Forschung und Entwicklung weiterhin zu unterstützen. Dies habe ich auch schon in der letzten Landtagstagung gesagt: Wir müssen jetzt versuchen, gemeinsam zu neuen Lösungen zu kommen. Das heißt, über konkrete Zielvereinbarungen mit der Landwirtschaftskammer sollte das Land Forschungsaufträge an die einzelnen Institutionen unter dem Dach der Landwirtschaftskammer erteilen und so die Forschung im Land voranbringen und zum Erhalt dieser Forschungs- und Lehrinrichtungen der Landwirtschaftskammer beitragen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist doch jetzt im Agrarausschuss abgelehnt worden!)

- Sehen Sie, aber nicht mit meiner Stimme.

(Heiterkeit bei der SPD - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Reden Sie einmal mit Ihren Freunden darüber!)

- Eben, ich habe überall meine Freunde; das wissen Sie doch.

Den Gegensatz zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft, wie er von manch einem herbeigeredet wird, sehe ich so nicht. Ein **Wandel** in der **Agrarpolitik** muss schnellstmöglich eingeleitet werden. Dies hat an aller erster Stelle mit Geld zu tun. Geld ist derzeit nun einmal das Lenkungsinstrument schlechthin in unserer Gesellschaft. Dass die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ umgewidmet werden sollen, ist eine gute Möglichkeit, gerade die eben angesprochene Vermarktung - wie in Dänemark - von ökologisch produzierten Erzeugnissen zu fördern.

(Beifall der Anke Spoorendonk [SSW] und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch die Umschichtung der EU-Fördermittel ist längst überfällig. Allerdings glaube ich nicht, dass eine Umschichtung der Mittel aus dem Marktbereich, also der eigentlichen Landwirtschaft, in die Bereiche landwirtschaftliche Entwicklung und Umwelt - wie im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert - ein Allheilmittel ist.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Es betrifft nur einen Teil der Sache.

Natürlich soll sich das Arbeitsspektrum der Landwirte erweitern, indem sie sich auch zu staatlichen Landschaftsschützern mit entsprechendem Einkommen entwickeln können.

Gleichwohl wollen wir alle, dass die Landwirte nachhaltig und noch naturverträglicher produzieren. Die Betonung liegt auf „produzieren“, denn das ist immer noch die eigentliche Aufgabe der Landwirte. Hierfür müssen wir ihnen die entsprechende Hilfe geben, um auf dem europäischen Markt bestehen zu können. Die Frage ist nur, woran koppeln wir diese **Förderung**? Wir müssen sie in der Produktion an **ökologische Auflagen** binden. Wir müssen sie an die gute fachliche Praxis binden und wir müssen sie an eine artgerechte und flächenbezogene Tierhaltung binden.

Allerdings müssen wir den Landwirten bei der **flächenbezogenen Tierhaltung** dann auch Übergangsmöglichkeiten gewähren, die ihnen die Chance zur Umstellung ermöglichen. Denn bis jetzt wurde in der EU - grob gesagt - eine mengenmäßig möglichst hohe Produktion bei teilweise festgelegten Preisen gefördert und gleichzeitig eine Politik der Flächenstilllegung betrieben. Viele Betriebe haben ihre Produktion auf Grund der Landwirtschaftspolitik der EU umgestellt, indem sie auf landwirtschaftliche Flächen zu Gunsten der Stilllegungsprämien verzichtet haben. Dies rückgängig zu machen, bedarf einer gewissen Zeit, die man den ohnehin schon gebeutelten Landwirten für den Übergang gewähren sollte.

Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir an einer neuen Art der Landwirtschaft nicht vorbeikommen. Dies gilt für alle Bereiche der Landwirtschaft.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Wir sollten die Chancen nutzen und die gesamte Landwirtschaft nach und nach umstrukturieren. In diesem Zusammenhang freut es mich, dass im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die von uns in der letzten Landtagstagung geforderte Einschränkung von Tiertransporten aufgenommen worden ist.

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass es über die allgemeine Diskussion zum Thema BSE zwei wichtige Punkte gibt, über die in der nahen Zukunft entschieden werden muss und von denen ich der Meinung bin, dass der Bürger ein Anrecht darauf hat zu hören, wie die Parteien darüber denken. Das ist zum Einen die Frage der **Keulung** und zum Anderen die

(Lars Harms)

Frage der Durchführung einer EU-Aufkaufaktion von Rindern.

Nach dem heutigen Stand des Wissens oder des Nichtwissens kann man sagen, dass die Übertragungswege von BSE noch völlig unzureichend ergründet sind. Das bedeutet, dass man davon ausgehen kann und davon ausgehen muss, dass Tiere, die unter den gleichen Bedingungen gelebt haben, zumindest rein theoretisch auch der gleichen Ansteckungsgefahr ausgesetzt waren. BSE-Erreger sind mit den heutigen Mitteln erst bei hoch infektiösen Tieren nachweisbar. Ist die Menge der Erreger zu gering, so schlägt der BSE-Test nicht an. Gleichwohl besteht aber die Gefahr, dass der Erreger im Körper des Tieres in einer bestimmten Menge vorhanden ist. BSE-getestet heißt also nicht unbedingt BSE-frei!

Auf der einen Seite gibt es Indizien, die darauf schließen lassen, dass eine mögliche Übertragung gegeben sein könnte, auf der anderen Seite gibt es noch kein Testverfahren, das die Infizierung eines Rindes ausschließt. Solange das so ist, ist es besser, den gesamten Rinderbestand zu schlachten und aus dem Verkehr zu ziehen. So hart wie dies auch für den einzelnen Landwirt und aus Sicht des Tierschutzes ist, so wichtig ist es im Sinne des Verbraucherschutzes.

Darüber hinaus glaube ich auch nicht, dass es im Interesse der Landwirte sein kann, dass Teile der Herde am Leben bleiben. Ist erst einmal bei einem Rind BSE nachgewiesen, wird kein Fleisch verarbeitendes Unternehmen und keine Molkerei irgendeine Produkte des Landwirtes mehr abnehmen wollen. Er bleibt somit auf seiner Herde und auf seiner Milch sitzen.

Unter den derzeitigen Bedingungen hat der Landwirt keine andere Wahl, als seinen gesamten Bestand keulen zu lassen. Sollte man später Verfahren entwickeln, die BSE einwandfrei verlässlich bei dem einzelnen Tier ausschließen können, würde sich natürlich die Lage entsprechend verändern. Solange dies aber nicht der Fall ist, gibt es keine andere Wahl als das Töten des gesamten Bestandes.

Was den **Aufkauf von Rindern** durch die EU und deren Schlachtung und Vernichtung angeht, so muss ich sagen, dass die eher technokratische Begründung, dies solle zur Marktberreinigung geschehen, aus ethischen Gründen nicht tragbar ist. Doch leider sehen wir derzeit keine Alternative. Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass dies nur eine einmalige Maßnahme sein kann. Damit es nicht zu einer Wiederholung kommt, muss die Landwirtschaft dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen Strukturen nachhaltig geändert werden. Es ist unsinnig, dass die Ställe überquellen. Das ist richtig. Es darf aber nicht angehen, dass die Produktion wie bisher fortgeführt wird. Sollte

dies nicht geschehen, sehen wir die Gefahr, dass wir binnen kurzer Zeit wieder vor einem vergleichbaren Problem stehen. Das können wir nicht akzeptieren.

In diesem Zusammenhang bin ich ebenfalls der Meinung, dass wir den Export der Tiere in andere Länder von vornherein ausschließen sollten. Unser Problem, in andere Länder oder gar in die Dritte Welt zu verschieben, wäre nicht die richtige Lösung. Daher halte ich die Verbrennung der Tiere unter allen Vorbehalten, die es gibt, unter den gegebenen Bedingungen leider für einen Zwang, dem wir uns nicht entziehen können. Es gilt allerdings zu prüfen, ob es sinnvoll ist, die auf Grund eines BSE-Falles gekeulten Bestände mit in die entsprechende EU-Ankaufquote einzubeziehen, um den betroffenen Landwirten finanziell unter die Arme zu greifen.

Im Zusammenhang in dem Berichtsantrag der Fraktion der CDU zum „Gütezeichen Schleswig-Holstein“ möchte ich für den SSW anregen, gerade unter dem Eindruck der aktuellen BSE-Krise einmal darüber nachzudenken, ob das knapp über 35 Jahre alte **Gütezeichen** noch der Weisheit letzter Schluss ist. Um es vorweg zu sagen: Niemand stellt die Qualität der unter dem Gütezeichen produzierten Waren infrage. Auch die Arbeit an dem Gütezeichen wird von uns nicht infrage gestellt. Aber die Ziele, die wir in der Landwirtschaft mit dem Gütezeichen erreichen wollen, können - so glauben wir - so nicht mehr erreicht werden.

Verkürzt dargestellt, sollten wir mit dem Gütezeichen zwei Dinge erzielen: Wir wollen die Herkunft nachweisen und wir wollen einen Hinweis auf die Qualität geben. Die Herkunft - also die Herstellung in Schleswig-Holstein - kann man auch mit einem anderen Logo dokumentieren. Beispielsweise hat man vor nicht allzu langer Zeit darüber nachgedacht, das damalige Dachmarkenkonzept aus dem Tourismus auch auf andere Wirtschaftszweige auszudehnen. Etwas Ähnliches ließe sich ohne Schwierigkeiten immer noch anschließen.

Der Hinweis auf die Qualität der Produkte ist ohnehin schon schwierig. Es gibt ja nicht nur das eine Gütezeichen, es gibt viele Gütezeichen einzelner Bundesländer, einzelner Regionen und einzelner Organisationen innerhalb Deutschlands, die in irgendeiner Art und Weise dem Kunden die Herkunft und Qualität der Produkte näher bringen sollen. Kein Kunde kennt aber die genauen Kriterien, die für die Produktauswahl für die einzelnen Gütezeichen gelten. Das kann man von einem Kunden auch nicht erwarten.

Darüber hinaus sind die Stellen, die die Gütezeichen gewähren, höchst unterschiedlich organisiert. Bei den Kunden kommt immer wieder die Frage nach der Un-

(Lars Harms)

abhängigkeit der einzelnen Institutionen auf. Es stellt sich daher die Frage, ob es nicht einfachere, übersichtlichere und verbraucherfreundlichere Lösungen gibt, wenn man sich mit dem Thema **Qualitätsnachweis** beschäftigt. Ich sehe dieses Thema keineswegs isoliert auf Schleswig-Holstein allein bezogen. Ich glaube, wir sollten hier einmal nach Norden blicken.

In **Dänemark** gibt es ein **staatliches Gütesiegel**, das darüber Auskunft gibt, ob ein Produkt nach bestimmten Qualitätskriterien produziert wurde oder nicht. Mithilfe einer staatlichen Kontrollinstanz sind die Waren aus verschiedenen Regionen Dänemarks ohne Schwierigkeiten miteinander vergleichbar und der Kunde hat die Gewissheit, dass die Produkte einheitlich bestimmten Qualitätskriterien entsprechen.

Auf uns bezogen, würde das bedeuten - -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Lars Harms** [SSW]:

Selbstverständlich! - Auf uns bezogen würde dies bedeuten: Wenn wir ein Herkunftslogo und ein **deutschlandweites Gütesiegel** verwenden würden, hätten wir möglicherweise noch bessere Effekte als bisher. Die Herkunft wäre immer noch ersichtlich und die Qualität wäre immer noch nachgewiesen und sogar mit Produkten aus anderen Bundesländern vergleichbar, was gerade im Sinne des Verbraucherschutzes ist.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die BSE-Krise trifft das Land Schleswig-Holstein schwer. Aber dadurch, dass uns die Krise so hart trifft, haben wir auch die Chance, uns grundlegende Gedanken über die zukünftige Landwirtschaftspolitik zu machen. Diese Chance sollten wir ergreifen und -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Abgeordneter, formulieren Sie bitte Ihren Schlusssatz.

**Lars Harms** [SSW]:

- ein Umdenken nicht nur in der Rinderhaltung, sondern in der gesamten Landwirtschaft fördern. Dieses Umdenken wird uns anfangs schwer fallen. Aber ich bin davon überzeugt, dass es uns gelingen wird.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Bevor ich das Wort weitergebe, will ich Besucher begrüßen. Zwischenzeitlich hat sich die Tribüne mit Schülerinnen und Schülern der Gelehrtenschule Meldorf mit ihren Lehrkräften wieder gefüllt. Herzlich Willkommen hier im Landtag.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Redezeiten der Fraktionen sind - bis auf den Anteil der Fraktion der CDU - erschöpft. Hier sind noch zwei Redner aus dem Kontingent aufzurufen.

Ich rufe zunächst Herrn Abgeordneten Hopp auf.

**Claus Hopp** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sehr bedauerlich, dass die Zeit bei einem solch wichtigen Thema wieder nicht reicht. Vielleicht sollten wir einmal darüber nachdenken.

Ich möchte Aspekte aufgreifen, auf die bereits einige Redner eingegangen sind. Es geht um die Frage, was der Verbraucher von uns heute hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag erwartet. Er erwartet ganz bestimmt nicht, dass wir uns nur gegenseitig in die Pfanne hauen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich habe volles Verständnis dafür, wenn man einmal ein bisschen lauter ausholt. Dieses Thema ist mit dem Blick auf die Gesamtsituation jedoch viel zu ernst, um parteipolitisch Punkte zu machen.

Davor warne ich.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer leiden muss? - Das sind die Bäuerinnen und Bauern und ihre Familien; das sind aber auch alle Verbraucher. Ganz besonders müssen aber - das geht in der heutigen Debatte noch ein bisschen unter - andere leiden: Schon jetzt sind 3.500 Arbeitsplätze im Bereich der Kurzarbeit betroffen. In den nächsten Wochen und Monaten könnten es bis zu 12.000 sein, wenn sich die Situation nicht ganz schnell ändert.

(Beifall bei der CDU)

Wenn sich möglicherweise, traurigerweise der vierte BSE-Verdachtsfall in Schleswig-Holstein bestätigt, dann dürfen wir nicht warten, bis sich ein weiterer Fall ankündigt, sondern müssen sehen, dass wir nach Möglichkeit schon vorher Ergebnisse haben.

Meine Aufgabe ist es, heute darüber zu sprechen, wie es mit unserem **Gütesiegel** aussieht. „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ - das ist, meine Damen

(Claus Hopp)

und Herren, ein Instrument, das wir haben und das wir pflegen müssen. In dieser Situation aber die Mittel zu kürzen ist sicher gerade der falsche Weg.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch das, was unsere Ministerpräsidentin in den „Kieler Nachrichten“ zum Thema Verbraucherzentrale gesagt hat, ist nicht hilfreich, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei der CDU)

Es wird niemandem etwas nützen, jetzt zu sagen, dies oder das hätte man anders machen können. Sicher wird noch jemand Fälle ausgraben können, in denen die Landesregierung schon einen Fingerzeig bekommen, aber nicht reagiert hat. Es können noch zehn Minister zurücktreten, aber das Problem werden wir dann noch immer nicht gelöst haben. Lassen Sie uns darüber noch einmal nachdenken.

Als unser Kollege Eichelberg in seinen Unterlagen gekramt hat, ist er auf ein Gutachten gestoßen, was im Oktober des letzten Jahres vom Wirtschaftsminister in Auftrag gegeben wurde. Darin heißt es wie folgt:

„Das Gütesiegel Schleswig-Holstein steht für bessere Qualität, garantiert einwandfreie Erzeugnisse aus Schleswig-Holstein. Es wird auf Antrag der Landwirtschaftskammer verliehen. Es gibt Prüf- und Qualitätsbestimmungen bei 83 Produktgruppen. Diese reichen von Fleisch, Wurstwaren, Obst, Gemüseprodukten, Milchprodukten, Fischerzeugnissen, Getreide und so weiter bis hin zum Urlaub auf dem Bauernhof.“

In diesem Gutachten, das die Landesregierung in Auftrag gegeben hat, steht all das, was ich an dieser Stelle gar nicht besser sagen kann. Deshalb sollten wir das beherzigen, dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen nichts Neues zu erfinden, sondern können auf diesem Weg weitergehen.

Jetzt komme ich, leider Gottes, lieber Kollege Rainer Steenblock, zum Thema. Der Kollege Claus Ehlers hat doch mit keinem Wort gesagt, dass er etwas gegen **ökologischen Landbau** habe. Ökologischen Landbau hat es auch in der Vergangenheit gegeben. Wer das in diesem Lande machen will, soll das in Gottes Namen weitermachen. Folgendes aber hat die Diskussion gestört: Als wir den ersten BSE-Fall hatten, ist die Diskussion direkt auf genveränderte Lebensmittel gekommen, und gleich hieß es, man müsse die ganze Agrarpolitik umkrempeln.

(Zurufe von der SPD: Genau!)

- Das ist doch nicht der richtige Weg!

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Hören Sie doch erst einmal zu! Vielleicht sind wir ja in unseren Positionen gar nicht so weit auseinander. Ich würde überhaupt begrüßen, wenn sich die Diskussion, die wir am vergangenen Samstag im Agrarausschuss gehabt haben, hier im Plenum fortsetzen würde.

(Beifall bei der CDU - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sollten Sie noch einmal nachdenken!)

- Sie waren doch gar nicht dabei, Frau Kollegin! Im Agrarausschuss hatten wir weitgehend Übereinstimmung. Ich glaube, daran sollten wir wieder anknüpfen.

Indirekt mag es richtig sein, dass - wie der Kollege Steenblock gesagt hat - die Landwirte in Schleswig-Holstein Steuergelder bekommen. Aber dazu, lieber Rainer, muss ich einmal etwas aus eigener Situation schildern. Als ich vor 35 Jahren selbstständiger Landwirt wurde, bekam ich - und man vergisst nicht, wenn man den ersten Doppelzentner in seinem Leben verkauft - für den Doppelzentner Roggen 39,75 DM. Heute aber bekomme ich dafür nur 18 DM. Das ist der Unterschied. Diese **Agrarpolitik** haben aber nicht die Landwirte gewollt, die hat uns die EU so vorgeschrieben.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Deshalb kamen die **Ausgleichszahlungen** zustande. Das sind wohl Steuergelder, aber keine Subventionen. Das sind vielmehr die Mittel, die notwendig sind, damit Grund und Boden überhaupt noch bewirtschaftet werden können.

Meine Redezeit reicht leider nicht mehr lange und der Kollege Jensen-Nissen muss auch noch ein paar Minuten bekommen, deshalb an dieser Stelle meine herzliche Bitte: Lasst in diesem Zusammenhang mehr Fachleute zu Worte kommen! Nicht immer haben die, die viel geredet haben, wirklich eine Aussage getroffen. Manchmal haben die, die nichts gesagt haben, in diesem Zusammenhang mehr gesagt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Peter Jensen-Nissen.



**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich höre wohl die Rezepte in diesem Haus - wohl feile! Der Bundeskanzler empfiehlt der Landwirtschaft nach der 99er-Konferenz in Berlin, zu Weltmarktpreisen zu produzieren. Heute wird so geredet, als wenn es Flächenbindung überhaupt nicht gebe. Für Mitglieder des Agrarausschusses ist das im Grunde genommen Hohn und Spott!

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir haben **Flächenbindung**, wir haben eine dichte Regelungsdichte. Fragen Sie doch einmal Ihre eigene Ministerin, mit welcher Administration sie sich herumquälen muss, um diese Dinge zu kontrollieren.

Die Frage ist doch auch, was diese Landesregierung eigentlich getan hat. Ohne eine Aufarbeitung der Vergangenheit sind bestimmte Dinge jetzt nicht darstellbar. Insbesondere geht es um die Frage, wie Sie - wozu Sie verpflichtet sind - die Landwirtschaft bei den **Futtermittelkontrollen** geschützt haben. 1994 standen dafür noch 378.000 DM zur Verfügung. Im Jahre 2000 sind es - ausweislich der Istliste dieser Landesregierung vom 15. November 2000 - nur noch 38.000 DM. Das ist in der Tat ein mittlerer Skandal, weil die Landesregierung ihre Aufgaben überhaupt nicht wahrnimmt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Abweichend von meinem Redekonzept will ich noch einmal deutlich machen, was die Landesregierung denn getan hat. Diese Frage müssen wir uns doch stellen. Ich verweise einmal auf die Bundsratsdrucksache 991/97, in der die Entschließung des Europäischen Parlaments den Bundesländern zur Kenntnis gegeben wurde, und zwar bis in alle Details. Was haben Sie danach getan, um das Tiermehlverbot durchzusetzen und zu kontrollieren? Sie haben nur die Mittel gesenkt. Sie haben in diesem Jahr nur noch 268.000 DM in diesem Bereich ausgegeben.

Nächste spannende Frage ist doch, wer wann wen informiert hat.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es hat eine Konferenz am Dienstsitz des BML gegeben, in der die Spitzenvirologen dieses Landes und der Bundesrepublik und die Mitarbeiter des Bundesgesundheitsministeriums sowie des BML Folgendes festgestellt haben:

„Gerade angesichts dieser besonderen Ausgangslage und der häufig geäußerten Kritik aus dem Ausland sollten auch in Deutschland

umfangreiche epidemiologische Untersuchungen durchgeführt werden.“

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Es bestand die einhellige Meinung, dass von politischer Seite Vorbereitungen für den Ernstfall - BSE bei einheimischen Tieren - getroffen werden sollten. Datum dieser Konferenz war der 13. April des letzten Jahres. Da frage ich mich doch, wie denn diese Bundesregierung und diese Landesregierung miteinander kommuniziert haben. Offensichtlich haben sie in der Sprachlosigkeit verharrt; nicht einen Ton haben sie miteinander geredet, um bestimmte Dinge umzusetzen. Sie haben wiederholt keine Futtermittelkontrollen durchgeführt. Aus dem Haushaltstitel über jetzt nur noch 38.000 DM mussten auch noch Bodenproben gezahlt werden. Sie haben also nun wirklich überhaupt nichts getan. Zeigen Sie deshalb nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern nehmen Sie auch Ihre eigene Verantwortung wahr.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Jetzt erhält die Regierung das Wort. Ich erteile zunächst der Frau Ministerpräsidentin das Wort.

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen am wenigsten eine parteipolitische Auseinandersetzung nach dem Motto von Frau Happach-Kasan: „Rot-grüne Agrarminister: Igitt! - CDU-Agrarminister: Ein bisschen igitt! - F.D.P.-Agrarminister: Wunderbar!“ Es kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein, dass das Ihre Botschaft an die Verbraucher ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen gern sagen, was die Landesregierung bezüglich **Tiermehlverfütterung** gemacht hat. Ich habe ein Verbot in Bezug auf alle Tierarten gefordert. Daraufhin habe ich einen Brief von Herrn Sonnleitner erhalten, der sich gewaschen hatte. Ich sollte meinen Mund bei Sachen halten, von denen ich nichts verstehe.

Tun Sie doch nicht so, als ob es nicht auch auf Ihrer Seite - gerade im Bereich der Bauern - erheblichen Widerstand gegeben hat, wenn man auf Probleme

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

hingewiesen oder Verbote gefordert hat, damit bestimmte Sachen nicht mehr stattfinden können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann das seitenweise zitieren. Ich bin auch absolut nicht der Meinung von Herrn Abgeordneten Ehlers, dass diese so genannten „Autobahnveterinäre“, die den Bauern für ihre Schweineherden illegale Mittel verkauft haben, dies gegen den erbitterten Widerstand oder ohne Wissen der betroffenen Landwirte getan hätten. Sie können niemandem erzählen, dass das über sie gekommen sei wie ein Gottesurteil.

(Beifall des Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die haben das bewusst haben wollen, haben es gekauft und heimlich verfüttert. Damit müssen Sie sich auch auseinander setzen; denn Sie haben kein parteipolitisches Problem mit mir,

(Zuruf des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

sondern Sie haben als **Landwirte** ein Problem mit den **Verbrauchern**. Dieses Problem müssen wir gemeinsam lösen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß gar nicht, woher Sie den Mut nehmen, hinzugehen und bei den vielen Beispielen - Würmer in Fischen, mit Schwermetallen belastete Pilze, dioxinverseuchte Hühner und so weiter - zu sagen, das sei Parteipolitik; die SPD sei schuld. Das kann doch kein ernsthafter Diskussionsbeitrag sein, mit dem wir für ein Agrarland wie Schleswig-Holstein das Vertrauen wieder zurückgewinnen wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch Hickhack!)

- Die Verbraucher glauben das. Das ist der entscheidende Punkt. Nicht ich.

(Beifall bei der SPD)

Was ich weiß oder was ich glaube, ist überhaupt nicht wichtig. Wichtig ist, was die Verbraucher glauben. Und wichtig ist, das zu definieren, was wir ihnen zusichern können und was wir als Politiker machen können.

Wenn es uns nicht gelingt, das Verbrauchervertrauen zurückzubekommen, können wir uns alle anderen Anstrengungen ersparen, insbesondere auch den Versuch, den wir eben erst angefangen haben und um den wir Sie gebeten haben, Politiker, Erzeuger, Händler und Verbraucher an einen Tisch zu bekommen und

gemeinsam zu überlegen, wie man aus dem Schock der BSE-Krise einen Neuanfang formulieren könnte. Dieser müsste dann die Europapolitik, die Berliner Politik, aber auch unsere Politik - das gebe ich zu - mit zum Inhalt haben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das bedeutet: Wir brauchen deutliche **Kurskorrekturen**, wir brauchen gesunde, nachhaltige Alternativen in der konventionellen **Landwirtschaft** und natürlich brauchen wir eine Stärkung der zur Nachhaltigkeit verpflichteten Landwirtschaft. Im Mittelpunkt einer jeden Diskussion muss das Ziel stehen, das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen, und es muss klar gemacht werden, dass die Existenz der Betriebe gesichert bleibt und dass die Lebensmittel, die bei uns verbraucht und verzehrt werden, qualitativ einwandfrei und nicht krankheitserregend sind.

Eine Trennung in „hier Ökoware und dort mindere konventionelle Ware“ - wie Sie sie uns teilweise vorwerfen - hilft uns überhaupt nicht. Wir wollen, dass sich die Verbraucherinnen und Verbraucher auf die Bekömmlichkeit und auf die Qualität jedes Produktes verlassen können.

An die **ökologische Landwirtschaft** habe ich den Appell, aus ihrem Nischendasein herauszukommen und sich selbstbewusst dem Wettbewerb zu stellen. Es hat keinen Zweck, Angebote zu machen, die nicht zum Verbraucher kommen und bei denen man einen Zweitwagen braucht, um sich den ganzen Tag lang die Dinge zusammenkaufen zu können. Wer ökologisch wirtschaften will, der darf das und soll das auch. Aber das heißt, dass auch die anderen nachhaltig wirtschaften müssen. Es kann hier keine Trennung geben.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Diese Trennungslinie, die vorhin aufgezeigt worden ist, gibt es gar nicht; das ist meiner Meinung nach von Ihnen bewusst so hochgezogen worden. Wir wollen Transparenz und eine sichere Qualitätskontrolle. Und da haben Sie zum Teil Recht, wenn Sie sagen, wir hätten uns alle zusammen darauf verlassen, dass dieses Land keine BSE-Fälle habe. Und vielleicht sind wir auch ein bisschen zu lax an die Problematik herangegangen.

Aber nachdem ich die Erfahrung gemacht habe, was einem passiert, wenn man Kontrollen fordert oder sagt, es muss etwas verboten werden, muss ich Ihnen ehrlich sagen, es gehört auch Mut dazu, das ein zweites oder drittes Mal zu fordern. Ich wäre sehr froh, wenn wir

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

die jetzige Situation als eine notwendige Kurskorrektur begriffen, die wir gemeinsam anstreben müssen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD], Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben unter der Federführung der Staatskanzlei in der vergangenen Woche zwei Arbeitsgruppen eingerichtet, die ihre Arbeit inzwischen aufgenommen haben. Sie werden bis Ende März Vorschläge formulieren, was das Land in seinem eigenen Bereich tun kann, um den Verbraucherschutz weiter zu stärken.

Ich bleibe dabei, dass im **Verbraucherschutz** und in den Verbraucherberatungsstellen nicht alles ideal ist. Das ist keine Frage der Vergangenheitsbewältigung, sondern es ist mehr eine Frage, was in Zukunft geschehen soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb kürzen Sie die Mittel?)

- Herr Kubicki, wer Geld haben will, muss auch ein ordentliches Konzept vorlegen. Das gilt auch für die Verbraucherzentralen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann doch nicht angehen, dass jetzt im Windschatten der BSE-Krise alle sagen: Bloß nicht bewegen; jetzt spielen wir den toten Mann. Das Geld wird dann schon kommen, weil es so oft und laut gefordert wird. Nein, wir brauchen auch in diesem Beratungsbereich eine bessere Kooperation. Dieses ganze Gewirr von einzelnen Stellen muss zusammengeführt werden. Es ist nicht richtig, dass ich dann, wenn ich anrufe, eine Antwort so nach dem Motto bekomme: Kollege kommt gleich. Ich bin dafür nicht zuständig.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

- Natürlich kann ich mich durchfragen. Das ist ja auch nicht mein Problem, sondern es ist das Problem der Hausfrauen und der Verbraucher, die sich durch diesen Wirrwarr durchfinden müssen. Das muss geändert werden. Da darf auch keiner seine eigenen Kompetenzen gegen alle anderen verteidigen, sondern hier müssen die Kompetenzen der unterschiedlichen Stellen zusammengeführt und durch eine Anlaufstelle miteinander verknüpft werden. Dazu gehören die Gesundheitsämter auf Kreis- und Kommunalebene, dazu gehört die Deutsche Gesellschaft für Ernährungsberatung auf Bundesebene und dazu gehören die Verbraucherzentralen auf Bundes- und Länderebene. Das muss zusammengeführt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

- Da können Sie noch so laut schreien, Frau Todsen-Reese, das ändert nichts an der Notwendigkeit, diese Zusammenführung hinzukriegen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verbraucher lassen sich das anders auch gar nicht mehr gefallen.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Unglaublich!)

- Das ist nicht unglaublich; unglaublich ist, dass Sie das nicht begreifen. Das kann ich nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in Gesprächen mit den **Verbraucherzentralen** und mit den einzelnen **Beratungsstellen** darauf hinweisen und sie fragen, wie sie sich eine bessere Zusammenarbeit vorstellen. Wir werden mit den Verbraucherverbänden, der Lebensmittelindustrie und mit der Gesundheitswirtschaft am kommenden Freitag einen runden Tisch BSE durchführen. Wir glauben, dass mit Zögern, Zaudern und kleinem Streit niemandem geholfen ist. Wir werden noch vor der Sommerpause ein internationales BSE-Symposium organisieren, weil es tatsächlich keine Sache ist, die nur auf Schleswig-Holstein konzentriert ist. Es gibt überall die ersten Fälle. Wir sehen es ja nun auch in Dänemark und Österreich.

(Zurufe von der CDU)

In der nächsten Konferenz Norddeutschland werde ich mit den Ministerpräsidenten aus Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen zusammen eine Strategie für Norddeutschland erarbeiten und die Frage zu diskutieren versuchen, was wir vor Ort und gemeinsam in Absprache auch mit den Verbraucherzentralen machen können.

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und einzelner Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während der Sonderministerpräsidentenkonferenz am 16. Februar wird sich alles um das Thema BSE drehen. Es scheint, dass die Ministerpräsidenten mehr Einsicht in die Notwendigkeit eines Neuanfangs haben als Sie auf der rechten Seite dieses hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das alles sind notwendige Sofortmaßnahmen. Die **strukturellen Probleme**, die dazu geführt haben, dass wir heute über BSE reden, wobei über andere Sachen

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

durchaus auch zu reden wäre, sind so offenkundig, dass wir lang- und mittelfristig neue Strategien erarbeiten müssen. Das ist insbesondere für Schleswig-Holstein wichtig, weil rund 45 % der Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft auf Rindfleisch und Milch entfallen.

Zu dem, was vorhin zur Keulung gesagt wurde, Folgendes: In Bayern ist man ja den anderen Weg gegangen, mit dem Erfolg, dass die Bauern jetzt freiwillig ihre Herden zur Keulung bringen wollen, weil sie ihr Fleisch nicht loswerden. Es gibt in den Ställen eine Katastrophe, wenn nicht mehr geschlachtet werden kann. Meine Damen und Herren, Sie helfen den Landwirten nicht, wenn Sie ihnen vorgaukeln, es ginge weiter so und mit ein bisschen Kurskorrektur und ein bisschen Schönfärberei werde es schon etwas werden. Das wird nichts werden, weil sich die Verbraucher wehren werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich noch an die ätzenden Kommentare, als wir die **Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein** formuliert haben, die wir jetzt umsetzen wollen. Das sind die Punkte, bei denen Sie auch einmal in sich gehen und sich fragen müssten, ob Sie politisch gut beraten waren, jeden Vorschlag von Rot-Grün immer gleich in die Mottenkiste zu packen: Ihr wollt Betriebe umbringen, ihr wollt jemandem etwas tun und ihr wollt die Leute sich nicht frei entfalten lassen. Wir wollen niemanden umbringen. Wir wollen, dass die Menschen eine Chance auf dem Markt haben, aber wenn sich die Märkte ändern, nützt es nichts, mit alten Strategien in die neuen Märkte hineinzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Erkenntnis sollte man gerade auf Ihrer Seite erwarten können.

Von uns selbst, von der Landesregierung erwarte ich, dass sich das, was wir in der Zwischenzeit an Erkenntnis haben, in der Förderpolitik des Programms „Zukunft auf dem Lande“ niederschlägt.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Hier müssen wir noch einmal nachgucken, ob wir ein Stückchen dessen, was wir bis jetzt gefördert haben, nicht zugunsten anderer Dinge aufgeben müssen. Die Programme zur Dorferneuerung und Dorfverschönerung können auf der einen Seite nicht verdoppelt werden, wenn man auf der anderen Seite nicht genügend Geld hat, den Landwirten direkt zu helfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gebe ich selbstkritisch zu. Da müssen wir noch einmal nacharbeiten.

Im Übrigen müssen wir aufhören, an den einzelnen Symptomen herumzudoktern; wir müssen uns vielmehr Gedanken darüber machen, dass in der Tat alles mit allem zusammenhängt. Wenn die Industrie, die die Futtermittel herstellt, gern stärker von uns kontrolliert werden möchte, dann werden wir das tun. Ich dachte bisher immer, sie hielten sich wie alle anderen Bürger auch an Recht und Gesetz gebunden und wollten ihre Arbeit nicht dadurch stören lassen, dass dauernd jemand daneben steht und kontrolliert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Aber wir können es auch anders machen; das können Sie mir glauben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile nun Frau Ministerin Franzen das Wort.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit einer sehr ernsten und mich immer noch sehr treffenden Mitteilung. Wir haben den **vierten BSE-Verdachtsfall in Schleswig-Holstein**. Es ist ein zweimal mit dem Schnelltest positiv getestetes Tier - wir sind inzwischen ja schon Insider der Testeritis -, der Tierkörperbeseitigungsanstalt Einfeld. Das heißt, es ist ein gefallenes Tier. Es ist ein Tier aus dem Jahrgang 1996. Die Jahrgänge 1995 und 1996 - das wissen wir inzwischen alle - sind diejenigen, auf die sich das Geschehen konzentriert. Es ist insofern ein gefallenes Tier, als es sich von einer Zwillingengeburt im Oktober nicht wieder erholt hat und deshalb eingeschlafert worden ist. Wir erwarten das Ergebnis aus Tübingen am Wochenende. Es handelt sich um einen Bestand aus Dithmarschen, der nach HIT-Informationen - Sie kennen dieses Computersystem - 351 Rinder umfasst. Das Tier stammt aus diesem Bestand.

Der BSE-Alarmplan der Landesregierung läuft, das heißt der Landwirt ist informiert. Sonst hätte ich Ihnen das nicht öffentlich mitteilen dürfen. Wir werden mit ihm sprechen. Ich denke, es ist eine Nachricht, die dem Landtag genau zur richtigen Stunde übermittelt wird.

Ich erkläre an die Opposition gerichtet: Herr Ehlers - das sage ich auch an den Ausschussvorsitzenden Hopp; man kann sich als Ministerin in kritischen Zeiten keinen besseren wünschen -, man muss trotzdem aufpassen, worüber man hier diskutiert. Sie haben von

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

uns einen Bericht über die Kontrollen angefordert. Wenn Sie schon alles wissen, dann sagen Sie mir, dass Sie ihn nicht haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in unserem Haus eine Menge zu tun. Das kann ich Ihnen schwören. Ich brauche keinen Bericht anzufertigen, wenn ich in Bezug auf drei oder vier Haushaltstitel schon vorher in der Luft zerrissen werde. Herr Jensen-Nissen, warum ist man in diesen Dingen so kleinkariert? Warum warten Sie nicht auf die Debatte im Februar? Wir schreiben den Bericht ja. Wir werden ihn selbstkritisch verfassen.

Nun ein Wort zur Selbstgerechtigkeit der Opposition und vieler Verbände, die sich an nichts mehr erinnern. Wir haben **Schwachstellenanalysen** gemacht und werden die Ergebnisse vorlegen. Von Hans Wiesen über Klaus Buß bis Ingrid Franzen hat es sehr früh Tiermehlverfütterverbote gegeben, und zwar auch in Bezug auf den restlichen Bestand. Wir haben von Ihnen dafür keinen Beifall bekommen. Hans Wiesen ist in der Luft zerrissen worden von allen, die daran Geld verdient haben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das werde ich öffentlich wiederholen, auch wenn es anderen nicht gefällt. Wir machen, wie gesagt, eine Schwachstellenanalyse. Ich bitte Sie: Setzen Sie sich einmal mit Ihren früheren Kollegen zusammen! Gucken Sie einmal in Ihre Archive, was Sie getan haben! Das, was hier läuft, ist wirklich etwas zu billig.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir führen die **Kontrollen** im Rahmen unserer Zuständigkeiten durch. Das werden wir darlegen. Aber lassen Sie mich sagen, warum ich mich in der Öffentlichkeit ein bisschen unwohl fühle - aber die juristische Situation ist nun einmal so -: Wenn ich kontrolliere und etwas finde, darf ich es den Bauern dann sagen? Nein, ich darf es nicht. Dann stehe ich mit einem Bein im Gefängnis. Ich könnte ja dem Futtermittelhersteller schaden. Wo leben wir denn? Wir kontrollieren mit öffentlichen Mitteln - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Der Jurist Kubicki ist natürlich sehr einverstanden. Den Hersteller würden Sie glatt vertreten, Herr Kubicki. Das macht ja auch nichts. Ich frage nur: Warum kontrollieren wir alles öffentlich, wenn wir niemanden informieren dürfen?

(Beifall bei SPD und SSW)

Die Frage ist doch: Wie soll ich die Landwirte schützen? Dass der Name eines Menschen, der unter Ver-

dacht geraten ist, noch nicht angeklagt und auch nicht verurteilt wurde, öffentlich bekannt wird, ist bei Privatpersonen völlig normal. Sie sind von der „Bild“-Zeitung bis zur Lokalzeitung abgebildet, wenn sie Glück haben, mit verkürztem Namen. Ich muss aufpassen, was ich tue und was ich sage. Wir haben im Kabinett durchaus kontrovers darüber diskutiert; das will ich ehrlich zugeben. Aber ich habe wenig Lust, mich so zu verhalten, und ich werde notfalls die Bundesregierung und auch die EU auffordern, hier ein bisschen Klarheit zu schaffen. Wir reden immer davon, dass der **Verbraucherschutz** an erster Stelle stehen müsse. Aber wenn es um **Interessen** geht, landen wir gleich bei der Justiz. Aber das hilft uns nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich will beispielhaft etwas zum Handel sagen; denn ich kann nicht alle Bereiche aufzählen. Ich möchte ferner etwas zum Verbraucherschutz und zur Art der Produktion sagen. Ich habe keine Lust, mich auf Prozentsätze einzulassen, von wem auch immer sie vorgeschlagen werden - selbst von Frau Künast -, wie viel Ökolandbau wann zu erfolgen hat. In einer regionalen Zeitung findet sich eine sehr schöne Schlagzeile: „Müller bestellt Ökolandbau“. Mit Verlaub, lieber Herr Kollege: Land haben wir nicht. - Das heißt: Wir müssen überzeugen. Soll ich erst die Landwirte überzeugen, damit sie produzieren, oder soll ich erst die Verbraucher überzeugen, damit sie nachfragen? Wenn wir in der falschen Reihenfolge vorgehen, werden wir in zehn Jahren „Ökoberge“ haben. Das heißt: Es wird zwar etwas besser produziert, aber es ist auch nicht in Ordnung. Ich will über die Nachfrage, über den Bedarf aufklären. Dorthin müssen wir kommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Die **Ökoprodukte** müssen in die Läden. Dagegen erhebt sich Widerstand nicht nur im Handel, sondern auch im Ökobereich, weil man nicht in gleicher Qualität und Quantität liefern kann. Beides wird heutzutage vom Verbraucher verlangt. Machen wir uns auf die Socken, um das hinzubekommen!

Nun zum Thema „**Qualitätssiegel**“: Frau Künast hat ein einheitliches Ökosiegel gefordert. Dabei wünsche ich ihr viel Erfolg. Es gibt übrigens schon ein solches. Vielleicht nimmt sie auch das oder sie guckt nach Dänemark.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Dieses und jenes an speziellen Siegeln kann vielleicht darunter stehen. Aber kein Verbraucher kann begreifen, was da läuft. Das ist im Handel nicht vermarktbar.

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

Lassen Sie mich kritisch sagen: Wenn es für die übrige Landwirtschaft nur ein Siegel geben soll - Frau Künast war neu im Amt, als sie das in Berlin gesagt hat -, das für Mindeststandards gilt, dann sage ich: Das kann es nicht sein.

(Beifall im ganzen Haus)

Das wäre in der Werbung überhaupt nicht zulässig. Der Mindeststandard muss erfüllt werden. Wir kontrollieren ihn ja. Deshalb sage ich zu unserem Gütesiegel - immer mit Bezug auf meinen Haushalt -: Wir haben auf dem Schleswig-Holstein-Abend in Berlin von Staatssekretär Wille große Komplimente gehört. Eine Wurst verarbeitende Firma und der Handel haben sich ähnlich geäußert. Ich denke schon, dass sich das „**Gütesiegel**“ noch einmal konstituierend zusammensetzen muss. Es sollte vielleicht ein bisschen weniger - es muss alles aus Schleswig-Holstein sein - und ein bisschen mehr Qualität sein. Ich glaube, wir haben Veranlassung, noch einmal gründlich zu prüfen, ehe wir dieses schöne Gütesiegel in Gänze aufgeben. Ich weiß, dass der Agrarausschuss das neu bedenken wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Zeit läuft mir weg, aber lassen Sie mich etwas zur **Tierschutzdebatte** sagen. Erstens. Ich bin selber Mitglied des Tierschutzverbandes. Das würde ich am liebsten einmal inserieren, weil ich immer neue Briefe bekomme.

Wer zweitens glaubt, dass ich an der Keulung von Herden festzuhalten versuche - ich kann das nur gemeinsam mit den Landwirten tun; ich habe keine Rechtsgrundlage; das weiß ich sehr wohl; das sagen wir den Landwirten auch -, weil ich vom Tierschutz her nicht genug auf dem Quivive sei, irrt sich gewaltig. Aber wer glaubt, dass wir in dieser Zeit bei den ersten Demonstrationen gleich wieder umfallen, irrt sich ebenso.

Wir wissen nichts über BSE. Deshalb ist die Frage, ob wir schon wieder an einem Punkt angekommen sind, bei dem wir wieder aufhören können nachzudenken. Ich bedanke mich sehr, Herr Minister Steenblock, dass Sie das so mitgetragen haben.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Das ist die alte Verbundenheit. Herr Ex-Minister; ich korrigiere es nicht.

Ich möchte zum Schluss noch zwei Punkte ansprechen, zunächst die **wissenschaftliche Beratung**. Die Herren und Damen Professoren haben einem irgendwann einmal irgendetwas geschrieben; man hat vielleicht darauf geantwortet oder auch nicht. Man bekommt wirklich Schweißausbrüche bei jedem Brief, den man erhält. Ich will es einmal positiv wenden, auch auf-

grund einer Bereisung mit meinem Kollegen Hay in Flensburg und aufgrund von Kontakten zur Fachhochschule in Rendsburg. Ich prüfe die Einrichtung eines „Wissenschaftlichen Beirates“ beim MLR - dafür werbe ich -, der sich zweimal im Jahr treffen sollte, zum einen zum Thema BSE, aber auch zu anderen Themen. Natürlich darf mir keine wissenschaftliche Erkenntnis durch die Lappen gehen. Man muss zwischen wissenschaftlicher Meinung - das ist das, was in den Briefen steht - und wissenschaftlicher Erkenntnis unterscheiden. Diesen Unterschied kennen die Damen und Herren Professoren auch.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Abschließend nenne ich zwei Leitsätze, die für mich wichtig sind: Ich werde **Reformen** in allen Bereichen gründlich anpacken. Ich denke, das ist deutlich geworden. Aber ich werde es in meinem Stil tun - das heißt mit den Beteiligten in Schleswig-Holstein und nicht vom grünen Tisch aus; das meine ich sogar wörtlich.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Hapach-Kasan [F.D.P.])

Ich werde selbstverständlich der Einladung des Bauernverbandes zur Demonstration am Samstag in Rendsburg folgen und dort reden, aber vor allen Dingen zuhören. Ich hoffe, viele von Ihnen dort wiederzusehen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich will eine geschäftsleitende Bemerkung machen. - Die Regierung hat ihre Redezeit fast vollständig verbraucht. Ich glaube nicht, dass Herr Umweltminister in 59 sec klarkommen wird. Ich denke, man sollte deshalb klugerweise zunächst die angemeldeten Debattenbeiträge nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung aufrufen und dann noch einmal die Regierung zu Wort kommen lassen. Diese kann natürlich jederzeit das Wort ergreifen, mit den Folgen, die damit wiederum verbunden sind.

(Unruhe)

- Im Moment möchte ich etwas sagen. - Das gilt für alle.

Ich rufe nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Kubicki auf.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Minister a. D. Steenblock außerordentlich dankbar, dass er in der Debatte auf den Europaaspekt

(Wolfgang Kubicki)

hingewiesen hat, der wichtiger ist, als wir uns das momentan zu Gemüte führen. Es kann keine Insellösung für Schleswig-Holstein geben, es kann auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft keine Insellösung für Deutschland geben. Darauf hinzuweisen halte ich für besonders wichtig. Das entspannt möglicherweise einige der emotionalen Debattenbeiträge, die hier geliefert worden sind.

Herr Kollege Steenblock, Herr Kollege Harms, zum anderen habe ich meine Zweifel daran, dass die Art und Weise der Produktion etwas mit dem In-Verkehr-Bringen zu tun haben kann. Ich möchte das innerhalb meines Dreiminutenbeitrages an einem kleinen Beispiel verdeutlichen. Niemand von uns käme auf die Idee zu sagen, nur weil ein Auto ökologisch produziert worden sei, dürfe man auf den TÜV verzichten. Das Spannende ist nämlich, wie es mit der Überwachung und Kontrolle bisher gewesen ist. Ich bin bei der ganzen Debatte völlig verwirrt als Verbraucher, meine Frau übrigens auch, weil jetzt Kontrolle und Überwachung gefordert werden, von denen wir davon ausgegangen sind, dass sie bereits bestehen. Die **Lebensmittelüberwachung** hat ja den Sinn, dass das In-Verkehr-Bringen von Lebensmitteln, die nicht an die Verbraucher gelangen sollten, unterbunden werden kann.

Herr Steenblock, Herr Harms, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bin bei der Recherche des Ist-Zustands in Schleswig-Holstein auf ein Urteil des schleswig-holsteinischen Oberlandesgerichts vom 23. Mai 1997 gestoßen, das im „Report“ 12/97 abgedruckt war. Ich habe mir die Entscheidung aus dem Verfügungsbereich der Landesregierung besorgt. Da sollte einer Tierärztin untersagt werden zu behaupten, dass hin und wieder BSE-auffällige Tiere ohne die notwendigen umfangreichen Untersuchungen ganz normal geschlachtet worden und in den Verbrauch gelangt seien.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ich zitiere jetzt aus der Begründung des Oberlandesgerichts, weil ich daran Fragen an die Regierung habe, die vielleicht beantwortet werden können. Das Oberlandesgericht erklärt:

„Dessen ungeachtet ist der Senat davon überzeugt, dass es hinreichend BSE-auffällige Tiere gegeben hat, die das Vorgehen der Beklagten als gerechtfertigt erscheinen lassen. Zunächst sind die vier Rinderköpfe zum IPH nach Hannover zur Untersuchung eines BSE-Verdachts geschickt worden... In zwei der vier Fälle sind trotz der Tötung mit Bolzenschussgeräten perineuronale Vakuolen festge-

stellt worden. Das sind Aushöhlungen der Hirnsubstanz, wie sie auch bei BSE vorkommen. Wenn der Befund sodann von Prof. Dr. P. mit einem 'histopathologisch kein eindeutiger Hinweis auf BSE' nur äußerst vorsichtig formuliert worden ist, räumt dies einen BSE-Verdacht keineswegs aus, sondern spricht zusätzlich dafür, dass diese Tiere BSE-auffällig gewesen sind. Danach konnte von einem 'eindeutig negativen Ergebnis' der Untersuchungen, mit denen das zuständige Ministerium sich und die Bevölkerung beruhigen wollte (MELFF-Bericht vom 5. Oktober 1994), nicht die Rede sein. Es liegt auf der Hand, dass 'keine eindeutigen Hinweise auf BSE' etwas grundlegend anderes sind als eindeutig keine Hinweise auf BSE.

Damit konnte sich (nicht nur) für die Beklagte der Verdacht aufdrängen, dass den staatlichen Stellen durchaus im Einklang mit den Fleisch erzeugenden und verarbeitenden Betrieben sehr daran gelegen war, einen amtlichen BSE-Nachweis wenn irgend möglich zu verhindern. Wenn vereitelt wurde, dass die der sachverständigen Beklagten aufgefallenen Tiere sachgerecht medikamentös getötet oder lebend zum IPH nach Hannover geschickt werden konnten, wenn trotz der nicht eindeutigen und damit unsicheren Befundergebnisse keine weiteren Untersuchungen durchgeführt wurden, wenn die Beklagte schließlich gegen ihren Willen aus dem Stall ans Band versetzt worden ist und ihr damit die Möglichkeit genommen wurde, bei der klinischen Lebenduntersuchung weitere BSE-Verdachtsmomente festzustellen, und wenn die Untersuchungsergebnisse im MELFF-Bericht öffentlich verharmlost wurden, dann durfte sich die Beklagte, die als wissenschaftliche Expertin um eine Stellungnahme gebeten worden war, in der geschehenen Weise und in durchaus zurückhaltender Form öffentlich äußern.“

Das ist ja vom MELFF und anderen zur Kenntnis genommen worden, auch vom Umweltministerium. Sie waren 1997 Umweltminister. Meine Frage ist: Was ist daraufhin geschehen bei der stärkeren Kontrolle von entsprechenden Verdachtsfällen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Kruse.

**Maren Kruse [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hopp, ich bin sehr dankbar dafür, dass vorhin die sehr sachliche Diskussion angesprochen worden ist, die wir in Berlin geführt haben. Ich finde es wenig hilfreich, dass wir hier alle so tun, als hätte das nicht stattgefunden, und uns das nur für die Presse um die Ohren hauen. Ich möchte noch einmal auf das eingehen, was in Berlin angesprochen worden ist, und zwar insbesondere was das **Gütezeichen** betrifft, das im letzten Jahr seinen 35. Geburtstag gefeiert und in 35 Jahren eine kontinuierliche und dynamische Entwicklung gefunden hat.

Das Zeichen für kontrollierten Anbau, für kontrollierte Aufzucht, für kontrollierte Produktion, regelmäßige Kontrolle, ausgezeichnete Qualität und mehr Sicherheit, damit Sie beim Einkauf auf Nummer sicher gehen können. - Alle diese Aufzählungen hatten am 24. November des letzten Jahres kaum noch Gültigkeit. Die so wichtige Orientierungshilfe für Handel und Verbraucherinnen und Verbraucher, das positive Landesimage waren auf einmal angeschlagen.

Wir stehen aufgrund der veränderten Situation und aufgrund der aktuellen und sicherlich lang anhaltenden Diskussion vor der schwierigen Aufgabe, auf Veränderungen möglichst schnell und umgehend zu reagieren. Es muss daher darüber nachgedacht werden, welche Kriterien dieses Produkt in Zukunft erfüllen muss, kann und auch soll. Wir können den Verbraucherinnen und Verbrauchern nicht weiter suggerieren, dass es einen hundertprozentigen Schutz gibt, aber wir können die Rahmenbedingungen für eine Entscheidungsgrundlage geben; entscheiden müssen immer die Menschen selber.

Daher gilt es, auch für das Gütezeichen, in das bis jetzt über 70 Millionen DM an öffentlicher Förderung geflossen sind, über Veränderungen nachzudenken. Das ist genau das, was wir auch in Berlin besprochen haben.

(Beifall bei SPD und SSW)

Es reicht nicht aus, wie bisher die Vermarktung kontrolliert erzeugter Rohstoffe mit regionaler Herkunft dafür zu definieren.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Aus der aktuellen Diskussion wissen wir, dass die Anforderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher an den Gesundheitswert von Lebensmitteln und deren Umwelt und artgerechte Erzeugung und Haltung zukünftig sehr viel stärker berücksichtigt werden müssen. Ökologische Aspekte und Dimensionen müssen

hier zukünftig einbezogen werden. Da waren wir uns alle einig.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Einführung zusätzlicher Kriterien wie der Ausschluss problematischer Inhaltsstoffe, weitgehende Verwendung von schleswig-holsteinischen Rohstoffen und Betonung gesundheitsfördernder Produkte sollten sich in dem blau-grünen Gütesiegel wiederfinden.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Ein Qualitätssicherungssystem und -management in vervollständigter Form kann hier praktiziert werden und sollte in die Tat umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, damit es in Zukunft nicht Zeichen wie Sand am Meer gibt, lassen Sie uns über eine Verbesserung der kontrollierten Qualität mit den Komponenten praktikabler Verbraucherschutz und Wirtschaftsförderung und damit auch über Finanzierungselemente und Finanzierungsinstrumente gemeinsam nachdenken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die in der Debatte gefallen sind. Zunächst zur Europäischen Union! Hier ist wieder einmal die Legende gestrickt worden, dass die Europäische Union die Hauptschuldige ist, die uns daran hindert, ökologisch zu produzieren. Das Gegenteil ist der Fall.

Es war in den letzten Jahren Landwirtschaftsminister Borchert - die Parteizugehörigkeit ist sicher bekannt -, der in der EU verhindert hat, dass das Verbot der Tiermehlverfütterung eingeführt worden ist.

(Zurufe von der CDU)

Der jetzige EU-Kommissar Fischler hat deutlich darauf hingewiesen, dass es europäische Länder gibt, die in der Frage ökologischer Produktion bei 20 % liegen, während andere Länder bei 2 % liegen. Das kann ja wohl nicht an der Europäischen Union liegen, sondern das liegt daran, wie die jeweiligen europäischen Staaten die Möglichkeiten der Europäischen Union ausge-



**(Karl-Martin Hentschel)**

nutzt haben. Man muss einfach feststellen, dass andere Länder da mehr getan haben als wir und dass Deutschland in diesen Diskussionen in den vergangenen 20 Jahren eher Bremser war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und SSW - Zuruf der Abgeordneten  
Roswitha Strauß [CDU])

Es ist hier darauf hingewiesen worden - das ist völlig richtig -, dass auch ökologische Landwirte vor Skandalen nicht sicher sind. Das ist niemand. Der Unterschied ist - darauf werden wir uns sicherlich verständigen können -, dass Biolandwirte das eigene Gras, die eigenen Ackerbauprodukte verfüttern. Der Unterschied ist, dass sie ihre Kälber mit Milch aufziehen. Der Unterschied ist, dass sie keine Insektizide, Pestizide, Herbizide und so weiter verwenden. Das sind Tatsachen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg  
[CDU])

Es gibt in dieser Art von Landwirtschaft andere Strukturen, die sicherlich verbraucherfreundlicher sind und deshalb gefördert werden sollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich möchte bezüglich der Forschung noch auf den Beitrag des Kollegen Harms eingehen. Ich glaube, dass wir in der Forschung sehr große Fortschritte gemacht haben. Wir haben in Schleswig-Holstein jetzt den Hof Lindhöft, der im Bereich des **ökologischen Landbaus** in Schleswig-Holstein eine eigenen Station bildet und dadurch die Grundlage dafür schafft, dass Schleswig-Holstein in diesem Bereich vorankommt.

Weiterhin haben wir das neue Bundesgut Trenthorst, wo die gesamten Haustierrassen mit dem Ziel neu gezüchtet und gesannt werden, im Rahmen der Grundlagenforschung die ökologische Kuh der Zukunft mit hoher Leistung zu erhalten, die aber nicht den heutigen Bedarf an Antibiotika hat. Gleiches gilt für die Schweine-, die Schaf- und die Ziegenzucht. Damit sind in Schleswig-Holstein hervorragende Forschungsmöglichkeiten geschaffen, die wir nutzen sollten. Ich glaube nicht, dass wir auf die Landwirtschaftskammer zurückgreifen müssen. Ich glaube auch nicht, dass sie dafür die geeignete Institution ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass ein **Gütesiegel** wichtig ist. Die Frage der Kontrolle des Gütesiegels sollten wir allerdings in Zukunft nicht allein der Landwirtschaftskammer überlassen. Diese Kontrolle sollte - unabhängig von den Interessen der Landwirtschaftsstrukturen - von Verbraucherorganisationen organisiert werden. Wir

haben die Erfahrung gemacht, dass es nie günstig ist, wenn diejenigen, die etwas machen, sich auch selber kontrollieren. Das soll von unabhängigen Verbraucherorganisationen gemacht werden. Dann kommen wir zusammen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag.

**Peter Jensen-Nissen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Frau Ministerin, Ihre Aussage, dass meine Aussagen zu billig seien, bitte ich noch einmal zu überdenken. Sie haben eine Kleine Anfrage beantwortet, die ich aufgearbeitet habe. Dabei kommen diese Zahlen zustande. Das ist innerhalb der Verantwortung dieser Landesregierung passiert. Diese Tatsache muss man natürlich im Kontext der Beschlüsse sehen, die 1997, 1998 und 1999 getroffen worden sind. Als Abgeordnete sollten Sie darüber nachdenken, ob man das Kontrollrecht des Parlaments als billig bezeichnen sollte. Dies ist ein Misston in dieser Debatte, gegen den ich mich verwahre.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nun zu der Forderung des **ökologischen Landbaus**. Sie haben alle Möglichkeiten gehabt. Ich nenne nur die EU-Richtlinie 70/28 zur Extensivierung. Diese Richtlinie existiert seit 1990. Diese Landesregierung hat nichts gemacht. 1988 hatten wir 25.000 beziehungsweise 26.000 Hektar in Extensivierungsmaßnahmen auf dem Grünland. Sie haben dies abgeschafft. Sie sind dafür verantwortlich. Sie haben nichts umgesetzt. Bayern hat das Kula-Programm, Baden-Württemberg hat ein ähnliches Programm, das von der EU notifiziert, finanziert und genehmigt wurde. Sie haben nichts gemacht; auch das gehört zur Wahrheit.

(Lars Harms [SSW]: Das hat damit nichts zu tun!)

Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass in diesem Lande nichts passiert ist!

Nun zu Ihnen, Kollege Hentschel. Sie sind wahrlich Weltmeister in Legendenbildung. Das hilft Ihnen aber überhaupt nicht. Am 30. März 1994 hat der Bundesminister im Rahmen einer Ministerratssitzung auf Antrag der Bundesrepublik Deutschland das Verbot von Tiermehlverfütterung gefordert. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Aktion von CDU und CSU. Ich wollte hier keine parteipolitische Diskussion. Ich

(Peter Jensen-Nissen)

möchte nur verhindern, dass Legenden gebildet werden, die so nicht stimmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Am 30. August 1994 werden die gemeinschaftlichen Regeln über Dringlichkeitsrecht in nationales Recht umgesetzt. Am 18. Juli 1995 erfolgt die Verschärfung des Exportverbots für britisches Rindfleisch durch Festlegung auf ein Höchstalter der Rinder zum Zeitpunkt der Schlachtung auf 30 Monate. Das sind alles Initiativen der Bundesminister Seehofer, Borchert und der Bundesregierung gewesen.

Nun eine Anmerkung zur Wahrheit: Am 2. Februar 2000 beschließt die Bundesregierung die Umsetzung der EU-Entscheidung zur Lockerung des Exportverbots für britisches Rindfleisch verbunden mit einer Kennzeichnungspflicht. Wer war dort wohl Ministerin? Diese Frage müssen Sie beantworten. Dann wollen wir mit der Wahrheit und der Legendenbildung besser umgehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile Herrn Minister Müller das Wort.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Sehr geehrte Damen und Herren! Eine Minute ist etwas knapp, ich versuche nur leicht zu überziehen. Liebe Frau Happach-Kasan, lieber Herr Ehlers, ich frage Sie: Wie nennen Sie es, wenn wir Glykol im Wein haben, Dioxin und Quecksilber im Fisch und Klärschlamm im Tierfutter haben? Ich glaube, an solchen Stellen sind deutliche Worte im Rahmen einer zugespitzten Debatte richtig. Hier müssen deutliche Worte gefunden werden. An solchen Stellen dürfen wir nichts verschleiern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Ehlers, Sie haben vorhin von einem Fall gesprochen. Mir ist nicht klar, ob der in Schleswig-Holstein aufgetreten sein soll. Mir und meinem Hause ist er definitiv nicht bekannt. Ein Schlachthof soll nach einem BSE-Fall acht Tage lang gesperrt gewesen sein. Realität ist, dass die Schlachthöfe natürlich ordnungsgemäß desinfiziert werden. Das geschieht. Danach können sie weiterarbeiten. Insofern sehe ich für diesen Vorwurf - sollte er Schleswig-Holstein betreffen - keinen Raum.

Mir ist es wichtig, einige Punkte zu ergänzen. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - sowohl im MLR als auch im MUNF und vor allem in

unserem gemeinsamen Labor. In der LVUA wird im Rahmen der Tests hervorragende Arbeit geleistet, die zum Teil sicherlich sehr stressig ist.

Es taucht immer wieder die Frage auf, wie sicher die **BSE-Tests** seien. Wir haben immer gesagt, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt. Es gibt aber ein Problem, das weniger im Bereich des Tests als vielmehr in der Frage der Anwendung des Tests liegt. Es hat - auch in Schleswig-Holstein - das Problem gegeben, dass das so genannte Obex-Material, also das Material, das aus dem Gehirn herausgezogen werden muss, um den Test ordnungsgemäß durchzuführen, in mehreren Fällen nicht ordnungsgemäß entnommen worden ist. Wir haben das bemerkt und unter anderem deshalb vier Schlachtteile auf dem Transport kurz vor Berlin erfolgreich wieder zurückgerufen, weil wir gemerkt haben, dass die Probleme nicht im Testverfahren, sondern bei der Art und Weise der Durchführung des Tests lagen. Daraufhin haben wir umgehend weitere Kontrollen durchgeführt. Inzwischen ist es so, dass wir auf die generelle Überprüfung wieder verzichten können. Wir behalten uns aber ausdrücklich Stichproben vor, damit es im Weiteren zu größtmöglicher Sicherheit bei den Tests kommt.

Ich glaube, dass dieser Weg, wie er sich inzwischen auch bundesweit bei der neuen Verbraucherschutzministerin Künast andeutet, nämlich nicht bei der Untersuchung der 30 Monate alten Rinder stehen zu bleiben, weiter verfolgt wird, sodass wir zu einer Testung weiterer Rinder kommen. Ich hoffe, dass wir irgendwann alle Rinder testen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wichtig ist auch, die Forschung nach weiteren - noch sensibleren - BSE-Tests zu verstärken, bis wir - aufgrund von Bluttests - auf Schlachtungen verzichten können.

Mein Dank gilt ausdrücklich den Lebensmittelhändlern und den Lebensmittelketten, die freiwillige Test durchführen. Ich glaube, dass wir in der Politik nach wie vor eine Bringschuld haben. Die neue Verbraucherschutzministerin wird auch in der Frage der Entwicklung eines neuen Labels behilflich sein, das es ermöglichen wird, auf ein Fleischetikett zu schreiben, was tatsächlich geschieht. Wir haben vorgeschlagen: „BSE-getestet, unser Beitrag zur Risikominimierung“. Ich glaube, dass - angesichts der öffentlichen Debatte - keiner sagen kann, dass nicht alle Verbraucherinnen und Verbraucher wüssten, worum es an dieser Stelle geht. Ich kann mir auch andere Labels vorstellen, aber ich glaube, dass diejenigen, die testen, auch eine Möglichkeit haben müssen, dies deutlich kennzeichnen zu können.

**(Minister Klaus Müller)**

Der zweite Bereich, der mir angesichts der Diskussion rund um Bayern wichtig ist: **Antibiotika im Fleisch!** Wir bemühen uns in Schleswig-Holstein, ein so eng geknüpftes Sicherheitsnetz zu schaffen, wie wir nur können. Wir haben hier den großen Vorteil - ich habe es vorhin erwähnt -, dass bei uns die Kontrolle der Landwirte, der Tierärzte, der Tiere und des Fleisches in einer Hand liegt, eben im Lebensmittel- und Veterinäruntersuchungsamt des Landes Schleswig-Holstein, sodass ergänzend zu der guten Kooperation der beiden Häuser MLR und MUNF das operative Geschäft in einem Labor, in einem Amt zusammengefügt ist, sodass wir keine Reibungsverluste haben und es hier zu einer bisher sehr guten Arbeit kommt.

Der dritte Punkt, der mir wichtig ist: Tiermehlentsorgung! Wir arbeiten daran und hoffen, dass die Bundesregierung in Brüssel offensiv vertreten wird, nicht bei der Sechs-Monats-Frist zu bleiben und dazu übergehen zu können, planbare Vorstellungen zu entwickeln, wie das **Tiermehl** vernünftig entsorgt werden kann. Das ist sicherlich in Form einer energetischen Nutzung sinnvoll und notwendig. Wir gehen auch davon aus, dass es Möglichkeiten der Vergärung gibt, es zur Erzeugung von Biogas kommen kann, was in unseren beiden Tierkörperverwertungsanstalten in Neumünster und Jagel möglich sein wird. Ich gehe davon aus, dass die Verbrennungen in Zementwerken und Müllverbrennungsanlagen nur Übergangslösungen sind.

Ich finde es wichtig - das ist auch mein Wunsch für diese Debatte -, dass wir Verantwortung nicht auf andere abschieben. Ich hätte mir jetzt auch eine lebhaftere Rede mit vielerlei Zitaten und Beispielen aus der Vergangenheit vieler Leute vorstellen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass die Politik ihre Verantwortung übernehmen muss, dass die Landwirtschaft ihre Verantwortung übernehmen muss. Herr Ehlers, ich lasse da auch niemanden außen vor. Die Landwirtschaft steht aber auch für die Futtermittelindustrie und für den Bereich dahinter, den Einzelhandel. Auch hier können sich Leute an die eigene Nase fassen. Ich bleibe dabei: Auch die Verbraucherinnen und Verbraucher haben eine eigene Verantwortung, sich schlau zu machen, sich bewusst darüber zu werden, was sie tatsächlich essen wollen, was sie bereit sind, dafür auszugeben. Ich halte das übrigens nicht für eine ideologische Frage. Viele Landwirte sind nach öffentlichem Schlagabtausch zu mir gekommen und haben gesagt: Zumindest in einem Punkt, Herr Umweltminister, gebe ich Ihnen Recht, das Bewusstsein der Leute, für gute Qualität einen guten Preis zu zahlen, muss sich verstärken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, ich erinnere Sie jetzt doch an die Redezeit.

**Klaus Müller**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Schließen möchte ich mit einer herzlichen Unterstützung an die neue Bundesverbraucherschutzministerin Künast. Gerade, weil sie nicht aus der Landwirtschaft kommt, glaube ich, dass sie über neues Vertrauen in der Bevölkerung verfügt. Deshalb glaube ich, dass sie eine Chance ist für Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Landwirtschaft und auch für die Politik in Berlin.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich schließe damit, dass ich das Kabinett in diesem Bereich in allen wichtigen Fragen in großer Einigkeit weiß. Deshalb werden wir gute Pläne vorlegen, die beiden Berichte, die die Ministerpräsidentin angekündigt hat, sie breit diskutieren und dann zu guten Ergebnissen kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Da die Regierung die beantragte Redezeit um fünf Minuten überschritten hat, steht diese Zeit jetzt auch den Fraktionen zu. Ich bitte, dies jetzt aber nicht als Aufforderung zu verstehen.

Als Nächstes erhält der Herr Abgeordnete Hopp nach § 56 Abs. 6 der Geschäftsordnung das Wort.

**Claus Hopp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu dem Gütezeichen, das hier immer wieder angesprochen wird! Ich empfehle einigen Kolleginnen und Kollegen dringend, sich einmal mit Verbraucherinnen und Verbrauchern darüber zu unterhalten, was sie von unserem **Gütezeichen** „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ halten.

(Lars Harms [SSW]: Nichts!)

Sie werden nämlich feststellen, dass über 95 % aller Schleswig-Holsteiner

(Lars Harms [SSW]: Nichts damit anfangen können!)

(Claus Hopp)

dieses Gütezeichen positiv besetzen. Über 95 %!

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann?)

Wenn Sie dieses Thema auf Bundesebene ansprechen - hören Sie doch bitte wenigstens zu! -, werden Sie immerhin noch einen positiven Bekanntheitsgrad von 65 % erhalten. Deshalb brauchen wir das Gütezeichen nicht neu zu erfinden. Diese Arbeit können wir uns sparen.

Wenn Sie der Meinung sind, wir könnten hier und dort noch verbessern, dann ist die **Landwirtschaftskammer** die Allerletzte, die auf solche Bemühungen der Politik nicht einginge.

Aber eines ist verkehrt, meine Damen und Herren. Wir hatten 1992 im Etat 2,3 Millionen DM. Diesen Etat haben Sie bis auf 500.000 DM zusammengekürzt. Für das nächste Jahr haben Sie noch 250.000 DM vorgesehen und im Jahr 2003 soll die Förderung ganz auslaufen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Nun halte ich allen zugute - es geht mir hier wirklich um Gemeinsamkeiten; ich sage das nicht nur so -: Als Sie den Haushalt 2001 beschlossen haben, hatten wir noch keinen BSE-Fall in Schleswig-Holstein und in Deutschland.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

Es ist eine neue Situation eingetreten. - Ich weiß, dass Sie das besser wissen. Wenn Sie doch bloß einmal nach vorne gingen und sagten, was Sie eigentlich meinen!

Ich bin tatsächlich der Meinung, dass wir in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, unser Gütezeichen so schnell wie möglich weiter ausbauen sollten. Dazu gehört auch ein wenig Geld. Die Kürzungsmaßnahmen waren in dieser Situation denkbar unglücklich.

Nun wird gesagt, dafür seien die CMA-Mittel - das Wort ist heute noch gar nicht gefallen - da, die selbstverständlich auch in der Zukunft zur Verfügung stünden. Ich sage Ihnen: Das ist reines Bauerngeld. Das haben die Landwirte eingezahlt, um die Vermarktungssituation zu verbessern.

(Lars Harms [SSW]: Dann sollen Sie das dafür verwenden! - Zuruf des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

- Das ist doch in Ordnung! Das will ich damit auch nur sagen. Tun Sie aber bitte nicht so, als seien das womöglich auch noch Steuergelder. Nein, das sind sie nicht. Das sind reine Bauerngelder, die sie aus dem Verkauf ihrer Produkte eingezahlt haben.

Im Übrigen empfehle ich ganz dringend, dass wir uns schon in der nächsten Woche mit der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein zusammensetzen und über die zukünftige Situation des Gütezeichens nachdenken.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Oppositionsführer.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, aus den Debattenbeiträgen der Kollegen Jensen-Nissen und Hopp ist deutlich geworden, dass es für die CDU-Fraktion kein „Weiter so!“ geben wird, dass wir Änderungen wollen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Auch der Beitrag von Frau Kruse und insbesondere der Beitrag der Frau Landwirtschaftsministerin waren sehr mutig. Deshalb bin ich so besonders empört über den Beitrag der Ministerpräsidentin, die hier mit einem emotionalen Angriff in die völlig falsche Kiste gegriffen hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, das liegt auf dem Niveau des Sondermülls von Herrn Müller, der Lebensmittel mit Sondermüll in einen Topf schmeißen will.

(Beifall der Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU] und Herlich Marie Todsen-Reese [CDU])

Ich bin der Auffassung, dass man mit Unterstellungen keine Probleme lösen kann.

Sie haben gesagt, wichtig sei, was die Verbraucher glaubten. - Bitte schön, dann tun Sie doch etwas, damit Verbraucher wieder Vertrauen gewinnen können, und erzeugen Sie nicht zusätzlich Unsicherheit!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer so wie Sie angreift, will eigene Schwächen verbergen. Ich behaupte, die Frage von Herrn Kubicki nach den Kontrollen kann man so beantworten: Stärkere Kontrollen hat es nicht gegeben, obwohl es ein Ur-

**(Martin Kayenburg)**

teil des Oberverwaltungsgerichts gegeben hat. Da liegt Ihr Versäumnis. Das ist Ihr Verschulden, das Verschulden Ihrer Regierung und von niemand anderem.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie Verbrauchervertrauen zurückgewinnen wollen, tun Sie doch etwas! Aber tun heißt nicht etwa kürzen, wie Sie das bei der Verbraucherzentrale vorhaben, wie Sie das hier eben wieder deutlich gemacht haben und wie wir heute in der Presse lesen konnten. Sie reden doch den Bruch herbei, wenn Sie einen Bruch zwischen Verbrauchern und Landwirtschaft an die Wand malen und dann darauf hinweisen, die Verbraucherzentrale sei unbeweglich.

Es kommt dann noch dicker. Das beweist, dass Sie keine Ahnung haben. Sie sagen nämlich in den „KN“:

„Sie“

- die Verbraucherzentralen -

„sind immer noch mittelstandsorientiert, also auf solche Familien ausgerichtet, die ohnehin bewusst einkaufen.“

Wer so etwas sagt, weiß wirklich nicht, wo die Verbraucherzentralen arbeiten und für wen sie arbeiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Solange bei Ihnen keine bessere Einsicht vorhanden ist, so lange werden wir ein Problem mit dieser Regierung haben. Da kann Herr Dr. Swatek noch so oft behaupten, Verbraucherschutz sei immer ein linkes Thema gewesen. Sie, Frau Ministerpräsidentin, haben in dieser Debatte gezeigt, dass Sie sich der ernsthaften Probleme in der Landwirtschaft, in der Verbraucherberatung, bei den Verbrauchern überhaupt noch nicht richtig angenommen haben. Da helfen keine runden Tische. Da helfen nur Taten und Fakten. Dazu fordern wir Sie auf.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge an den Ausschuss zu überweisen. Wir haben allerdings einen Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/646, der für die Februar-Tagung um einen Bericht bittet. Ich schlage vor, dass wir über diesen Antrag in der Sache abstimmen und über die anderen dann auf Ausschussüberweisung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut, Frau Präsidentin!)

- Danke, Herr Abgeordneter Kubicki. Wer dem Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/646, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Es ist ein Berichtsantrag. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Dann rufe ich die anderen Tagesordnungspunkte auf. Ich nenne nur die Drucksachen; es sind noch neue Änderungsanträge hinzugekommen: die Drucksache 15/650, die Drucksache 15/652, die Drucksache 15/653. Dazu kommen noch drei Tischvorlagen, nämlich die Drucksachen 15/676, 15/677 und 15/678. Wer diese Anträge an den Agrarausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 20 auf: - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Abgeordneter Hentschel zur Geschäftsordnung!

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es bestand der Wunsch, die Anträge mitberatend an den Sozialausschuss und an den Umweltausschuss zu überweisen.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Es wäre gut gewesen, wenn das vor der Abstimmung deutlich gemacht worden wäre. Wir müssen dann die Tagesordnungspunkte noch einmal neu aufrufen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bitte darum! - Holger Astrup [SPD]: Zusätzlich überweisen!)

- Gut. Der Herr Abgeordnete Hentschel bittet darum, dass wir noch einmal in die Abstimmung eintreten. Ich rufe noch einmal die Tagesordnungspunkte 11, 13, 15 und 16 auf und bitte um Abstimmung darüber, wer der Überweisung der genannten Anträge federführend an den Agrarausschuss, mitberatend an den Umweltausschuss und an den Sozialausschuss zustimmen möchte. Wer stimmt dem zu? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dies so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 20 auf:

**Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.  
Drucksache 15/659

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/15680 (neu) - 2. Fassung -

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Abgeordneter Dr. Graf Kerssenbrock.

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja nicht das erste Mal, dass wir über dieses Thema reden. Wir haben uns - ich will das vorwegschicken - interfraktionell in der Sache über einen Antrag verständigt.

(Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

Das ist ja schon einmal ein großer Fortschritt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Nur, die politische Auseinandersetzung, Herr Kollege Astrup, bleibt.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist auch gut!)

Es ist ja nicht das erste Mal, dass sich die Landesregierung als bundespolitischer Geisterfahrer gegenüber ihrer eigenen Regierung in Berlin entpuppt

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

- durchweg nicht zum Nutzen des Landes. Mit dieser Wahrnehmung stehe ich weiß Gott nicht allein, wenn Sie einmal das Zitat im „Flensburger Tageblatt“ vom 12. Januar dieses Jahres nachlesen. Dort heißt es:

„Ausgelöst durch die BSE-Krise beschwören Politiker den Schutz der Konsumenten. Doch in Schleswig-Holstein passiert das Gegenteil.“

Wörtliches Zitat Ende!

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Schlimm!)

Die BSE-Problematik war im Dezember in unserer Haushaltssitzung längst bekannt. Trotzdem haben Sie die Kürzung bei der Verbraucherzentrale beschlossen. Jetzt wird eilig versucht, Ihre Geisterfahrt zu bemänteln - mit neuen höchst politischen Begründungen.

Meine Damen und Herren, nachdem Sie nun wohl offensichtlich aus Berlin den Marsch geblasen bekommen haben, stehen Sie vor der Notwendigkeit eines schmachvollen, kleintönen Rückzuges. Wir sehen das ohne Häme und begrüßen dies von der sachlichen Notwendigkeit her durchaus, Herr Kollege Wodarz. Es ist ein doppeltes Dilemma, das zu Ihrem Fehlgriff geführt hat:

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Die Ministerpräsidentin ist in Berlin einmal wieder nichts geworden; deshalb ist sie natürlich über diese

Wende zur **Verbraucherschutzpolitik** auch gar nicht informiert worden. Der Bundeskanzler - das ist der „GrOppaZ“ - der größte Opportunist aller Zeiten -, der handelt ohnehin nie nach Plan, sondern aus dem Bauch heraus. Er hat sie alle überrascht. Deshalb müssen sie nun diese Wende vollziehen.

(Beifall des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Über den Bundeskanzler hat Herr Henkel so ein schönes Zitat gebracht; er hat gesagt: Eine Mischung aus Inkompetenz und Selbstzufriedenheit.

(Günter Neugebauer [SPD]: Kommen Sie doch einmal zur Sache! Was soll das eigentlich?)

Eine ganz bedrohliche Mischung.

Auch bei den neuen Bundesministern, meine sehr verehrten Kollegen, ist offenbar Fach- und Sachverstand eine die Berufung ausschließende ansteckende Krankheit, der vom Bundeskanzler systematisch vorgebeugt wird.

(Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, darf ich Sie auf das Thema „Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein“ hinweisen?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Frau Präsidentin, nach meiner Kenntnis ist die neue Bundesministerin Künast Ministerin für Verbraucherschutz.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Nach meiner Kenntnis hat diese Berufung auch wirklich eng damit zu tun, dass wir heute hier über diesen Antrag und überhaupt über Verbraucherschutz reden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu diesen Anträgen! Die Verbraucher sind zutiefst verunsichert. Die Bundesregierung redet vom Schwerpunkt **Verbraucherpolitik** und die gleichfarbige Landesregierung nimmt in der Fläche durch Mittelkürzungen die letzten noch verbliebenen Verbraucherberatungsstellen.

Ganz im Ernst: Sie müssen diese Kürzungen zurücknehmen, und zwar nicht erst im kommenden Jahr, um das dann als eigene Erkenntnis zu verkaufen, bloß weil

**(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)**

es jetzt von der Opposition kommt. Wissen Sie, Verbraucherpolitik - ich sage das an die Adresse des Kollegen Steenblock - ist ja auch nach geltendem Europarecht - Artikel 153 des EU-Vertrages - eine hochrangige staatliche Aufgabe, aber Sie streichen den ordnungspolitisch sehr viel richtigeren privatrechtlichen Weg, auf dem das hier in Schleswig-Holstein läuft, nämlich die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, ruinös zusammen. Das ist eben eine wirklich fatale Politik, zu der Sie hier angesetzt haben und die Sie schlicht rückgängig machen müssen.

(Beifall des Abgeordneten Gero Storjohann [CDU])

Was besonders verwerflich ist, ist Folgendes. Sie versuchen - das richtet sich an Frau Ministerin Franzen -, Vorstand und Betriebsrat der Verbraucherzentrale gegeneinander auszuspielen, wenn ich - jawohl, Sie! - Ihre Presseerklärung vom 17. Januar sehe, in der teilweise falsche Behauptungen über das Gespräch mit dem Betriebsrat - das klingt beim Betriebsrat nämlich ganz anders - aufgestellt werden. Die fielen aus allen Wolken über das, was Sie da pressemäßig ohne Absprache veröffentlicht haben.

Wenn Ihnen - die Frau Ministerpräsidentin hat sich ja schon zurückgezogen - der Vorstand der **Verbraucherzentrale** parteipolitisch nicht gefällt - das mag ja sein und das soll in dem Gespräch mit dem Betriebsrat auch sehr deutlich angeklungen sein - und wenn die Ministerpräsidentin heute sehr klar gesagt hat, dass die Arbeit der Verbraucherzentrale zu mittelstandsorientiert und an Familien gerichtet stattfindet, dann kann ich mich nur wundern.

Erstens. Was hat eigentlich die Ministerpräsidentin gegen eine Beratung des Mittelstandes durch Verbraucherzentralen?

Zweitens. Was hat Sie gegen Familien und dürfen die nicht mehr beraten werden?

Drittens. Das ist überhaupt nicht die Klientel, die dort beraten wird. Sie hat von den Fakten überhaupt keine Ahnung.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Viertens. Frau Ministerin Franzen, was hat eigentlich die Vertreterin der Landesregierung im Vorstand der Verbraucherzentrale jemals an inhaltlicher Ausrichtungskritik eingebracht, von der Sie jetzt ein neues Konzept fordern?

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Ich halte Ihnen einfach einmal das vor, was der Kollege Swatek - nein, Staatssekretär war er früher -, der ja

immerhin Ihr SPD-Kreisvorsitzender in Ostholstein oder in Plön ist - - Ich weiß es nicht genau.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Plön! - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter, ich möchte Sie auf die Redezeit hinweisen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:**

Ich bedanke mich. Ich bin gleich fertig.

Er hat gesagt: Verbraucherschutz war immer ein linkes Thema. - Ein linkes Thema! Das sehen wir überhaupt nicht so. Aber wenn er jedenfalls das so sieht, sollten Sie sich das möglicherweise einmal zu Herzen nehmen.

Bei diesem Thema ist Parteipolitik auf dem Rücken der Mitarbeiter und der Verbraucher ein schändliches Unterfangen. Ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie sich von diesem Vorhaben zurückziehen, das Sie sich da anheischig gemacht haben, unsere Häme, die Sie jetzt gehört haben, würde sich in Grenzen halten, wenn Sie den Rückzug ernsthaft anträten. Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Hay, war schon einmal im September so weit, hat eine sehr ordentliche Presseerklärung abgegeben. Sie sollten ihm folgen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Kruse.

**Maren Kruse [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verbraucherschutz und Verbraucherberatung haben in Schleswig-Holstein und in der gesamten Bundesrepublik Deutschland angesichts der aktuellen **BSE-Diskussion** und auch angesichts des jetzigen Schweinemastskandals eine völlig neue Dimension erhalten.

Die gewachsene Bedeutung des Verbraucherschutzes insbesondere in den Bereichen Gesundheit und Umwelt wurde uns allen sehr eindringlich verdeutlicht. Eine transparente und wirkungsvolle institutionelle Struktur des Verbraucherschutzes ist notwendig, um die Gesundheits- und Umweltrisiken bei der Produktion von Lebensmitteln und anderen Produkten zu begrenzen.

Diese Ziele können nur nach sehr sorgfältigen Überlegungen mit allen beteiligten Beratungsinstituten erreicht werden. Wir halten es daher für richtig - und nicht nur wir, denn wir haben inzwischen einen ge-

(Maren Kruse)

meinsamen Antrag formuliert -, die Verbraucherzentrale bis zum 31. März diesen Jahres im bisherigen Umfang weiter zu finanzieren, um in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten ein neues Konzept für Verbraucherberatung und Verbraucherschutz erarbeiten zu können.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören für uns aber auch Aufgabenüberprüfung und Abbau von Mehrfachangeboten, die zwingend notwendig sind, Aufgabenanalysen - welcher Träger berät in Zukunft welche Themen in welchem Umfang am Besten -, öffentlich finanzierte Mehrfachangebote, wie zum Beispiel die Ernährungsberatung der verschiedensten Institutionen, sind zu koordinieren und auf weniger Beratungsträger zusammenzufassen. Einnahmeverbesserungen sind auch hier anzustreben.

Zum Zweiten ist die **Kooperation** verschiedener Anbieter zu nennen. Es gibt erfolgreiche Ansätze, wie zum Beispiel bei Fachberatungen. Diese Möglichkeiten sind auf andere Fachbereiche auszudehnen. Insbesondere gilt es natürlich, gemeinsame Beratungszentren mit anderen Beratungsträgern anzustreben. Damit verbinde ich eine Verbesserung der inzwischen bereits vorgeschlagenen Beratungsstandorte der Verbraucherzentrale. Man kann zweifellos dort hinkommen und ich halte es auch für vertretbar, dies auszudehnen.

Zum Dritten ist die Verbesserung der technischen Kommunikationsmöglichkeiten anzuführen. Diese sind mehrfach angesprochen worden. Zum Beispiel hat die Verbraucherzentrale seit dem 12. Januar eine völlig neue Internetseite. Dies war dringend notwendig. Wir müssen aber auch andere Serviceeinrichtungen wie den Fax-Abruf gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Verbraucherstellen sowie ein flächenmäßiges Inkassosystem für die telefonische Beratung überprüfen.

(Lothar Hay [SPD]: So ist es!)

Dabei sollte festgestellt werden, wie diese Leistungen beispielsweise überregional betreut werden könnten.

Als vierten Punkt möchte ich das **Qualitätsmanagement** ansprechen, um die Effizienz der Angebote der Verbraucherzentrale und der anderen Beratungsträger zu überprüfen.

Diese aufgeführten Aufgaben sind zur Sicherung eines effektiven Verbraucherschutzes mit den Aufgaben Prävention, Beratung, Information, Bildung, Kontrolle und Forschung unerlässlich und für die Zukunft der Verbraucherberatung und für ein funktionierendes Netz von Verbraucherberatungsstellen in Schleswig-Holstein notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Wir begrüßen sehr, dass sich die Landwirtschaftskammer bereit erklärt hat, ihre Kompetenzen im Sinne eines notwendigen Verbraucherschutzes neu zu ordnen und kooperativ mitzuarbeiten. Dies aber erwarten wir allerdings auch von allen anderen Beratungsträgern.

(Beifall bei der SPD)

Nur so kann inhaltlich und konzeptionell das Beste für Verbraucher und Verbraucherinnen erreicht werden.

(Beifall bei der SPD - Lothar Hay [SPD]:

Sehr gut!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Graf Kerksenbrock hatte bei der Einbringung unseres gemeinsamen Antrages das Thema Verbraucherschutz in den Rahmen der großen Politik gestellt: Verbraucherschutz sozusagen global betrachtet hier im Kieler Landtag. Herzlichen Dank für diesen wegweisenden Beitrag.

Verbraucherschutz hatte bei Rot-Grün bis zum Ende des Jahres keine Konjunktur. Ich erinnere nicht nur an die **Kürzungen** hier in Kiel, sondern auch an die Kürzungen bei der Stiftung Warentest, die vom Bundestag in Berlin vorgenommen worden sind. Ich hoffe, dass eine Meinungsänderung auch auf der linken Seite dieses Hauses erfolgt ist.

In der Sitzung des Agrarausschusses in Berlin sind wir gerade in der Frage der Qualitätssicherung ein ganzes Stück weiter gekommen. Ich meine, Frau Kruse, dass Sie die Ergebnisse unserer Beratung hier in dem vorletzten Beitrag sehr gut zusammengefasst haben.

Wir müssen bei der Qualitätssicherung auf öffentliche finanzierte Kontrollen setzen. Dies ist zum Beispiel das Prinzip der Stiftung Warentest. Wir müssen bei der Vermarktung sagen, dass dies Aufgabe der Betriebe ist. Wenn wir in dieser Richtung zum Beispiel das Gütezeichen ändern, sind wir auf dem richtigen Weg für Schleswig-Holstein.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

In ähnlicher Weise sollten wir im Verbraucherschutz aufeinander zugehen. Ich bin sehr froh darüber, dass es zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist, der die beiden Aspekte des Antrages von Rot-Grün wie auch des Antrages von CDU und F.D.P. wie ich finde hervorragend zusammenfasst.



**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Ich finde es gut, dass die Einbeziehung des Internets in diesem Antrag enthalten ist. Ich bin auch der Meinung, dass wir über eine Verzahnung der verschiedenen Angebote im Bereich der Ernährungsberatung - beispielsweise durch die Landwirtschaftskammer und die Deutsche Gesellschaft für Ernährung - mehr für die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land erreichen. Das ist meines Erachtens der richtige Weg.

Einen ganz kleinen Wehrmutstropfen möchte ich doch hineingeben. In der Begründung steht, dass über eine gesetzliche Regelung die **Verbraucherberatung** unabhängig vom politischen Tagesgeschäft würde. Ich darf daran erinnern, werte Kollegen von der linken Seite des Hauses, die Erfahrungen der Landwirtschaftskammer sind etwas anders. Sie haben auch eine gesetzliche Regelung. Und bei jeder Haushaltsberatung bekommen wir ein Haushaltsbegleitgesetz, das genau diese gesetzliche Regelung wieder außer Kraft setzt. Daher werden wir weiter gemeinsame Anstrengungen brauchen, um Verbraucherberatung und damit dem Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein den Stellenwert zu geben, der ihm zukommt.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU sowie des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Steenblock.

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, sich in dieser Debatte aufeinander zuzubewegen, denn es wäre problematisch gewesen, wenn der Landtag im Zusammenhang mit zentralen Anliegen des Verbraucherschutzes mit einer sehr streitigen Debatte in der Öffentlichkeit ein Signal gesetzt hätte. Daher richte ich an alle Fraktionen meinen Dank und an diejenigen, die dafür zuständig waren, dass wir einen gemeinsamen Antrag eingebracht haben.

Ich würde nicht mit „leiser Häme“ - Kollege Graf Kerssenbrock - diese Diskussion beleuchten. Warten wir erst einmal ab, was dabei herauskommt.

Wenn wir über Verbraucherschutz reden, dann gibt es gerade in Schleswig-Holstein mit den Strukturen, die wir hier haben, keinen Königsweg. Ich verkneife mir die Bemerkung, dass die rechte Seite des Hauses auch bei den Haushaltsberatungen einfach darauf gesetzt hat, nur weiter so zu machen wie bisher.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Wir brauchen, und darin sind sich mittlerweile alle einig, neue Strukturen im Verbraucherschutz. Das war immer das, was wir wollten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Es ist schön, dass wir dieses Ziel jetzt gemeinsam realisieren. Das geht natürlich nur unter Einbeziehung der Verbraucherzentralen so, wie sie jetzt da sind. Aber sie werden nicht so bleiben, wie sie sind. Auch das muss man sagen. Das muss das Ergebnis eines Prozesses sein, denn man kann die Arbeit effizienter gestalten. Dazu ist in diesem Antrag einiges gesagt worden. Wir sind uns auch in vielen Bereichen, was zum Beispiel die Nutzung moderner Medien angeht, einig.

Ich möchte zwei Aspekte herausstellen. Wenn wir über Verbraucherschutz reden, muss klar sein, dass das nicht nur eine Aufgabe der **Verbraucherschutzorganisation** sein kann. Verbraucherschutz besteht zunächst darin, dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker die gesetzlichen Grundlagen dafür schaffen, dass ich nicht erst einmal von Pontius zu Pilatus rennen muss, um nachzufragen, was ich denn essen darf. Verbraucherberatung kann nicht ersetzen, dass wir eine vernünftige gesetzliche Grundlage in allen Bereichen haben müssen und dass die Verbraucher auf Grund dieser gesetzlichen Grundlage nicht verunsichert werden dürfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Zum Zweiten glaube ich, zu einer effizienten Verbraucherberatung gehört - es ist gut, dass dieses Thema politisiert wird -, dass die Organisationen des Verbraucherschutzes nicht nur beratend für die Verbraucherinnen und Verbraucher tätig sind. Ich stelle mir die Zukunft so vor, dass die Verbraucherberatungsorganisationen - ähnlich wie die Gewerkschaften im sozioökonomischen Bereich und die Naturschutzverbände im ökologischen Bereich - Interessenvertreter sind, die in Planungsprozesse einbezogen werden und die Verhandlungspartnerinnen und -partner sind. Deshalb müssen sie stärkere Mitsprache und Gestaltungsrechte bekommen; es müssen Anhörungen veranstaltet werden, zu denen sie eingeladen werden. Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen also nicht nur mehr Geld für ihre Beratung, sondern auch mehr Beteiligungsrechte. Auch das muss eine Konsequenz dieser Diskussion sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**(Rainer Steenblock)**

Für Schleswig-Holstein muss die Debatte in die Richtung gehen, auch in Zukunft weiterhin eine dezentrale Verbraucherberatung sicherzustellen. Dazu gehört für mich auch, dass neben den drei Standorten, die jetzt immer im Gespräch sind, ein neuer Standort im Landesteil Schleswig dazukommen muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die **regionale Repräsentanz** von Verbraucherarbeit muss gewährleistet sein. Kooperation ist - dazu hat die Kollegin Kruse schon etwas gesagt - notwendig. Es kann in Zukunft nicht so sein, dass wir zunächst einmal eine Verbraucherberatung benötigen, um herauszufinden, bei welcher Verbraucherberatung welches Problem geregelt wird. Leider ist die Landschaft der Verbraucherberatung noch durchaus unübersichtlich. Es gibt ein so vielfältiges Angebot von Verbraucherberatung, dass man sich nicht nur auf die bestehenden Verbraucherberatungsstellen konzentrieren kann, sondern dass man sehr wohl schauen muss, in welcher Arbeitsteilung man was macht, sodass Doppelarbeit vermieden wird.

Dienstleistungen dieser Art müssen - das ist jedenfalls meine Überzeugung - auch bezahlt werden, zumindest in vielen Bereichen, auch vom Kunden. Deshalb müssen die Eigeneinnahmen von Verbraucherzentralen in Zukunft ein größeres Gewicht in den Haushalten haben. Es kann nicht sein, dass das eine ausschließlich staatlich finanzierte Angelegenheit ist.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Vielmehr bedeutet **Kundenorientierung** auch, gerechte Preise für die Produkte zu verlangen. Das wird schließlich auch die Qualität dieser Produkte verbessern.

Ich freue mich, dass die Verbraucherministerin die Initiative übernommen hat, zu einem Arbeitskreis einzuladen, sodass jetzt sehr schnell ein Konzept vorgelegt werden kann. Ich finde es richtig, dass die Konflikte bis zur Fertigstellung dieses Konzeptes nicht auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen werden. Es kann nicht sein, dass diesen eventuell gekündigt wird, bevor das Konzept auf dem Tisch liegt.

Eines zum Schluss. Aus meiner Sicht kann es auch nicht sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Beispiel der Landwirtschaftskammer, die Ernährungsberatung machen, aus Kosteneinspargründen in die Verbraucherzentralen geschoben werden. Das halte ich für ein ganz schlechtes Modell,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

weil es keinen Nutzen, sondern eher Konflikte schaffen wird. Wir müssen das Angebot der Landwirtschaftskammer an dieser Stelle annehmen. Aber ich glaube, ein Zusammenschmeißen der Kapazitäten ist an dieser Stelle der schlechteste Weg, den wir gehen können. Vielmehr brauchen wir neue Modelle. Auf diese Diskussion bin ich sehr gespannt. Ich wünsche Ihnen, Frau Ministerin Franzen, dabei eine glückliche Hand und uns im März oder April eine gute Beratung dazu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Hinrichsen.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Durch den heutigen gemeinsamen Antrag hat sich sicherlich vieles meiner Rede erübrigt, insbesondere deshalb, weil die Intention des jetzt gemeinsamen Antrages in eine ganz andere Richtung geht und endlich das Problem aufgreift, im Verbraucherschutz in Schleswig-Holstein neue Strukturen aufzubauen.

Es ist uns allen bewusst, dass die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein bei den angekündigten **Kürzungen der Mittel** nicht wie bisher agieren kann. Dazu hat es ja auch schon ausführliche Gespräche und insbesondere Pressemitteilungen gegeben. Es war dem Ganzen zu entnehmen, dass die Verbraucherzentrale, nach ihren eigenen Plänen 15 von 18 Standorten schließen wird. Dies wäre nach unserer Ansicht keine positive Entwicklung. Denn darin liegt kein neues Konzept und auch keine Weiterentwicklung der Aufgaben der Verbraucherzentrale. Die verbleibenden drei Beratungsstellen sollen sich nach Auskunft der Verbraucherzentrale nur noch im Landesteil Holstein befinden, und zwar in Kiel, Lübeck und Norderstedt. Das hat Herr Kollege Steenblock auch schon gesagt. Ich kann dann allerdings nicht mehr eine Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, sondern leider nur noch eine Verbraucherzentrale Holstein erkennen.

(Lars Harms [SSW]: Ostholstein!)

Eine solche Entwicklung fände ich sehr bedauerlich. Deshalb freue ich mich wirklich sehr über diesen Antrag, sodass wir vielleicht dazu kommen, dass es auch im nördlichen Landesteil nicht nur die Möglichkeit zu einer Internetberatung, sondern auch zu einer persönlichen Beratung gibt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei CDU und F.D.P.)

(Silke Hinrichsen)

Das war für uns sehr wichtig.

Wir wollen und wünschen, dass die Verbraucher im ganzen Land beraten werden können. Ich hoffe, dass wir das mit diesem gemeinsamen Antrag erreichen werden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei CDU  
und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat nunmehr Frau Abgeordnete Todsens-Reese das Wort.

**Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass es aus der Mitte der Fraktionen heraus gelungen ist, diesen gemeinsamen Antrag auf den Weg zu bringen. Ein paar Aussagen in den letzten Beiträgen haben mich dann aber doch dazu gebracht, jetzt noch einmal ganz kurz ans Rednerpult zu kommen. Das betrifft insbesondere die Ausführungen von Frau Kollegin Hinrichsen. Es ist ja nicht so, dass es die originären Pläne der Verbraucherzentrale sind, die zu den angesprochenen Schließungen führen. Vielmehr haben die Verbraucherzentralen diese Planungen unter dem finanziellen Druck und der finanziellen Not gemacht.

Schon in der Vergangenheit ist der Bereich der **Umweltberatung** deutlich und drastisch zurückgefahren worden. Ich will an dieser Stelle deutlich machen, dass ich das immer sehr bedauert und für kontraproduktiv gehalten habe. Gleiches gilt für die neuesten Entwicklungen. Vor diesem Hintergrund finde ich es wichtig, noch einmal deutlich zu sagen, dass die Stärkung des Verbraucherschutzes vielleicht durch die BSE-Krise, die uns alle aufgerüttelt hat, ausgelöst wurde, aber dass die Verbraucherberatung ein viel weiteres Feld umfasst. Insbesondere das Thema Globalisierung der Märkte stellt die Verbraucherinnen und Verbraucher vor ganz neue Fragen und Probleme. Deshalb ist es so wichtig, eine Stärkung in diesem Bereich vorzunehmen. Deswegen habe ich die bisherige Linie der rot-grünen Politik gar nicht verstanden und für kontraproduktiv gehalten. Ich bin froh, dass einer solchen Entwicklung jetzt rechtzeitig entgegen gesteuert wird. Ich hoffe, dass wir heute gemeinsam zu dauerhaft tragbaren Lösungen kommen.

Bei aller Notwendigkeit der neuen Technologien und bei aller Bedeutung, die der Nutzung dieser neuen Technologien - also auch des Internets - in Zukunft auch bei der Verbraucherberatung zukommt, will ich - und das ist ein ganz wichtiger Punkt - darauf hinwei-

sen, dass Verbraucherberatung nicht nur die mittelständischen Betriebe betrifft - diese vielleicht sogar zuletzt -, sondern vor allem die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft und die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die aber werden unter Umständen nicht mehr die Möglichkeit haben, sich auf die neuen Technologien einzustellen. Ich bitte, auch diesen Aspekt sehr deutlich bei den weiteren Beratungen und Überlegungen zu berücksichtigen.

Für mich muss es insofern auch in den Beratungsstellen vor Ort eine Weiterentwicklung geben. Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher. Es ist die Frage, inwieweit sich die Kommunen, die Gemeinden, die Städte und die Kreise einbinden lassen und bereit sind, eine finanzielle Last zu tragen. Nur so können wir auch weiterhin eine Verbraucherberatung vor Ort ermöglichen.

Dies ist mir ein ganz wichtiges Anliegen. Die insofern notwendige Verbraucherberatung kann nicht nur über Callcenter und mobile Einrichtungen geleistet werden. Für dieses Problem möchte ich Nachdenklichkeit bei Ihnen allen, bei uns allen erzeugen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Jetzt erteile ich Frau Ministerin Franzen das Wort.

**Ingrid Franzen**, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wäre mir fast nicht aufgefallen, dass es einen einheitlichen Antrag gibt, muss ich zu meiner Schande gestehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Man sammelt wie ein Eichhörnchen; aber zum Glück haben Sie es mir ja gesagt. Daraufhin habe ich ihn freudestrahlend gelesen. Als ich mir den Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Fassung vor Augen führte, war ich sehr glücklich; denn Sie alle stehen dahinter. Dafür bedanke ich mich herzlich.

Ich will Herrn Kerssenbrock nicht so viel Ehre zuteil werden lassen, indem ich viel Zeit auf seine Ausführungen verwende. - Sie waren zwar auf dem Antrag vermerkt, aber sie dürften nicht mitverhandelt haben; denn Sie haben dagegen geredet. Aber sei es drum! Dafür habe ich keine Zeit.

Nun zur Kürzung Bund - Land! Wir haben das einmal gecheckt: Zu Anfang der 90er-Jahre Kürzungen Hand in Hand. Das sage ich mit Blick auf alle Farben. Der Wirtschaftsminister in **Berlin** hat sie gerade völlig herausgeworfen. Dazu kann man nur sagen: Das ist gleichermaßen schlecht oder gut; das dürfen Sie sich

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

aussuchen. Aber man darf nicht sagen: Solange wir regiert haben, war es gut; wenn die anderen gekürzt haben, war es schlecht.

Es ist richtig: Die Verbraucherzentrale hat nach diesem Papier umgesetzt. Die Ministerin war dabei, es zu tun. Dieses Gespräch hat am 21. Dezember stattgefunden. Es hat uns aufgrund seiner Rigorosität - ich will nicht kritisieren, dass das so gemacht worden ist; das steht mir auch nicht zu - in Bezug auf die BSE-Problematik gemeinsam wachgerüttelt. Darüber freut sich die Ministerin. Ich will die Arbeit gern übernehmen: gemeinsam mit der Verbraucherzentrale, natürlich mit dem Vorstand, aber eben auch mit dem Betriebsrat. Sie haben nichts von den Kürzungen gewusst, die ich schon im Juli verkündet hatte. Da hat mir Herr Dall'Asta mit Konkurs gedroht. Na gut! Ich will die ÖTV dabei haben. Ich möchte auch sehen, ob ich so schnell externen Sachverstand mobilisieren kann. Das ist innerhalb so kurzer Zeit die Quadratur des Kreises.

Ich sage eines vorweg: Eckpunkte werden unsere Leitsätze sein. Wenn Sie belieben, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier zu beschimpfen, dann weise ich das mit Entschiedenheit zurück. Wie, glauben Sie, werden solche Leitsätze entwickelt? Warum muss ich sie entwickeln? Weil die Verbraucherzentrale seit 1998 nichts tut, sondern immer behauptet, sie habe schon welche. Meine Güte noch einmal, darüber haben wir hier schon im November diskutiert!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin bereit, das zu tun. Es ist wenig Zeit. Deshalb dürfen die Anforderungen des Parlaments auch nicht zu hoch sein; darum möchte ich herzlich bitten. Wir werden versuchen, das Mögliche zu tun. Denn eines ist heute hinzugekommen: Es gibt wieder einen BSE-Verdachtsfall. Die gesamte Abteilung 4, in der die Verbraucherzentrale angesiedelt ist, „rattert“. Davon sind wir betroffen. Aber ich bin zuversichtlich. Ich habe meine Schularbeiten unter Zeitdruck schon immer viel besser gemacht. Das wird auch hier helfen.

Ich will etwas zur Komplexität der Ernährungsberatung sagen. Wir haben die Deutsche Gesellschaft, wir haben die Kammer, wir haben die Verbraucherzentrale. Es kommen täglich neue Institutionen hinzu. Die Uni berät gegen Geld. Ich kann mich vor Angeboten fast nicht retten. Die Landesregierung wird dazu einen **Leitfaden** erarbeiten. Wir werden vielleicht auch ein Infotelefon einrichten, das darüber informiert, an wen man sich wenden kann. Aber ich werde an meinem Ziel der Konzentration festhalten, auch mit einheitlichen Förderstandards: 100 % für die Kammer und unter 50 % für die Verbraucherzentrale. So kann man überhaupt nicht weitermachen. Die Kammer hat eine

schöne Presseerklärung herausgegeben; aber sie hat nicht gesagt, dass sie Geld dazugeben will. Darüber möchte ich Sie informieren. Ich stehe in der Pflicht: 7 Millionen DM in der mittelfristigen Finanzplanung, gesetzliche Aufgaben null. Wir dürfen nicht vergessen, welche Gesamtpflichten es gibt. Deshalb ist gut geredet worden zur Kammer; aber da müssen wir sehen, wo hier etwas bleiben kann.

Ich möchte generell etwas zum Verbraucherschutz sagen; denn dieses Thema ist viel weiter gehend als das, worüber wir im Moment diskutieren. Frau Todsén hat es angesprochen. Ich warne davor, den Verbraucher zur „heiligen Kuh“ zu machen. Der Verbraucher - das sind wir alle. In der Theorie sind wir hervorragend, aber wenn es darum geht zu handeln, sieht es vielleicht ganz anders aus. Tendenziell ist es so, dass die Verbraucher im Bereich Ernährung statt - wie früher - 40 % heute 12 bis 13 % ihres Einkommens ausgeben, und sie fordern die gleiche Qualität. Aber das ist nicht möglich. Dies müssen wir ihnen laut und deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Gucken Sie ins Werbefernsehen: Unsere jüngsten Verbraucher sind das Hauptprojekt. Alles wird von Kindern umrahmt. Das kommt am besten an. Das alles ist untersucht worden. Jedes vierte Kind ist zu dick. Auch hier besteht eine große Diskrepanz zu gesunder Ernährung. Noch schlimmer: **Kinderlebensmittel**, die massiv entwickelt werden, taugen von der Qualität her im Prinzip eher weniger als die gleichen Lebensmittel für Erwachsene, liegen aber im Preis 10 bis 120 % darüber. Ich will die berühmten Schnitten mit einem bestimmten Wort davor nicht nennen; aber das sind zum Beispiel solche Lebensmittel, von denen man im Grunde genommen massiv abraten sollte.

Ich darf abschließend auf eine alte Bekannte verweisen; zumindest in Schleswig-Holstein ist sie eine alte Bekannte. Sozialdemokraten ist sie sicherlich in guter Erinnerung. Ich meine die ehemalige Ministerin für Umwelt, Frau Edda Müller, die neue Vorsitzende des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen und der Verbraucherverbände. Sie ist mir auf der Grünen Woche begegnet. Wir sollten sie gemeinsam mit der neuen Verbraucherschutzministerin Künast als Bündnispartnerin für das gesamte Thema gewinnen.

Ich möchte nicht verhehlen, dass ich eine gewisse Sympathie für eine Forderung von Frau Müller habe - sie hat ein Paket von Forderungen aufgestellt, das Sie sich alle beschaffen sollten; sie hat es mir in die Hand gedrückt -: Von den Werbemitteln, die die deutsche Wirtschaft aufwendet - das sind bei guten Firmen, auch solchen in Schleswig-Holstein, bis zu 8 % des Umsatzes -, sollte vielleicht 1 % in einen Fonds flie-

**(Ministerin Ingrid Franzen)**

ßen, der zum Zwecke der Aufklärung eingerichtet werden sollte. Meine Damen und Herren, der Staat, die öffentliche Hand, kann nicht dagegen anarbeiten. Die **Werbung** muss nicht der Wahrheit entsprechen; sie soll nur dafür sorgen, dass der Umsatz steigt. Das ist in der Marktwirtschaft eine Selbstverständlichkeit, die ich nicht bestreite. Ich finde, das ist eine mutige Forderung. Vielleicht können wir uns darüber zu einem späteren Zeitpunkt einmal unterhalten.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den nunmehr vorliegenden Antrag Drucksache 15/680 (neu) - 2. Fassung -, in der sich alle Fraktionen wiederfinden. Damit ist der Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. in Drucksache 15/659 zurückgezogen.

Dann bitte ich um Abstimmung: Wer will dem gemeinsamen Antrag Drucksache 15/680 (neu) - 2. Fassung - zustimmen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Wir treten in die Mittagspause ein und beginnen um 15 Uhr mit Tagesordnungspunkt 20 a: Dringlichkeitsantrag.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13:07 bis 15:03 Uhr)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Nachmittagssitzung. Auf der Besuchertribüne begrüße ich die Besuchergruppe der Heeresflugabweherschule, Stammatterie Rendsburg,

(Beifall)

und das Freiwillige Rettungskorps Westerland/Sylt.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 20 a auf:

**Auswirkungen der Bundeswehrplanung auf Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 15/665

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen alle die seit zehn Jahren in Gang gekommene militärische und politische Entspannung. Ich glaube, wir alle hier im Hause und auch unsere Bürgerinnen und Bürger haben sich immer nach Frieden mit unseren Nachbarn und nach Abrüstung der Militärblöcke geseht. Wir sind also froh darüber, dass wir heute von Freunden und nicht mehr von Bedrohern umgeben sind.

(Beifall im ganzen Haus)

Aus dem „waffenstarrten Flugzeugträger Schleswig-Holstein“ ist unbestritten ein normales Land geworden.

Abrüstung allerdings hat Konsequenzen: Die **Sollstärke** der Bundeswehr wird von inzwischen nur noch 335.000 Soldaten auf Empfehlung der Weizsäcker-Kommission auf rund 280.000 Soldaten verkleinert. Diese von allen begrüßte Verringerung wiederum bedeutet, Standorte der Bundeswehr zu schließen beziehungsweise zu verkleinern. Anders geht das leider nicht. Denn ohne Reduzierung der Standorte ist eine Verkleinerung nicht zu machen und eine Verkleinerung hat Folgen für die einzelnen Standorte.

Der Verteidigungsminister hat dem Innenminister und mir am vergangenen Mittwoch die Kriterien genannt, die als Entscheidungsgrundlage für die Auswahl jener Standorte herangezogen werden, die entweder geschlossen, verlegt oder verkleinert werden müssen. Diese Kriterien teilen sich in etwa drei Gruppen, die gleichzeitig auch deren Rangordnung darstellen.

Erstens: militärische Kriterien. Die Erfordernisse der Bundeswehr gelten bei der Verkleinerung unserer Streitkräfte natürlich vorrangig. Über diese Planungen beraten die militärischen Stäbe. Hier kann, darf und will sich die Landesregierung nicht einmischen.

Zweitens: zivile Kriterien. Das Bundesverteidigungsministerium wird bei der Wahl der zu schließenden und zu verkleinernden Standorte Arbeitsmarkt, Wirtschaftskraft, Chancen der Nachwuchsgewinnung, Ausbildungsstand, Infrastruktur und so weiter berücksichtigen. Bei diesem und auch beim nächsten Kriterium ist das Land gefordert, seine Argumente einzubringen und die Entscheidungen des Ministeriums zu prüfen.

Drittens: finanzielle Kriterien. Der Verteidigungsminister ist naturgemäß an einer Verwertung der Liegenschaften interessiert. Mit den Einnahmen aus dem Verkauf der bundeswehreigenen Liegenschaften will er die Modernisierung der Bundeswehr weiter vorantreiben.

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

Diese Kriterien sind im Bundeskabinett verabschiedet, vom Parlament und von allen Ländern akzeptiert worden.

Bei dem offenen Gespräch mit Rudolf Scharping - übrigens nicht das erste, das ich mit ihm hatte - wurde deutlich, dass der Verteidigungsminister unsere Argumente ernst nimmt und sie in seine Planungen mit einbeziehen will.

Ich will Ihnen die wichtigsten Argumente in Stichpunkten kurz vortragen. Sie beziehen sich - wie ich bereits festgestellt habe - nicht auf die militärischen Kriterien.

Erstens. Wir stellen uns grundsätzlich den notwendigen Truppenreduzierungen nicht in den Weg - das haben wir auch das letzte Mal schon gesagt -, wollen aber nicht noch einmal überproportional mit Standort-schließungen gegenüber anderen Bundesländern benachteiligt werden.

(Beifall im ganzen Haus)

Zweitens. Wir brauchen eine notwendige Truppenstärke in einer ausgewogenen territorialen Verteilung für den **Katastrophenschutz**. Wir in Schleswig-Holstein haben die längsten Deichlinien und für Schiffsbrände und ähnliche Havarien ist die Bundeswehr ein unentbehrlicher Helfer. Ohne Kooperation mit der Bundeswehr ist der Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein nicht zu gewährleisten.

(Beifall im ganzen Haus)

Denn die Bundeswehr wirkt auch auf Wunsch der Bundesregierung bei der Umsetzung der Empfehlungen der Grobecker-Kommission mit. So bieten zum Beispiel die SAR-Hubschrauber bei Schiffsunfällen ihre Hilfe an.

Drittens. Schleswig-Holstein hat sich in der Vergangenheit vor allem wirtschaftlich auf die überproportional starken Bundeswehrstandorte eingestellt. Deswegen muss diese **Anpassungsleistung** beim Abbau berücksichtigt werden. Hier erwartet der Verteidigungsminister unsere Argumente zu den einzelnen Standorten, die in seine Entscheidung mit einfließen werden. Der Innenminister hat entsprechende Arbeitsgruppen eingerichtet und auch die Kommunen und Kreise gebeten, daran teilzunehmen.

Viertens. Darauf bezieht sich unsere stärkste Forderung, nämlich dass die Bundeswehr für eine sozialverträgliche Lösung für die betroffenen Beschäftigten sorgt. Insbesondere sollen dazu **arbeitsmarktpolitische Maßnahmen** ergriffen werden. Bundesminister Scharping hat zugesagt, dass die Bundeswehr für sozialverträgliche Lösungen eintreten wird. Er wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass entgegen

früheren Standortreduzierungen ein langer Zeitraum der Abwicklung vorgesehen ist. Ich muss fairerweise hinzufügen: Auch die Rüge-Vorschläge sind noch nicht alle abgearbeitet, sondern über eine Zeitschiene geschoben worden, sodass man Zeit für die Anpassungen bekommen kann.

Fünftens. Die Bundeswehr bleibt auch in der Verantwortung, bei reduzierten Standorten eine **Flächenbereitstellung** unbürokratisch und lastenfrei zu gewährleisten. Ein Leerstand ist für die Kommunen am schwersten erträglich. Das traf auch auf Verständnis beim Bundesverteidigungsminister. Er will hier zu schnellen, flexiblen und vernünftigen Lösungen kommen. Das Land wird bei der unter Umständen notwendigen Konversion auf die bewährten Erfahrungen der vergangenen Jahre zurückgreifen, die vielerorts zu respektablen und sehenswerten Ergebnissen geführt haben.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass wir sehr sachliche und konstruktive Gespräche hatten, dass wir jetzt darauf warten, relativ schnell, spätestens Montag, die Ergebnisse zu bekommen und sie dann bewerten zu können. Der Verteidigungsminister hat unsere Argumente ernst genommen und fest zugesagt, sie in seine Erwägungen und Entscheidungen mit einzubeziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Bundesverteidigungsministerium wird am kommenden Montag, also am 29. Januar, seine Vorschläge nach den **militärischen Kriterien** offiziell mitteilen. Am 15. Februar 2001 werden diese Vorschläge mit den Stellungnahmen der Bundesländer abgeglichen und erörtert. Ich bin dem Bundesverteidigungsminister dafür dankbar, dass wir keine Hängepartie bis zum ursprünglich geplanten 31. März haben werden.

Die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die der betroffenen Kommunen, brauchen schnell Klarheit. Wir werden deswegen bereits am kommenden Mittwoch, am 31. Januar - also zwei Tage nach Bekanntgabe der Pläne des Bundesverteidigungsministeriums -, die kommunalen Vertreter des Landes einladen, die dann hoffentlich schon erste Skizzen gemacht haben, um zu diesen Vorschlägen eine gemeinsame Stellungnahme Schleswig-Holsteins zu verabschieden.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die ruhige und konstruktive Sitzung mit allen Kommunalvertretern und Vertretern der Bundeswehr beziehungsweise der zivilen Streitkräfte vom letzten Mittwoch gibt mir die Gewissheit, dass wir das gut schaffen können, wenn wir zusammenstehen. Ich danke Admiral Leder ausdrücklich, der angeboten hat, uns in militärischen Fragen beratend zur Seite zu stehen, in

**(Ministerpräsidentin Heide Simonis)**

denen uns der eigentliche Sachverstand fehlt und in denen wir auch keine Eingriffsrechte haben.

Ich glaube, dass sich die Reduzierung von Standorten nicht für parteipolitisches Gezänk eignet.

(Beifall bei SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben auch in der letzten Runde versucht, die Argumente des Bundesverteidigungsministers nachzuvollziehen. Zum Teil haben wir sie auch politisch verteidigt. Unser damaliger Widerspruch bestand im Wesentlichen darin, dass wir uns dagegen wehrten, überproportional abbauen zu müssen, und zwar überproportional zu unserer überproportionalen Besetzung. Das war der eigentliche Knackpunkt. Wir haben das dem Verteidigungsminister klar gemacht. Wir sind bereit, die positiven Folgen einer friedlichen Europäischen Union mitzutragen. Wir sehen auch ein, dass es nicht möglich ist, die Mitglieder aus dem Osten, die jetzt in der EU sind und unter Umständen auch in der NATO sein werden, sozusagen mit einem waffenstarken Deutschland zu bedrohen. Die Folge wird sein, dass wir uns zusammenreißen müssen und uns anstrengen müssen, vernünftige Lösungen für die einzelnen Regionen zu finden. Dabei sind wir auf Ihre Mitarbeit genauso angewiesen wie auf die Mitarbeit der Kommunen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

In der Loge begrüße ich zunächst unseren ehemaligen Kollegen Hans-Klaus Solterbeck

(Beifall)

sowie auf der Tribüne Besucher der Heeresflieger „Hungriker Wolf“, der Marine Glückstadt sowie deren Personalvertreter, kommunale Vertreter und Bürgermeister.

(Beifall)

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 15. Januar lud die Ministerpräsidentin viele Betroffene ins Landeshaus, um argumentative Munition für den Kampf um Bundeswehrstandorte in Schleswig-Holstein zu sammeln. Tatsächlich wurden dort von allen Seiten - aber auch von der Ministerpräsidentin - Forderungen und Argumente vorgetragen, die Sie, Frau Simonis, dem Verteidigungsminister am

17. Januar in einem persönlichen Gespräch präsentieren wollten. Am 18. Januar war sinngemäß in der Presse zu lesen: Ministerpräsidentin Simonis hat nichts erreicht.

Trotz Ihrer Forderung, von politischem Gezänk abzuweichen, der ich ausdrücklich zustimme, muss ich nach Ihrem heutigen Bericht sagen: Dass der Bundesverteidigungsminister unsere Argumente ernst nimmt, damit habe ich eigentlich gerechnet. Dass Sie dies heute in Ihrem Bericht als einzige Neuigkeit mitteilen, finde ich nicht besonders bemerkenswert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für Frau Simonis ist das schon ein Erfolg!)

- Ja, das ist schon ein Erfolg. Den anschließenden Aktivitäten der Pressestelle der Landesregierung konnte man entnehmen, dass es auch keine Verlautbarungen gegeben hat. In der Zeit vom 15. bis 18. Januar hat es immerhin 25 Pressemitteilungen der Landesregierung gegeben. Bedauerlicherweise war darunter keine einzige zum Thema Standort.

**Sicherheits- und Verteidigungspolitik** ist Bundesangelegenheit. Trotzdem müssen uns die materiellen Auswirkungen interessieren, denn die Bundeswehr ist in Schleswig-Holstein zwar nicht der Wirtschaftsfaktor, aber zumindest ein Wirtschaftsfaktor. Die Schließung von Standorten kann einer Region einen abrupten Strukturwandel aufzwingen. Strukturbrüche bieten Chancen für Neuanfänge, sie sind aber grundsätzlich mit hohen Anpassungskosten verbunden. Unser Land sollte deshalb nicht schon wieder überdurchschnittlich getroffen werden. Da sind wir uns offensichtlich einig.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Jahresanfangspressekonferenz angekündigt, sie wolle den kontinuierlichen Strukturwandel in Schleswig-Holstein gestalten. Frau Ministerpräsidentin, hier ist eine Chance dazu. Ich hoffe, Sie nutzen sie.

Ich betone, dass es der F.D.P. nicht darum geht, jedwede Standortschließung zu verhindern. Diese Forderung wäre utopisch und schwächte nur die Position des Landes bei ernsthaften Verhandlungen. Die Verkleinerung der Bundeswehr ist notwendig. Wir brauchen **professionelle Streitkräfte**, die sich in Umfang und Ausstattung an dem neu formulierten Auftrag der Bundeswehr ausrichten. Streitkräfte im bisherigen Umfang werden nach der Beurteilung der sicherheitspolitischen Lage nicht mehr benötigt. Es ist nur logisch, dass im Zuge der Verkleinerung der Bundeswehr auch Standorte aufgegeben werden müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

Die **Standortplanung** der Bundeswehr muss sich in erster Linie an sicherheits- und verteidigungspolitischen Kriterien ausrichten. Wenn es im Rahmen dieser Überlegungen Spielraum gibt, strukturpolitische Argumente zu berücksichtigen, dann wäre es allerdings verantwortungslos, wenn wir diese Spielräume nicht für unser Land nutzen.

(Beifall bei F.D.P., CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Verteidigungsminister hat diese Spielräume in der Liste der Kriterien aufgezeigt, die bei der Prüfung der Standortschließungen angelegt werden. Es kommt nun darauf an, dass die Landesregierung auf Grundlage dieser Kriterien überzeugende Argumente für Standorte in Schleswig-Holstein entwickelt. Zum Teil ist dies schon geschehen. So schließe ich mich ausdrücklich den Forderungen für den **Erhalt** der Standorte in der Region Neumünster/Bad Segeberg, in Schleswig, Hohenlockstedt und Kiel an. Wir brauchen in Schleswig-Holstein Truppen mit schwerem Gerät für den Katastrophenschutz im Land und an der Küste.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dies spricht für den Erhalt der Panzerbrigade 18 im Kreis Segeberg und des Pionierbataillons in Schleswig. Der Bedarf an Hubschraubern für Seenotfälle spricht für den Erhalt des Heeresfliegerstandorts „Hungriker Wolf“. Das Wehrbereichskommando und die Wehrbereichsverwaltung in Kiel können ihre Führungs- und Verwaltungsaufgaben in Kiel mindestens ebenso gut erfüllen wie in Hannover. In Zeiten immer besserer Kommunikationsmittel nimmt die Bedeutung der räumlichen Lage für diese Aufgaben ab. Die sicherheitspolitische Bedeutung ist bei dieser Entscheidung sicherlich verschwindend gering; folglich können - gerade bei der Standortwahl für diese höhere Kommandobehörde - strukturpolitische Argumente einfließen.

Kiel hat durch den Abbau bei der Marine in den letzten Kürzungsrunden erheblich Federn lassen müssen. Jetzt werden mit hoher Wahrscheinlichkeit das Marineabschnittskommando und vielleicht auch das Marinarsenal abgebaut. Der Verteidigungsminister könnte durch den Verbleib von Wehrbereichskommando und Wehrbereichsverwaltung in Kiel zeigen, dass er es mit der Berücksichtigung regionaler Gesichtspunkte ernst meint.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vergessen wir nicht, dass Hannover erst im letzten Jahr ein milliardenschweres strukturpolitisches Geschenk namens EXPO vom Bund bekommen hat. Die Debatte um Standortschließungen ist im Moment sehr intensiv und wichtig. In wenigen Wochen werden wir

mehr oder weniger froh vor vollendeten Tatsachen stehen.

Ich sagte es schon: Die Bundeswehr muss sparen und wird daher - auch in Schleswig-Holstein - eine Reihe von Standorten schließen müssen. Diese Art des Kostenmanagements können wir nicht verurteilen, denn genau das fordern wir zu Recht immer wieder von unserer Landesregierung. Der Bundesverteidigungsminister ist da offensichtlich schon ein ganzes Stück weiter.

Wir müssen unseren Blick schon jetzt auf die Zeit nach den Schließungen und auf die Bewältigung der Folgen richten. Für die betroffenen Kommunen ergeben sich zunächst gravierende Einschnitte. Diese bieten aber auch Chancen für die weitere Entwicklung. Erschlossene Baugebiete für Wohn- und Gewerbegebiete werden frei. Es kommt darauf an, dass die Gemeinden diese Liegenschaften zügig nutzen können. Hier liegt die Hauptaufgabe der Landesregierung. Sie muss die Gemeinden bei der Verwertung der ehemaligen Standorte unterstützen: erstens in den Verhandlungen mit dem Verteidigungsminister und dem Bundesvermögensamt bei der Übertragung dieser Grundstücke, zweitens durch zügige Genehmigungsverfahren und drittens durch **Anpassungshilfen** im Rahmen der schon bestehenden Förderprogramme, insbesondere des Regionalprogramms 2000.

Letztes erscheint mir besonders wichtig. In der letzten Sitzung des Wirtschaftsausschusses wurden die Vorsitzenden der Regionalbeiräte für die Projektentwicklung im Rahmen des **Regionalprogramms 2000** gehört. Ziemlich einhellig kam zum Ausdruck, dass die Regionalbeiräte die Gefahr sehen, die Landesregierung rücke bei der Projektbewertung den Begriff Innovation immer stärker in den Mittelpunkt und vernachlässige möglicherweise normale strukturfördernde Maßnahmen, zum Beispiel die Ausweisung von Gewerbegebieten.

Innovationen entstehen in Unternehmen und was eine erfolgreiche Innovation ist, entscheidet sich letztlich am Markt und nicht im Ministerium.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Wichtig ist allerdings, dass die Betriebe ihre Produkte in Schleswig-Holstein überhaupt entwickeln und produzieren können. Das Land kann dies durch gute Rahmenbedingungen für unternehmerisches Wirken fördern, zum Beispiel durch die Unterstützung und Zur-Verfügung-Stellung wirtschaftsnaher Infrastruktur und Basisstruktur.

Im Bereich der **Konversion** ist es wichtig, die günstigen Voraussetzungen schnell zu schaffen. Die betrof-



**(Christel Aschmoneit-Lücke)**

fenen Gemeinden müssen die Chance erhalten, den Verlust von Bundeswehreinrichtungen zügig zu kompensieren.

Im Rahmen der letzten Debatte über Standortschließungen hat die Landesregierung von der damals christlich-liberalen Bundesregierung hierzu vehement ein Konversionsprogramm des Bundes gefordert. Frau Ministerpräsidentin, wo bleiben Ihre nachdrücklichen Forderungen nach einem Konversionsprogramm

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

gegenüber der jetzigen Bundesregierung? Werden Sie da durch Parteiräson zurückgehalten?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Niemals!)

Oder hat möglicherweise die Einsicht Ihrer fehlenden Einflussmöglichkeiten auf die jetzige Bundesregierung obsiegt?

(Widerspruch bei der SPD)

- Diese Fragen stellen sich doch allemal, lieber Herr Nabel. Ich habe diese Forderung nach einem Konversionsprogramm heute jedenfalls nicht gehört.

(Beifall bei der SPD - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das bezahlt sie alles aus „ziel“!)

Die Bundeswehr wird Standorte in Schleswig-Holstein schließen.

Ich fordere heute die Landesregierung auf, erstens dafür zu sorgen, dass in Schleswig-Holstein nicht überdurchschnittlich reduziert wird, und zweitens, dass günstige Voraussetzungen für die zügige Konversion geschaffen werden.

Erlauben Sie mir noch einen Blick in die Zukunft, sozusagen in die nächsten Wochen, auf die Debatten, die wir noch führen werden. Die Ministerpräsidentin hat erneut - das will ich hier ausdrücklich lobend zur Kenntnis nehmen und erwähnen - zum 31. Januar alle möglichen Gruppen - wie auch schon in der vergangenen Woche - ins Landeshaus eingeladen, um mit ihnen darüber zu debattieren, wie es weitergehen soll.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schön! Schön, dass wir mal darüber gesprochen haben!)

Ich finde, das ist genau der richtige Ansatz. Ich möchte aber uns alle bitten, dass wir uns in der Debatte um Standorte in den nächsten Wochen - wir alle haben das schon einmal erlebt - darauf konzentrieren: Welches sind eigentlich die wichtigen Dinge für unser Land?

(Beifall bei F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Welches sind die wirklich zentralen Forderungen, damit wir uns in diesem Land nicht gegenseitig schlecht machen? Welches sind die zentralen Forderungen für die Angehörigen der Bundeswehr selbst? Sie haben das in der letzten Sitzung zum Ausdruck gebracht. Es geht darum, zentrale Einrichtungen im Land zu erhalten. Ich bitte Sie, dass wir alle in den nächsten Wochen gemeinsam in dieser Art und Weise miteinander reden.

(Anhaltender Beifall bei F.D.P., CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Benker.

(Lothar Hay [SPD]: Es spricht endlich mal jemand, der was davon versteht! Herr Freigattenkapitän! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hermann, rück das mal wieder klar!)

**Hermann Benker [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach diesem Bericht können wir eigentlich mit unserem Verteidigungsministerium zufrieden sein, denn die Geheimhaltung funktioniert -

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Haus)

zumindest, was den Truppenabbau betrifft.

(Heiterkeit - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es wird immer besser!)

Frau Aschmoneit-Lücke sagt, es sei nichts Besonderes, nichts Bemerkenswertes. Ich halte es für besonders bemerkenswert, dass wir Sozialdemokraten - die Regierung eingeschlossen - uns nicht haben anstecken lassen von dieser Spökenkiekerelei, von dieser Kaffeesatzleserei, jeden Tag eine neue Sau durchs Dorf zu treiben und einen neuen Standort zu finden, der geschlossen werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Dann nämlich wäre nichts anderes passiert, als andauernd dementieren zu müssen, dass dieser oder jener Standort nicht dran ist.

Es ist noch nichts entschieden. Damit haben wir uns bis zur nächsten Woche abzufinden.

(Beifall bei der SPD)

Dennoch begrüße ich den Antrag der F.D.P. Fairerweise muss ich auch den Antrag der CDU erwähnen,

**(Hermann Benker)**

denn er erlaubt mir festzustellen: Die Regierung handelt auch ohne Beschlussfassung des Parlaments.

(Zuruf des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU] - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Dafür ist sie auch da!)

Im Verlauf der Diskussion um den Truppenabbau dachte auch ich - ich habe mit Herrn Maurus kurz darüber gesprochen - an eine Resolution in Richtung Berlin ähnlich der, die wir 1995 gemeinsam gemacht haben, Herr Kayenburg. - Heute aber bin ich der Auffassung, dass die sachlichen Gespräche, wie sie von der Regierung seit Sommer letzten Jahres mit dem Verteidigungsminister, mit den Landräten, mit den Oberbürgermeistern und mit der Bundeswehr geführt wurden, der richtige Weg sind. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen, um ein gutes Ergebnis für Schleswig-Holstein zu erzielen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte auch nichts von ständigen Glaubensbekenntnissen in Richtung Wehrpflicht. Wenn dies Entscheidungskriterium wäre, wären wir wieder bei einer Art Gutsherrenpolitik: Wer ist denn - bitte schön! - der Bundeswehr gewogen, wer wird begünstigt und wer nicht?

Auch wenn wir bis zum heutigen Tag keine konkreten Zahlen auf dem Tisch liegen haben, werden insbesondere die Bundestagsabgeordneten der CDU nicht müde, sich als Kaffeesatzleser zu betätigen. Dieser Begriff stammt nicht von mir, sondern ist bei der Verabschiedung der Kommandeure bei der WBK I gefallen.

Ich halte diese Aussagen, dass Sie - aus Ihrer Sicht - schon wieder etwas Neues wissen, eigentlich für unverantwortlich. Es ist weder hilfreich noch förderlich. Es schafft Unsicherheit in Truppe und Bevölkerung und demotiviert alle Akteure, die sich für Schleswig-Holstein einsetzen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Oh!)

- Herr Austermann - um nur einmal einen Namen zu nennen - ist da ja Meister.

Vielleicht können wir heute gemeinsam zu Fakten zurückkehren.

Seit 1990 beschäftigt uns das Thema Truppenabbau - am Anfang freudig begrüßt, weil es ein Zeichen der Entspannung und eine Möglichkeit der Friedensentwicklung war. Heute erkennen wir, dass die Ausschüttung der so genannten Friedensdividende im Wesentlichen an uns vorbeigegangen ist.

Woran das liegt, will ich im Einzelnen gar nicht analysieren. Vielleicht hätte man in dieser Anfangsphase bis

1998 grundlegend etwas bewegen können. Aber nachdem das Konversionsprogramm ausgeblieben ist, war das Kind in den Brunnen gefallen, die Lasten mussten allein von Land und Kommunen getragen werden und wir in Schleswig-Holstein hatten einen überproportionalen Anteil des Truppenabbaus zu tragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wird sich jetzt ändern!)

Wir gehen davon aus, dass es diesmal nicht so sein wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

Es geht diesmal - wie in den 90er-Jahren - auch nicht nur um den Truppenabbau, sondern es geht um eine zukunftssichere, eine aufgabengerechte Struktur der Bundeswehr. Das ist ein entscheidender Unterschied. Dazu gehören im Augenblick folgende Tatsachen.

Was bietet uns die **Strukturreform** denn heute an Aussagen?

Erstens. Veränderungen, die sich aus den Vorschlägen der Strukturkommission ergeben, werden erst am 1. Januar 2002 beginnen und voraussichtlich in einem Zeitraum bis 2004 umgesetzt werden - und nicht jetzt.

Zweitens. Der Einzelplan 14 des Bundeshaushalts weist für 2001 im organisatorischen Umfang lediglich eine Minderung um 6.740 Soldaten bei einer Gesamtstärke - aufgemerkt! - von 339.356 Soldaten aus. Das ist die Stärke nach Artikel 87 a des Grundgesetzes. Die geheimen Erläuterungen ändern an dieser Zahl nichts, auch wenn sie noch nicht vorliegen.

Drittens. Die Grobplanungen für Stationierungsentscheidungen werden Ende Januar - es ist angedeutet worden -, also in wenigen Tagen, dem Verteidigungsausschuss vorliegen. Die Gespräche, wie sie die CDU in ihrem Antrag fordert, sind geführt worden und werden danach weiter geführt werden.

Viertens. Die endgültige Stationierungsentscheidung, das heißt der Abschluss der Feinplanung, soll nach dem 31. März fallen. Das ist die Frist für die Stellungnahme Schleswig-Holsteins. Danach wird im Detail über die Umsetzung zu beraten sein. Da sind wir auch gefordert.

Fünftens. Standortschließungen werden Einheiten mit weniger als 50 Planstellen treffen. Wie sich die Konzentration von Verwaltung und Truppe - ein Reformziel - auswirkt, bleibt abzuwarten.

Sechstens - das ist der entscheidende Punkt: Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Diesen Satz müssen wir den Menschen sagen. Wir dürfen

(Hermann Benker)

ihnen nicht immer wieder einen Standort nennen, der möglicherweise geschlossen wird, und vermuten, was möglicherweise passiert. Es wird keine „betriebsbedingten Kündigungen“ geben. Das heißt, den Menschen ist die Existenzangst zu nehmen, auch wenn sie von Schließungen betroffen werden.

Entscheidend ist in dieser Phase: Was können wir noch bewegen und worauf haben wir uns einzustellen?

Wenn wir von „der Bundeswehr“ sprechen, dann wird vordergründig immer von den Soldaten gesprochen. Das ist falsch.

(Werner Kalinka [CDU]: Ach?)

Wir müssen in Schleswig-Holstein immer die drei Säulen der Bundeswehr nennen, erstens die Streitkräfte mit ihren Soldaten, zweitens die Bundeswehrverwaltung mit den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und drittens die wehrtechnischen Dienststellen mit ihren Beschäftigten. Ich habe diesen dritten Bereich bewusst genannt, obwohl er der Bundeswehrverwaltung untersteht. Es handelt sich aber um einen eigenen Strang, der an das Bundeswehrbeschaffungamt angehängt ist und der über eine eigene Finanzierung verfügt. Er ist für Schleswig-Holstein insbesondere deshalb wichtig, weil er an die maritime Wirtschaft hier in Schleswig-Holstein angebunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundeswehr ist vielfältiger, als manche von uns glauben. So werden sich die Auswirkungen der Wehrstrukturreform für jeden dieser Bereiche unterschiedlich darstellen. Für Schleswig-Holstein ist es daher wichtig, dass wir uns nicht nur auf die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten oder auf die Frage „Wehrpflicht - ja oder nein?“, sondern auch darauf spezialisieren, welche Auswirkungen Stationierungsentscheidungen auf die Struktur Schleswig-Holsteins haben werden. Ich stimme vollkommen mit Ihnen überein: Das ist der entscheidende Punkt, den wir zu berücksichtigen haben. Zudem wird bei dieser Reform der zivile Bereich stärker als 1990 betroffen sein.

Gehen wir davon aus, dass jedes Land beim Verteidigungsminister dafür werben wird, dass seine Garnisonen erhalten bleiben. Wir werden also über diese allgemeine Forderungen hinaus **spezifische Faktoren** in die Diskussion einbringen müssen, um die negativen **Auswirkungen auf Schleswig-Holstein** zu mindern. Das hatte diese Regierung bislang getan. Deshalb sind diese sachlichen Gespräche - auch wenn sie nicht deklamatorisch in der Presse veröffentlicht werden - besonders wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört die Überzeugung, dass es nicht nur um betriebswirtschaftliche Reduzierungen im Sinne der Bundeswehr gehen kann, sondern auch um eine **volkswirtschaftliche Betrachtungsweise** bei eventuellen Schließungen. Auch das ist eins der Kriterien, die wir nennen müssen.

Gesunde Strukturen sollten nicht auf dem Altar der Konzentrationswünsche geopfert werden, sondern erhalten bleiben. Dazu gehört zum Beispiel das Wehrbereichskommando Küste mit seiner einmaligen Struktur. In diesem Kommando sind alte und neue Bundesländer vertreten. Es umfasst den gesamten Bereich der Teilstreitkraft Marine. Es hat Ausstrahlung, Verbindungen, Kontakte und Integrationsaufgaben in den Ostseeraum hinein - nicht nur nach Dänemark, sondern auch nach Polen und in einem zukünftigen Friedensprozess auch in die baltischen Staaten. Allein aus diesen sachlichen Argumenten ergibt sich die Notwendigkeit, den **Kommandostandort Kiel** sowie die dazugehörige **Wehrbereichsverwaltung** zu erhalten.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Einmalig ist zum Beispiel die Struktur der wassergebundenen wehrtechnischen Dienststellen in Schleswig-Holstein, weil sie unmittelbare Verbindungen zur maritimen Wirtschaft haben. In Schleswig-Holstein haben wir allein in diesem Bereich über 20.000 Beschäftigte.

Es macht Sinn, in der Diskussion mit dem Verteidigungsminister auf **lebensfähige Strukturen in den Standorten** zu achten. Dabei geht es nicht nur um die wirtschaftliche Bedeutung der Bundeswehr oder um Zulieferer beziehungsweise Dienstleister wie Bäcker oder Gaststätten; es geht auch um die gesellschaftliche Einbindung der Bundeswehrangehörigen und ihrer Familien. Bei allem Sinn für Zentralisierung darf man nicht übersehen, dass gerade die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft und die Integration der Familien von Soldaten und Mitarbeitern der Bundeswehr in die jeweiligen Garnisonstädte in einem Umfang gelungen ist, der es nötig macht, auch diese gewachsenen Strukturen bei der Entscheidung zu beachten. Es kann insofern weder um Willkür noch um Gefälligkeitsentscheidungen, wie wir sie bei der Reduzierung der Bundeswehr vor zehn Jahren erlebt haben, sondern um eine gerechte Verteilung der Belastungen gehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ich erinnere nur an Kronshagen. Es gab keinen einzigen sachlichen Grund, Kronshagen zu schließen und

**(Hermann Benker)**

stattdessen Hamburg zu nehmen. Fragen Sie bei Herrn Rühle nach, warum er das gemacht hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Strukturentscheidungen, wie sie uns auch in Schleswig-Holstein bevorstehen, eignen sich nicht für den parteipolitischen Streit. Vielmehr empfiehlt sich schleswig-holsteinische Geschlossenheit, um die Argumentation glaubwürdiger zu machen. In diesem Sinne fordere ich die Opposition auf, an dieser Argumentation für Schleswig-Holstein mitzuarbeiten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer, der Herr Abgeordnete Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Benker, zunächst muss ich Ihnen einmal ein Kompliment für die Bemerkung machen, dass die Geheimhaltung wenigstens beim Verteidigungsminister noch funktioniert. Ich habe noch nie eine so nette Ohrfeige für die Regierungschefin gehört.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zudem möchte ich Sie korrigieren: Zuhören und Widerkommen ohne Botschaft - das ist für mich kein Handeln. Das ist genau der Kritikpunkt, den wir haben. Frau Simonis, es ist ja schön, wenn Sie mit Herrn Scharping gesprochen haben. Sie haben aber nichts erreicht; das ist das Problem.

(Holger Astrup [SPD]: Woher wissen Sie das eigentlich?)

- Sie haben doch zugehört, Herr Astrup. Spätestens ihr heutiger Bericht hat deutlich gemacht, dass der Einsatz der Ministerpräsidentin für unser Land mangelhaft ist.

(Holger Astrup [SPD]: Was hätte da nun passieren müssen? So ein Quatsch!)

Frau Simonis, Sie haben nicht mehr die Kraft zu gestalten. Jetzt werden sogar bei der Verwaltung handwerkliche Fehler gemacht und so werden Mängel offenbar. Das ist unser Problem.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da erzählen!)

Deswegen ist es gut, dass wir heute als Parlament erneut über die Auswirkungen der Bundeswehrstrukturreform diskutieren, die Probleme öffentlich machen

und uns gemeinsam für den Erhalt von Standorten einsetzen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Allerdings müssen wir leider feststellen, dass Ihr Bericht, Frau Simonis, dürftig, dünn und ergebnislos war. Seit der Vorlage des neuen Bundeswehrstrukturreformkonzeptes haben Sie offensichtlich weder persönlich noch durch Ihren Standortältesten, den Innenminister Buß, irgendwelche wegweisenden Erkenntnisse gewonnen. Alles, was Sie uns gesagt haben, war schon im Sommer vergangenen Jahres aufgrund der Veröffentlichungen des Bundesverteidigungsministers bekannt.

Die neue **Bundeswehrstrukturreform**, die nach unserem derzeitigen Kenntnisstand auch für unser Land erhebliche Auswirkungen haben wird, unterscheidet sich aber grundlegend von früheren Reformen. Darin liegt das eigentliche Problem. Früher waren Truppenreduzierungen nämlich das Ergebnis veränderter strategischer Sicherheitslagen, über die wir uns in Schleswig-Holstein eigentlich nur freuen konnten. Mit der deutschen Einheit, mit dem Zerfall des Warschauer Paktes und mit dem Abzug sowjetischer Truppen aus Mecklenburg-Vorpommern entstand die neue Situation, auch in den neuen Bundesländern Truppen stationieren zu müssen. In diesem Zusammenhang will ich daran erinnern, dass es eines der großen Verdienste von Gerhard Stoltenberg, Ottfried Hennig und Volker Rühle war, mit der Nationalen Volksarmee und der Bundeswehr zwei Streitkräfte, die sich bis 1990 noch feindlich gegenüber standen, zu einer demokratischen Armee zusammenzuführen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die daraus resultierenden Truppenreduzierungen - und das ist der entscheidende Punkt - haben einen ganz anderen Grund gehabt; sie waren nämlich ein Beitrag zu mehr Frieden in der Welt. Deswegen sollte die heutige Strukturreform, Frau Simonis, nicht mit diesen Strukturreformen in einen Topf geworfen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum wird die Truppe heute reduziert? Erklären Sie mir den Unterschied!)

- Frau Heinold, dass die Grünen davon nichts verstehen, ist uns ja bekannt. Lassen Sie mich doch ausreden, dann wissen Sie es. Die Reduzierung heute hat überhaupt nichts mit einer veränderten Sicherheitslage zu tun; sie ist damit überhaupt nicht begründbar.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

(Martin Kayenburg)

- Wenn Sie Zeitung lesen könnten, dann hätten Sie am 15. Januar dieses Jahres in der „FAZ“ lesen können, dass der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff, festgestellt hat, dass das einzige Argument für die nunmehr bevorstehende Truppenreduzierung die Kassenlage des Verteidigungshaushaltes sei. Nichts anderes ist der Grund.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es wird deutlich, dass die Personal- und Sachplanung einerseits und die Finanzplanung andererseits bei dieser Regierung ganz offenkundig drastisch auseinander fallen. Da steckt das Problem. Herr Eichel will seine Fehleinschätzung nicht korrigieren und trägt seine Sparpolitik auf dem Rücken unserer Bundeswehr aus, ohne dabei internationale Verpflichtungen zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU)

Wir halten das für falsch. Die jetzige Strukturreform ist nur aus der Not leerer Kassen geboren und nicht etwa die Folge eines Abrüstungsprozesses. Deswegen wehren wir uns auch gegen viele der jetzt vorgesehenen Standortschließungen, die unser Land hart treffen werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kayenburg, glauben Sie das, was Sie da erzählen?)

Die Aktion in Hohenlockstedt gestern Abend, wo die Bürger ihr Licht abgeschaltet haben, um für den Erhalt des Standortes „Hungrierer Wolf“ zu demonstrieren, hat doch beinahe Symbolcharakter für das ganze Land und für viele Städte.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Ihre Rede haben Sie offenbar auch im Dunkeln geschrieben!)

Wenn es uns nicht gemeinsam gelingt, für die **Standorte** erfolgreich zu kämpfen, werden nämlich an vielen Orten die Lichter ausgehen. Das wird nicht nur in den strukturell schwachen Regionen im Norden der Fall sein, sondern möglicherweise auch in der Landeshauptstadt Kiel. Die wirtschaftlichen Folgen einer eventuellen Schließung der Wehrbereichsverwaltung und ihrer Verlagerung ins Stammland des Bundeskanzlers können auch durch noch so viele Callcenter nicht abgefangen werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Simonis, ich habe in vielen Gesprächen mit den Bürgermeistern, Landräten und Bundeswehrangehörigen den festen Eindruck gewonnen, dass unsere Kreise, Städte und Gemeinden in ihren Kenntnissen und Einschätzungen über die **Auswirkungen** weit besser

informiert sind, als Sie das vermuten. Deswegen kann ich die Hoffnungen, wie Sie sie eben artikuliert haben, überhaupt nicht verstehen. Die Landesregierung ist die Einzige, die offenbar nicht weiß, was mit dieser Strukturreform passiert. Das ist aber auch kein Wunder, denn anstatt dass sie sich im Sommer darum gekümmert hätten, die notwendigen Strukturdaten zu sammeln und Argumentationspapiere zu erarbeiten, mussten wir Sie in den Sitzungen des Innen- und Rechtsausschusses mehrfach auffordern, endlich tätig zu werden. Sie mussten geradezu gezwungen werden, in dieser wichtigen Strukturfrage unseres Landes etwas zu unternehmen. Ich will beispielhaft aus dem Protokoll des Innen- und Rechtsausschusses vom 11. Oktober des vergangenen Jahres zitieren. Dort heißt es:

„Abg. Schlie bittet um schriftliche Zuleitung einer Aufstellung von Bundeswehrstandorten, Dienststellen sowie Anzahl der Soldaten und Zivilbeschäftigten. Des Weiteren bittet er um Zuleitung der Argumentationen der Landesregierung für eine Stationierung des Wehrbereichskommandos sowie der Wehrbereichsverwaltung in Kiel.“

Dieser Antrag vom 11. Oktober ist dann endlich am 29. November, nachdem Herr Buß in seiner Not die Städte und Kommunen angeschrieben hatte, doch endlich etwas zu den Standorten zu sagen, und er am 18. Oktober in die Puschen gekommen war, als Argumentationshilfe erfasst worden.

Das große Treffen, Frau Simonis, zu dem Sie in der vergangenen Woche eingeladen hatten, war zwei Tage vor diesem Gespräch mit Herrn Scharping und war ein informelles Gespräch. Das war für mich nur eine PR-Maßnahme ohne inneren Wert.

Herr Benker, wenn Sie sagen, es sei noch einmal Zeit bis März, darüber nachzudenken, dann kennen Sie offenbar die neueste Einladung der Ministerpräsidentin nicht, die in einer neuen **Terminsetzung** gesagt hat, dass die Argumente bis zum 15. Februar stehen müssten. Eine unverschämte Verkürzung!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Die Zehn-Punkte-Erklärung, Frau Ministerpräsidentin, die Sie dort vorgelegt haben, ist für mich eine Aneinanderreihung von Allgemeinplätzen und Selbstverständlichkeiten, aber kein Handlungskonzept. Damit aber - das will ich hier deutlich unterstreichen - keine Missverständnisse aufkommen: Sie fordern darin auf, dass alle Initiativen, die in dieser Sache vom Land ausgehen, parteiübergreifend unterstützt werden sollen. Dazu kann ich nur sagen: Natürlich, machen wir!

(Martin Kayenburg)

Selbstverständlich gern, weil das dem Land nützen kann. Nur, nennen Sie mir doch nur einmal eine einzige Initiative, eine Landesinitiative in dieser Frage. Ich jedenfalls kann bis zum heutigen Tage keine einzige Initiative von Ihnen erkennen.

Wenn Sie die Diskussionen hier im Landtag anschauen, so sind die doch nicht von Ihnen angestoßen worden. Die Oppositionsparteien, die Oppositionsfraktionen haben diese Diskussionen hier angestoßen. Der Resolutionsantrag vom 1. September stammt von uns. Der hat doch erst die politisch notwendige Diskussion auf den Weg gebracht - nicht etwa Sie als Regierung. Das ist das, was wir Ihnen vorwerfen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich mich erinnere, wie Sie bei früheren Reformen auf die früheren Verteidigungsminister eingeschlagen haben, dann kann ich nur sagen: Offenbar sind Sie jetzt so harmlos, weil Sie die rot-grünen Interessen über die unseres Landes stellen. Damit schaden Sie unserem Land, Frau Simonis.

(Widerspruch der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich jedenfalls finde es ganz toll, dass Herr Scharping Ihnen, Frau Simonis, bei Ihrem Treffen vor einer Woche in Hamburg **Kriterien** mitgeteilt hat, nach denen bei der **Strukturreform** verfahren werden soll. Dafür hätten Sie nun wirklich nicht nach Hamburg fahren müssen. Dazu hätten Sie nur lesen müssen, was er im Sommer schon gesagt hat. Also nichts als Aktionismus, aber kein Konzept.

Wer wie Sie Herrn Scharping in der Vergangenheit ja mit bestimmten Begriffen belegt hat, muss sich auch nicht wundern, wenn er von einem Mann, der groß beleidigt worden ist, erwartet, dass er sich für schleswig-holsteinische Interessen einsetzt, man ihn aber dafür nicht gewinnen kann.

(Holger Astrup [SPD]: So würden Sie handeln oder was? Quatsch!)

Glauben Sie denn, dass Herr Scharping die Vorwürfe mit dem Autisten oder die Hinweise auf die Sandkastenspiele vergessen hat?

(Holger Astrup [SPD]: Herr Scharping wird mit Sicherheit nicht so entscheiden, wie Sie es ihm unterstellen! So ein Blödsinn!)

- Diese Sprüche der Frau Ministerpräsidentin, die mögen ja manchmal ganz flott sein, wirken sich heute aber nachteilig für unser Land aus. Das ist das Problem, Herr Astrup.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Eine Platttheit reiht sich an die andere!)

Frau Simonis, wir fordern Sie auf,

(Holger Astrup [SPD]: Eine Platttheit nach der anderen!)

zunehmend endlich ein Konzept auf den Tisch zu legen, denn die Daten, die Sie bis jetzt genannt haben, reichen nicht einmal für ein Grobkonzept.

Ich kann zum Schluss nur eines sagen, Herr Standortbeauftragter Buß: Wenn Ihnen künftig nichts anderes einfällt, als für den Standort Neumünster bei Herrn Scharping damit zu werben, dass in der Hindenburgkaserne die Böden verseucht sind, dann sind Sie Ihrer Aufgabe nicht gewachsen.

(Beifall bei der CDU)

So jedenfalls werden wir bei uns keine Standorte sichern.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

**Karl-Martin Hentschel** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei Herrn Benker von der SPD und bei Frau Aschmoneit-Lücke von der F.D.P. für die konstruktiven Beiträge in dieser Debatte.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lothar Hay [SPD] - Martin Kayenburg [CDU]: Gesundheitsbeten hilft nicht, Herr Hentschel!)

Ich glaube, sie waren der Lage wirklich angemessen.

Ich bin etwas verwundert über Ihren Beitrag, Herr Kayenburg. Mehr kann man dazu gar nicht sagen. Sie erwarten offensichtlich, dass eine Ministerpräsidentin zu vertraulichen Gesprächen mit dem Verteidigungsminister fährt und anschließend im Land erst einmal herumerzählt, was sie denn mit ihm vertraulich besprochen hat.

(Martin Kayenburg [CDU]: Dann soll sie vorher keine Ergebnisse versprechen!)

Das ist eine merkwürdige Vorstellung, Herr Kayenburg.

Sie haben offensichtlich auch nicht mitbekommen, dass die **Bundeswehr** in den letzten Jahren **interna-**

(Karl-Martin Hentschel)

**tionale Aufgaben** bekommen hat, die eine völlig **neue Struktur** erfordern. Das wundert mich allerdings nicht, da der vorige Verteidigungsminister, nämlich Herr Rühe, die notwendigen Strukturreformen in der Bundeswehr jahrelang verschlampt hat. Das muss man einfach feststellen. Denn die Tatsache, dass die Bundeswehr jetzt nicht mehr im Kalten Krieg steht, für den sie dementsprechend schwere Geräte haben musste, um sozusagen die Panzerschlacht in Mitteleuropa zu führen, sondern dass jetzt kleine bewegliche Geräte notwendig sind, damit die Bundeswehr bei internationalen Einsätzen in der Lage ist, friedenssichernd tätig zu sein, dass dazu psychologische Ausbildung gehört, dass dazu eine ganze Reihe von psychologischen Fähigkeiten gehören, dass also eine ganz andere Ausbildung nötig ist, dass völlig neue Strukturen nötig sind, alle diese Tatsachen sind anscheinend an Ihnen völlig vorbeigegangen.

(Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Gute Nacht, Herr Kayenburg!

Die Grünen begrüßen die Strukturreform und die Reduzierung der Stärke der Bundeswehr als Folge ihrer veränderten Aufgaben und wir glauben, dass die künftige Struktur und auch die Standortfrage nur von den Aufgaben der Bundeswehr her und nicht von den Standortinteressen einzelner Orten her entschieden werden können. Anders kann man es nicht machen; es wäre verantwortungslos.

Es ist völlig richtig - wie es Frau Aschmoneit-Lücke gesagt hat -, dass im Rahmen dieser militärischen Entscheidungen dann, wenn Alternativen möglich sind, allerdings geguckt werden muss, ob im Rahmen dieser Möglichkeiten auch Strukturentscheidungen vor Ort berücksichtigt werden können.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So herum wird daraus ein Schuh.

Für diese Entscheidungen haben wir folgende Kriterien, die weitgehend auch mit dem übereinstimmen, was die Regierung vorgeschlagen hat. Ich glaube, dass es auch gute Kriterien sind.

Ein Punkt - damit möchte ich beginnen -, der einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf, ist die Tatsache, dass wir bei der Sicherung der Arbeitsplätze zwischen den **Arbeitsplätzen** von **Soldaten** und den Arbeitsplätzen von **Zivilangestellten** unterscheiden müssen; denn die Zivilangestellten und Arbeiter bleiben anschließend mit ihren Familien am Ort, während die Soldaten bei Strukturverschiebungen entsprechend die

Standorte verlassen. Das heißt, die Zivilangestellten sind diejenigen, die dann zurückbleiben und für die neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Deswegen bedürfen die Zivilangestellten auch einer besonderen Beachtung und Gewichtung bei strukturpolitischen Entscheidungen.

Zweitens glauben wir, dass es im Interesse der Bundeswehr und ihrer Familien, aber auch im Interesse einer militärisch sinnvollen Ausbildung falsch wäre, an allen Standorten ein bisschen abzuziehen, um möglichst viele Standorte zu retten, sondern wir glauben, dass es eher richtig ist, **wenige lebensfähige Standorte** zu haben, an denen dann entsprechend die notwendige Ausbildung, die notwendigen Strukturen vorgehalten werden können. Also lieber weniger Standorte als Schwerpunkte als viele kleine, um sagen zu können, man habe alle erhalten. Ich glaube, das ist bei der Entscheidung wichtig, wenn wir in die regionalen Diskussionen kommen.

Zum Dritten unterstützen wir die Forderung der Ministerpräsidentin, dass Schleswig-Holstein **nicht überproportional** von der **Schließung** der Standorte betroffen werden soll.

(Beifall der Abgeordneten Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Ursula Kähler [SPD] und Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]

Wir unterstützen viertens ebenfalls die Forderung der Landräte aus den strukturschwachen Teilen Schleswig-Holsteins, dass die **besondere Problematik** ihrer **Regionen** berücksichtigt werden soll, und die Feststellung, dass die Auswirkungen und die möglichen Kompensationen in Angeln zum Beispiel völlig anders sind als im Hamburger Rand.

Fünftens glauben wir, dass es durchaus sinnvoll ist, ernsthaft über ein **Konversionsprogramm** nachzudenken. Ich meine, dass diese Frage nicht ad acta gelegt werden sollte.

(Beifall beim SSW)

Ich stimme Ihnen vielmehr ebenfalls darin zu, Frau Aschmoneit-Lücke, dass wir über ein Konversionsprogramm nachdenken müssen; denn natürlich ergeben sich Auswirkungen in bestimmten Regionen, die nicht leicht kompensiert werden können.

Sechstens - das ist ein Punkt, der aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Zeit besondere Aufmerksamkeit verdient -: Wir brauchen eine schnelle **unbürokratische Übergabe** von nicht mehr benötigten **Liegenschaften**. Gerade in diesem Bereich haben sich große Schwächen gezeigt: Zum Teil hat es Jahre gedauert, bis die Liegenschaften an die Kommunen über-

**(Karl-Martin Hentschel)**

geben werden konnten. Es gab teilweise auch unrealistische Preisvorstellungen der Bundesvermögensverwaltung. Ich glaube, dass es notwendig ist, über diese Frage nachzudenken. Ein Strukturprogramm kann zum Teil auch darin bestehen, dass Liegenschaften in bestimmten Regionen zu günstigen Preisen angeboten werden können, damit die Kommunen mehr Möglichkeiten haben, entsprechend zu planen, und nicht nur die höchstmögliche Verwertung die einzige Alternative bleibt.

Siebtens - das ist ein Punkt, der in der Debatte bisher noch eine geringe Rolle gespielt hat, uns aber besonders am Herzen liegt -: Wir wissen, dass auf einer Reihe von **Bundeswehrliegenschaften** erhebliche **Altlasten** liegen. Wir wissen auch, dass diese Altlasten entsorgt werden müssen. Wir fordern deshalb, dass entweder vor der Übergabe der Liegenschaften die Sanierung der Altlasten durch den Bund durchgeführt wird oder dass der Bund bei Übergabe der Liegenschaften zusichert, die Altlastensanierung, die anschließend notwendig wird, entsprechend zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir sicher, dass Frau Simonis, unsere Ministerpräsidentin, alle Landräte und Politiker des Landes nicht deswegen zusammengerufen hat, um ihnen einmal zehn Punkte aufzulisten, sondern dass sie es deswegen getan hat, um zuzuhören und zusätzliche Argumente für die Diskussion und für die Gespräche mit dem Bundesverteidigungsministerium zu sammeln. Ich bin mir ebenfalls sicher, dass sie in diesen Gesprächen die Interessen des Landes nicht auf dem offenen Markt, sondern vertrauensvoll und effizient vertreten wird.

(Beifall bei der SPD - Martin Kayenburg [CDU]: Müder Beifall!)

Ich erwarte von allen Parteien, dass sie sich in dieser Debatte konstruktiv für die Interessen des Landes einsetzen und eben nicht lokalpatriotische Debatten nach dem Motto „Standort gegen Standort“ führen. Herr Kayenburg, Sie haben sich in Ihrem Beitrag erstens von der Strukturreform der Bundeswehr distanziert. Zweitens haben Sie gesagt, das alles sei gar nicht notwendig, es handele sich nur um eine Sparmaßnahme. Änderungen seien nicht notwendig. Das lässt mich darauf schließen, dass Sie bei jeder Schließung, die notwendig ist, vor Ort sagen: Nein, hier natürlich nicht! Wir sind die Kämpfer für die Bundeswehr, jeder Standort muss erhalten bleiben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg, Sie sollten einmal an einer öffentlichen Veranstaltung der Bundeswehr teilnehmen. Dann

werden Ihnen die Generale sagen, welche strukturellen Notwendigkeiten bestehen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind nie dabei!)

- Ich habe an der Kommandeurstagung in Schleswig-Holstein teilgenommen. Wir haben über dieses Thema geredet. Ich fand es sehr interessant, dass der General sagte, die Grünen seien die Einzigen gewesen, die eingesehen hätten, dass man von den militärischen Notwendigkeiten der Bundeswehr ausgehen müsse, nicht aber von der Frage, wo die Deiche stehen, wenn es darum geht, Standortentscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der SPD)

Da habe ich mich in meiner Position bestätigt gefühlt, Herr Kubicki.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Herr Kayenburg, ich habe die Befürchtung, dass Sie nicht bereit sind, die notwendige Verantwortung für die Entscheidungen zu übernehmen. Das zeigt, dass Sie nicht regierungsfähig sind. Das ist gut so, denke ich.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist nichts Neues!)

Ich wünsche mir, dass Sie über diese Frage noch einmal nachdenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wichtigste vorweg: Wir können uns glücklich schätzen, in einer Zeit zu leben, in der sich Europa nach dem Fall der Mauer und dem Wegfall des Ost-West-Konflikts ganz im Zeichen der Entspannung weiterentwickeln kann. Die vertiefte Zusammenarbeit in der Ostseeregion und die kommende Osterweiterung der EU sind dabei zwei Eckpfeiler dieser auch für Schleswig-Holstein positiven Entwicklung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Schon vor einigen Jahren war klar, dass sich daraus gerade für die Bundesrepublik ganz neue Entwicklungen ergeben. Populär gesagt, ist uns der damalige Feind, der Warschauer Pakt, abhanden gekommen. Heute wissen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen,



(Anke Spoorendonk)

dass mein Vorgänger Karl Otto Meyer Recht hatte, als er sagte: Die Sturmflut kommt öfter als die Russen.

(Heiterkeit und Zurufe - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist heute ganz anders! Heute kommen die nahezu täglich!)

Wir werden also nicht unmittelbar von äußeren Feinden bedroht. Im Gegenteil, wir sind umgeben von Freunden.

Diesen **neuen Rahmenbedingungen** hatte schon die damalige Bundesregierung einerseits durch Umstrukturierung der Bundeswehr und andererseits durch Reduzierung der Anzahl der Soldaten, der zivilen Mitarbeiter und der Standorte Rechnung getragen. Die **neue Bundeswehrstrukturreform** von Verteidigungsminister Scharping geht jetzt noch einen Schritt weiter: Vorgehen sind weitere Reduzierungen sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich einschließlich der Schließung von Standorten.

Aus sicherheitspolitischen Gründen ist auch diese Reform der Bundeswehr nachvollziehbar und vernünftig, wobei der SSW dennoch die Beibehaltung der Wehrpflicht begrüßt. Eine ausschließliche Berufarmee entspricht nicht unseren Vorstellungen von einer demokratisch legitimierten Armee.

(Beifall bei SPD und CDU)

Wer die Debatte über die Reduzierung der Bundeswehr Anfang der 90er-Jahre noch im Ohr hat, wird sich daran erinnern, wie viel Porzellan damals zer schlagen wurde, weil das Konzept der Bundesregierung nicht einleuchtete. Nicht zuletzt vonseiten der Kommunen wurde kritisiert, dass der Verkauf von Bundeswehrliegenschaften oder ihre weitere Nutzung nicht besser mit ihnen abgesprochen wurde. Es wäre also mehr als wünschenswert, wenn es uns dieses Mal gelänge, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Dazu gehört unter anderem die Forderung, dass die neue **Bundeswehrreform** für die Menschen vor Ort **nachvollziehbar und transparent** sein muss. Sie darf ihnen nicht scheinbar vermittelt werden, weil sich dadurch nur der Eindruck festsetzen würde: Wer am lautesten schreit, hat Aussicht auf Erfolg, spricht den Standort zu erhalten. Das heißt auch, dass alle davon Abstand nehmen sollten, sich gegeneinander ausspielen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Standortentscheidungen sollten langfristig Bestand haben, damit sich die Beschäftigten und die Standortkommunen darauf einrichten können. Der **Verkauf** der frei gewordenen **Liegenschaften** muss mit den betroffenen Kommunen unbedingt so abgestimmt werden, dass es zur einer Lösung kommt, die auf die Ge-

gebenheiten und auf die Entwicklungsmöglichkeiten vor Ort Rücksicht nimmt. Deshalb kann es ein Problem werden, dass das Bundesverteidigungsministerium die Erlöse aus dem Verkauf von Liegenschaften diesmal selbst behalten darf. Dies könnte zu unüberlegter Eile beim Verkauf führen und die Standortentscheidung beeinflussen. Was von Berlin aus als attraktive Lage vor Ort eingeschätzt wird, braucht es noch lange nicht zu sein, wenn die Lage vermarktet werden soll. Die Freiheit in Schleswig liegt toll - mit Schlei-Blick -, aber sie ist als Liegenschaft wohl kaum zivil zu nutzen. Eine Lehre aus der Vergangenheit ist auch, dass es fast zehn Jahre dauern kann, ehe eine militärische Liegenschaft umgewidmet werden kann. Hier lässt in erster Linie die Grenzlandkaserne in Flensburg grüßen.

Es gab Kommunen, die ausschließlich von ihren Bundeswehrstandorten lebten. Ob von Anfang an geplant war, mit der Bundeswehr im strukturschwachen Norden eine Art Ersatzkonjunktur aufzubauen, sei dahingestellt, auch wenn das vom SSW diesem hohen Hause über die Jahre immer wieder ausgesprochen worden ist, so - ein Beispiel aus der Geschichte - von Berthold Bahnsen in den 60er-Jahren. Unter dem Strich haben sich aber dadurch Strukturen entwickelt, die dazu führten, dass gerade der **Landesteil Schleswig** durch die Bundeswehrreform von Anfang an überproportional getroffen wurde.

Auch wenn die Landesregierung die Auffassung vertritt, dass Schleswig-Holstein insgesamt den Abbau von Bundeswehrstandorten in den 90er-Jahren ganz gut verkraftet hat, so gilt das nicht für alle Standorte. Ich denke hierbei beispielsweise an die Stadt Flensburg, die sich trotz Motorola und einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit immer noch nicht ganz von dem massiven Arbeitsplatzabbau bei Bundeswehr und Marine und dem damit verbundenen Kaufkraftverlust erholt hat.

Auch die jetzt noch im **Landesteil Schleswig** vorhandenen **Bundeswehrstandorte** sind ein wirtschaftlich starker Faktor, wie wir aus einem aktuellen Bericht des Innenministeriums ersehen können. Das muss bei der Entscheidung eine Rolle spielen.

(Beifall beim SSW - Unruhe)

Dazu muss bei einer weiteren Reduzierung mitgezählt werden, was schon früher an Abbau öffentlicher Verwaltungen in unserer Region geleistet wurde und was noch zu erwarten ist. Ich nenne hier nur beispielhaft Bundesgrenzschutz, Zoll, Bundesvermögensverwaltung, Landesbezirkskassen, Katasterämter und Straßenmeistereien. Regionale Ausgewogenheit muss hei-

**(Anke Spoorendonk)**

ßen, dass auch der Verlust anderer öffentlicher Arbeitsplätze mit berücksichtigt wird.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Entschuldigen Sie bitte, Frau Abgeordnete. Im Moment hat Frau Abgeordnete Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Vielen Dank. - Die Reduzierung muss regional verträglich gestaltet werden, damit der Landesteil Schleswig nicht wieder der große Verlierer wird. Daran werden wir die Landesregierung messen. Wer sagt, hier würden Äpfel mit Birnen verglichen, muss wissen, dass Äpfel und Birnen auf jeden Fall miteinander gemein haben, Obst zu sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Jawohl! - Beifall der Abgeordneten Lars Harms [SSW] und Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Das bedeutet, für die Menschen vor Ort zählt, wie viele Arbeitsplätze verloren gehen.

Wir begrüßen, dass sich die Landesregierung mit allen betroffenen Gemeinden und Kreisen zusammensetzen und eine gemeinsame Verhandlungsstrategie ausarbeiten will, in die alle Argumente, die für die jeweiligen Standorte zusammengetragen werden, eingebracht werden.

Es war ebenfalls richtig, dass die Ministerpräsidentin am 15. Januar, also noch vor dem Gespräch mit dem Verteidigungsminister, alle Betroffenen zu einem Gespräch eingeladen hatte, nicht so sehr, weil das Gespräch eine vertrauensbildende Maßnahme war - wer dabei gewesen ist, weiß, dass das eine solche Maßnahme war -, sondern weil gleichzeitig deutlich wurde, wie wichtig es ist, auch auf Landesebene von nachvollziehbaren Kriterien bei der zu erarbeitenden Stelle und damit der Landesregierung auszugehen. Für uns ist entscheidend, dass die Landesregierung dem Punkt der regionalen Verträglichkeit einen hohen Stellenwert einräumt.

Wir teilen die Auffassung der Landesregierung, dass Schleswig-Holstein bei den ersten Strukturänderungen in den 90er-Jahren überproportional hart betroffen war und dass diese Tatsache auch mit berücksichtigt werden muss. Über 38.500 zivile und militärische Stellen gingen damals verloren. Diese Fakten spielen bei der Standortentscheidung eine Rolle und müssen - wie ich bereits gesagt habe - mitgezählt werden.

Wir müssen dennoch realistisch bleiben. So wird wohl nach den letzten Informationen beispielsweise die Zahl der Verwaltungsstandorte von 14 auf sieben reduziert

werden. Man wird sich damit abfinden müssen, dass Standortverwaltung und Standort nicht notwendigerweise identisch sein müssen.

Weil es also auf jeden Fall zu Standortschließungen kommen wird, sind die Landesregierung und die Bundesregierung in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass in den betroffenen Gebieten vernünftige Strukturausgleichsmaßnahmen zur Schaffung neuer **Arbeitsplätze** vorgenommen werden. Wir dürfen nicht wieder in die gleiche Situation wie bei dem Abbau der Bundeswehr Anfang und Mitte der 90er-Jahre kommen, als die damalige Bundesregierung keine Hand für die betroffenen Regionen gerührt hat.

(Beifall beim SSW)

Wir brauchen nicht nur die normalen Programme - zum Beispiel das Landesprogramm „ziel“ -, sondern wir brauchen neue Programme und neue Mittel, um eine vernünftige **Konversion** hinzubekommen und um gezielt neue Ersatzarbeitsplätze in den betroffenen Standorten zu schaffen. Hier haben Bund und Land eine große strukturpolitische Verantwortung. Der Abbau von Arbeitsplätzen und die flankierenden Maßnahmen von Bund und Land müssen aber koordiniert werden, sodass der Prozess geordnet und gleichzeitig durchgeführt wird.

Ich hätte mir gewünscht, dass die heutige Debatte gerade mehr auf diesen Punkt eingegangen wäre. Ich weiß, meine Kollegin Aschmoneit-Lücke hat es gemacht. Das war auch richtig und gut von ihr. Ich möchte allerdings sagen, der Landtagspräsident hat immer wieder Recht: Der Landtag ist, wie er ist.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteilte ich zunächst Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die doch sehr beeindruckenden Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der Grünen, des Kollegen Hentschel, zur strategischen Planung künftiger Auslandseinsätze der Bundeswehr geben mir Veranlassung, auf einige Dinge hinzuweisen, wobei ich nicht verhehlen möchte, dass mir fast Tränen in die Augen schießen bei dem Verdacht, dass einige der Redner wirklich das glauben, was sie hier gesagt haben.

Zur Ausgangslage! Die gesamte Standortplanung der **Bundeswehr** und die Frage der **Truppenreduzierung** hat mit rationalen Kriterien vergleichsweise wenig zu

(Wolfgang Kubicki)

tun. Ich will kurz versuchen, das zu erläutern. Die erste Runde des Beschlusses darüber, dass die Bundeswehr nur 360.000 Mann umfassen darf, basiert nicht auf besserer Einsicht der Deutschen, dass sich die geostrategische Lage verändert hatte. Die „2 + 4-Vereinbarung“ wäre überhaupt nicht zustande gekommen - mit Zustimmung der damaligen Sowjetunion und mit Zustimmung der Westmächte, um das auch einmal zu sagen, unserer Freunde im Westen -, wenn nicht gleichzeitig dem Gespenst eines größer werdenden Deutschlands der Schrecken hätte genommen werden können durch die Verpflichtung Deutschlands, die Truppenstärke drastisch zu reduzieren. Das muss man historisch verstehen. Es war keine Frage rationaler Planung oder Übersicht.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist richtig!)

Die letzte Runde, die wir hatten, Frau Ministerpräsidentin, bei der ich gesagt habe, wir müssten uns darauf konzentrieren, was für das Land wichtig ist, und nicht versuchen, jeden Standort zu verteidigen, hat ja wiederum nichts mit einer strategischen Planung und einer Ausrichtung der Bundeswehr zu tun. Es war vielmehr das Diktat der Deckelung des Verteidigungsetats, weil das Problem auftauchte, dass bei gleicher Mannstärke immer weniger Mittel zur Verfügung standen, Investitionsausrüstungen anzuschaffen, die wir bei eine Fortentwicklung der Bundeswehr brauchen. Deshalb gibt es ja auch die **Weizsäcker-Kommission**, die die Frage stellen sollte, was wir eigentlich brauchen.

Auch die jetzige Planung hat nichts damit zu tun, Herr Kollege Hentschel, dass die Bundeswehr für **Auslandseinsätze** in besonderer Weise vorbereitet werden müsste, dass das etwas mit der Mannstärke oder mit dem Gerät zu tun hätte. Auch im Kosovo wird übrigens schweres Gerät eingesetzt, falls Sie das vergessen haben sollten. Die Auslandseinsätze gleichen sich ja nicht einer wie der andere. Es gibt welche, die im gebirgigen Gelände stattfinden, es gibt auch welche, die im flachen Gelände stattfinden, wie beispielsweise der Auslandseinsatz ohne Beteiligung der Bundeswehr im Golfkrieg dokumentiert hat. Sie werden mit mir sicherlich darin übereinstimmen, dass das ohne Panzereinsatz nur mit Bomben allein nicht zu gewinnen gewesen wäre.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sollten nicht über Sachen reden, von denen Sie gar nichts verstehen!)

- Ach, Herr Kollege Hentschel, ich habe zwar keine kleine Geschichte als Steineschmeißer, aber was strategische Ausrichtung angeht, fühle ich mich durchaus in der Lage, mit Ihnen mitzuhalten.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Lieber Freund Konrad Nabel, wir sind doch beide lange genug in der Politik, um zu wissen, dass auch in der Politik viele Entscheidungen getroffen werden, nicht weil das etwas mit rationalen Kriterien zu tun hat. Es wird anschließend versucht, sie rational zu begründen, damit man einer Recht suchenden Bevölkerung erklären kann, was abgelaufen ist. In Wirklichkeit hat das allerdings etwas mit allem Möglichen zu tun, mit Beziehungen, mit Wahlkämpfen, mit Machtverhältnissen. Sonst würde Bundeskanzler Gerhard Schröder jetzt nicht durch Rheinland-Pfalz reisen und den Rheinland-Pfälzern versprechen, dass sie nicht in besonderer Weise von Standortschließungen betroffen sein würden, und es würde die Debatte, ob Hannover oder Kiel für die WBV in Betracht kommt, gar nicht geführt. Es gäbe überhaupt nicht die Frage, dass sie nach Hannover kommen sollte, wenn es nicht ausgerechnet „Schröder-Land“ wäre.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Machen wir uns nichts vor: Wir müssen uns bei all dem, was wir tun, fragen, welche Benefits oder Drohpotenziale gegenüber den möglichen Entscheidungsträgern in Berlin - das ist ja nicht nur Rudolf Scharping allein, sondern auch andere - aufgebaut werden können, um unsere Interessen durchzusetzen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Rationale Argumente, warum eine Entscheidung nicht so getroffen wurde, wie wir uns das wünschen, finden Rudolf Scharping und der Rest der Veranstaltung allemal.

(Beifall bei F.D.P., CDU und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Benker das Wort.

**Hermann Benker [SPD]:**

Ich möchte drei kurze Bemerkungen zu dem machen, was Herr Kubicki eben gesagt hat, und zu dem, was Herr Kayenburg zu Herrn Wellershoff zitiert hat, nämlich dass das einzige Argument für die Reduzierung die Kassenlage der Bundesregierung sei. Das haben Sie so nicht gesagt, aber ich beziehe mich jetzt hier auf Herrn Kayenburg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deckelung!)

Das traue ich dem Wellershoff gar nicht zu, den kenne ich persönlich. So einen Unsinn hat er nicht gesagt, weil nämlich unter seiner Ägide bereits Rechnungen zwischen 200.000 und 300.000 gemacht wurden. Auch zu CDU-Regierungszeiten ist schon über andere Zah-

(Hermann Benker)

len verhandelt worden. Insofern hat Herr Kubicki Recht, die 360.000 Mann waren ein Willkürprodukt, um einfach die Furcht zu nehmen. Das war eine ge-griffene Zahl, wie übrigens auch die 500.000.

Das waren die 12 Divisionen, die einfach gerechnet wurden. Dann kam man zu der Notwendigkeit, wenn schon reduziert werden muss, wenn der Etat gedeckelt werden muss, dann soll bitte schön auch die investive Quote erhöht werden. Das ist der entscheidende Hintergrund. Denn mit einer **Bundeswehr**, die nur aus Zahlen besteht und Panzer nicht benutzen kann und Fahrzeuge nicht benutzen kann, kann man nichts anfangen. Deshalb war es notwendig, eine **Strukturreform** einzuleiten, die beim Personal natürlich nicht Halt macht. Das einmal zur Richtigstellung.

Herr Kayenburg, mich irritiert, dass eine Oppositionspartei sechs Wochen lang wartet, bis sie die Zahlen bekommt, die sie im Innenausschuss am 13. Oktober angefordert hat. Ich habe - das habe ich hier, das kann ich Ihnen geben - am 5. Oktober morgens um 10:00 Uhr angerufen; um 11:45 Uhr habe ich ein Fax vom WBK I Küste bekommen; da sind alle Personalstärken, die Sie gebraucht hätten. Ich habe immer gedacht, dass die Opposition zur Kontrolle der Regierung da ist und sich nicht zurücklehnt und wartet, bis sie ein Ergebnis von der Regierung bekommt. Ich bin etwas verunsichert über Ihre Arbeitsweise; ich habe Sie immer sehr hoch eingeschätzt.

(Beifall bei SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Wo ich Ihnen Recht geben muss, das ist der 31. März. In dem Papier, das am 15. Januar den Landräten und Oberbürgermeistern ausgehändigt worden ist, ist davon die Rede, dass die Stellungnahme bis zum 31. März erfolgen sollte. Dies hat sich durch das Gespräch in Berlin geändert; 15. Februar. Wenn die Regierung unmittelbar danach, unverzüglich einlädt, dann ist das ohne schuldhaftes Zögern. Insofern ist es in Ordnung, wie die Regierung hier handelt, nämlich zeitnah, schnell, aktiv.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen Sie doch sagen, Herr Benker!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile jetzt das Wort Herrn Innenminister Buß.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir nicht vorstellen können, dass die Debatte in Teilen so unsachlich ist und dem Land Schleswig-Holstein so wenig dienlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kayenburg, Ihr Beitrag war ausschließlich destruktiv.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie nichts tun!)

Ich kann mich sehr gut daran erinnern - damals noch in anderer Funktion -, wie damals die Rüge-Reformen liefen. Ich bin als Bürgermeister zwei Mal in Bonn gewesen. Das war ein Herumgerede, Herumgeeiere, wie ich es noch nie erlebt habe. Da kann ich nur bestätigen, was Herr Benker hier gesagt hat: Hier wird dichtgehalten. Deswegen ist zumindest eine gewisse Ordnung in dem Vorgang drin. Dass von Ihnen ständig Gerüchte in die Welt gesetzt werden, ist eine andere Kiste.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das war damals als Bürgermeister! Als Innenminister tun Sie nichts! Das ist das Problem!)

Meine Damen und Herren, wir haben eine völlig veränderte Sicherheitslage und die **Bundeswehr** hat andere Aufgaben. Deswegen muss die **Strukturreform** sein. Das hat die **Weizsäcker-Kommission** deutlich bewiesen. Mehr ist von unserer Seite nicht festzustellen, wir haben nämlich nicht die Zuständigkeit für die Bundeswehr, meine Herren, die Sie hier alle so diskutiert haben. Herr Kubicki, nur von Besuchen und Empfängen bei der Bundeswehr erwirbt man kein militärisches Wissen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gucken wir uns nächste Woche mal an!)

Ich verstehe ein bisschen mehr als Sie davon. - Ja, das können wir gern machen; mit Ihnen diskutiere ich immer gern, wie Sie wissen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie kündigen eine ganze Menge an!)

- Ja, ja.

Meine Damen und Herren, uns muss es darum gehen - aus welchen Gründen auch immer die Bundeswehr umstrukturiert wird -, die Folgen für Schleswig-Holstein so erträglich wie möglich zu halten. Das ist unser gemeinsamer Job.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und wir reden hier stundenlang darüber, ob die Reform vernünftig ist oder nicht, ob sie mit der Rüge-Reform vergleichbar ist oder nicht. Das spielt für uns

**(Minister Klaus Buß)**

doch gar keine Rolle! Wir haben in dem Gespräch mit Verteidigungsminister Scharping, das er uns angeboten und um das er gebeten hat, von ihm aus seiner Sicht Knackpunkte genannt bekommen, zu denen wir Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten haben. Der Ministerpräsidentin anzulasten, dass er uns nicht mehr sagt, ist mehr als lächerlich, Herr Kayenburg.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist mehr als lächerlich. Glauben Sie im Ernst, dass Rüge mir damals mehr gesagt hat? Glauben Sie das im Ernst? Meine Güte, haben Sie eine Ahnung davon, wie Politik läuft!

(Martin Kayenburg [CDU]: Rüge ist auch nicht Ihr Parteifreund! Das ist nun wirklich peinlich! - Lars Harms [SSW]: Rüge ist nichts sagend! - Weitere Zurufe)

- Peinlicher als Sie kann ich gar nicht sein.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ihr Zitat aus dem Innen- und Rechtsausschuss - lassen Sie mich das einmal klarstellen: Ich habe damals, wie übrigens schon im Juli, allen Fraktionen angeboten, sie frühzeitig über die Ergebnisse, die ich aus den ständigen Gesprächen mit General Leder und Präsident Schröder hatte, zu informieren. Beide Herren hatten übrigens nicht mehr Informationen als ich. Wir haben mühselig versucht, das zusammenzustückeln, was wir immer auf dem kleinen Dienstweg irgendwo erfahren haben. Das habe ich frühzeitig den zuständigen Fraktionsprechern mitgeteilt. Jeder, der dabei war, kann das bestätigen.

Ich habe dann dem Innen- und Rechtsausschuss angeboten, Frau Schwalm, über meine Ergebnisse zu berichten. Das habe ich in der von Ihnen genannten Ausschusssitzung getan. Herr Schlie hat mich dann gebeten - das war kein Antrag -, die Daten mitzuteilen, die ich bei Präsident Schröder ermittelt und mitgeteilt habe. Ich weiß nicht, was daran zu kritisieren ist.

Völlig richtig ist, was hier zum Gelände- und Liegenschaftsverkauf angesprochen worden ist. Da wird ein Problem entstehen. Wir hatten zwar vorher sehr schleppende Vorgänge, aber wir hatten immer noch die Chance, Preisnachlässe zu bekommen. Jetzt hat die Bundeswehr die GEBB gegründet, eine Gesellschaft, die die Verkäufe der Liegenschaften allein unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten vornehmen soll. Das wird zwar möglicherweise schneller gehen, möglicherweise aber auch nachteiliger sein für die Kommunen. Das wissen wir und wir denken über Modelle nach, wie wir das eventuell auffangen kön-

nen. Auch da brauchen wir Ihre Hilfe, allerdings wirklich Ihre Hilfe und nicht destruktive Wortbeiträge.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Meine Damen und Herren, wir haben nach den Gesprächen mit dem Verteidigungsminister, weil uns die Frist neu genannt worden war, wie Herr Benker gerade eben erklärt hat, sofort wieder die Vertreter der Kommunen eingeladen, um mit ihnen die neue Lage zu erörtern. Schneller kann man nicht handeln. Wir versuchen alles, um bis zum 15. Februar alle möglichen Argumente zusammenzutragen und dem Verteidigungsminister zusammengefasst mitzuteilen. Das ist das, was wir als Landesregierung leisten können.

Wir können wahrscheinlich nicht leisten, ein Programm bei der Bundesregierung zu erzwingen, das es uns ermöglicht, im Rahmen der Konversion Geldleistungen zu erbringen. Da wird sich die Bundesregierung ganz locker zurücklehnen und sagen: Ach, wisst Ihr, das machen wir genauso wie die Bundesregierung damals. Die hat das ja bekanntlich auch nicht getan.

(Martin Kayenburg [CDU]: Haben wir auch nicht gefordert!)

Wir werden als Landesregierung vermutlich so entscheiden, dass die besonders betroffenen Kommunen, wenn wir sie denn kennen, genau wie damals vorrangig aus den vorhandenen Programmen bedient werden. Aus meiner früheren Erfahrung als Bürgermeister einer besonders betroffenen Stadt kann ich Ihnen noch sagen, dass das sehr gut gewirkt hat. Die Stadt Eckernförde, in der ich Bürgermeister war, hat davon sehr profitiert. Wir werden alles tun, dass es ähnlich abläuft wie damals. Mehr kann man nicht tun und - ich sage das noch einmal - man kann es nur tun, wenn Sie es unterstützen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Zu einem Kurzbeitrag nach § 58 Abs. 2 hat Herr Abgeordneter Maurus das Wort.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Minister Buß, deutlicher und klarer, als Sie es eben getan haben, kann man die eigene Hilflosigkeit nicht darstellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben ein Kurzzeitgedächtnis, das seinesgleichen sucht. Am 1. September haben wir Sie und die Mini-

(Heinz Maurus)

sterpräsidentin in diesem Hause aufgefordert, sich für den **Bundeswehrstandort Schleswig-Holstein** stark zu machen. Wir haben Sie aufgefordert, sich für die Eckpunkte, die wir hier genannt haben, einzusetzen, nämlich die Wehrbereichsverwaltung, das Wehrbereichskommando und die Panzerbrigade 18. Während die Niedersachsen - das wissen wir sehr genau - bereits in dieser Vorphase permanent am Ball waren, hat man in Schleswig-Holstein noch ruhig gewartet, sich da und dort vielleicht einmal bei den Militärs informiert, von denen Sie eben sagten, dass sie selbst auch nicht mehr wussten, aber war politisch nicht so tätig wie der Ministerpräsident des Nachbarlandes.

Sagen Sie es doch, geben Sie es doch zu, wie es im Innen- und Rechtsausschuss war! Wir haben Sie doch zum Jagen getrieben! Wir haben Sie gebeten, die Stationierungszahlen der Soldaten und zivilen Beschäftigten aufzuzeigen. Nachdem Sie diese Schularbeiten mit Umdruck 15/543 am 25. November geleistet hatten, haben wir noch einmal nachgeschoben - da war ich selbst mit im Ausschuss -, uns auch noch die Wirtschaftsdaten zu besorgen. Die liegen mittlerweile vor. Das Ganze und die Argumentation, die Sie mitgeliefert haben, zeigt, dass Sie nicht so am Ball sind, wie Sie hätten am Ball sein müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will hier gar nicht weiter kritisieren, ich will Ihnen einen kleinen Fahrplan aufzeigen, nach dem Ihre Regierung, Frau Ministerpräsidentin, vielleicht einmal vorgehen sollte, um etwas Konzeption in diese ganze Geschichte hineinzubekommen. Jeder, der mit Standortangelegenheiten zu tun hat und schon einmal betroffen war - das ist das Gleiche, was die Kreise jetzt, so hoffe ich, überall machen -, muss erst einmal zurückschauen: Wo sind früher Reduzierungen, Schließungen in der Region, in Teilregionen durchgeführt worden, Beschreibung des Istzustandes? Wie sehen die volkswirtschaftlichen Aspekte aus, Strukturdaten, Zahl der Beschäftigten, Kaufkraft, Möglichkeit der Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen, Arbeitslosenquote und so weiter?

Der nächste Punkt: Verwertbarkeit der Liegenschaften, Situation auf dem Immobilienmarkt, Hemmnisse für die Verwertung. Sie haben es eben deutlich gesagt. Sie glauben, dass sich die Situation bei der Verwertung von **Bundeswehrliegenschaften** noch verschärfen wird. Ich war auch zehn Jahre lang Bürgermeister in einer Konversionsgemeinde und habe mich bis zu meinem Wechsel in den Landtag mit der Bundesfinanzverwaltung herumgeschlagen, um eine vernünftige Konversionsmaßnahme hinzubekommen. Sie wissen doch genau, wie es aussieht. Wertermittlungsverfahren und Streit, das geht zu wie auf einem türkischen Basar.

Auch der Rahmen ist problematisch, weil die Wertermittlung auf Grundlage des Baugesetzbuches durchgeführt wird. Die Preise, die dort erzielt werden, sind - ich nehme einmal meine Heimatinsel Sylt - horrend. Kommunen können da überhaupt nicht mehr einsteigen. Dazu kommt ein weiteres Problem: Der Bundesverteidigungsminister finanziert seine Reform zum Teil durch die Veräußerung von Liegenschaften. Das heißt, dass die Reform nur gelingen kann, wenn entsprechende Liegenschaftserlöse da sind. Mir graut vor dem, was uns da erwartet.

(Glocke der Präsidentin)

Zum Schluss skizziere ich noch einige Punkte: Eine Rolle spielen weiterhin soziale, betriebswirtschaftliche und militärische Aspekte, Katastrophenschutz- und Sicherheitsaspekte und Angaben zu möglichen Vergleichs- und Konkurrenzstandorten, die Sie natürlich erst dann haben, wenn Sie die Standorte kennen. Ich hoffe, dass die Kreise, die von Ihnen - übrigens erst, nachdem die Diskussion von uns angestoßen wurde - angeschrieben wurden, tatsächlich auch konzeptionell so vorgehen. Ansonsten ist das, was Sie bis zum 15. Februar geleistet haben wollen, nicht zu machen. Ich kann Ihnen nur mit auf den Weg geben: Krempeln Sie die Ärmel hoch, gehen Sie jetzt wirklich mit voller Kraft voran!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Der Antrag zielte darauf, dass heute ein Bericht gegeben wird. Dieser Bericht wurde gegeben und diskutiert. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich jetzt die Besuchergruppe des Seniorenbeirats Heikendorf.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landeswassergesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/642 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung. Herr Abgeordneter Jacobs hat das Wort.

(Unruhe)

- Ich weise darauf hin, dass die Landtagssitzung fortgesetzt wird.

**Helmut Jacobs [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von der Bundeswehr kommen wir jetzt zum Thema Wasser. Vor genau einem Jahr hat der Landtag die Novelle des Landeswassergesetzes verabschiedet. Das Gesetz trat am 1. März 2000 in Kraft und ist im Lande überwiegend positiv aufgenommen worden, weil Genehmigungspflichten zurückgeführt, Verwaltungsverfahren vereinfacht und Teile der Funktionalreform eingearbeitet worden sind. Es wurden allerdings Verfahrensregelungen von Ausgleichsansprüchen bei Wasserschutzgebietsausweisungen aus dem Gesetz herausgenommen.

Seit 1999 sind 15 **Wasserschutzgebiete** mit landwirtschaftlichen Regelungen zum Schutz der Trinkwasserversorgung unserer Bevölkerung erlassen worden. Fast alle diese Verordnungen enthalten Vorschriften, die eine Bewirtschaftung der Flächen in den Schutzgebieten einschränken, um eine Verschmutzung des Grundwassers durch Pflanzenschutzmittel oder Nitrate zu verhindern. Die Landwirte haben einen Anspruch auf einen angemessenen Ausgleich der wirtschaftlichen Nachteile, die ihnen aus diesen Bestimmungen erwachsen. Bisherige Regelungen haben sich als umständlich erwiesen und dauerten sehr lange, weil hohe Beweisanforderungen gestellt werden mussten. Um die Akzeptanz der Wasserschutzgebietsverordnungen bei den Landwirten zu erhöhen, sollte das Verfahren zur Abwicklung der Ausgleichsansprüche vereinfacht werden.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz wurde dem Umweltministerium die Ermächtigung erteilt, durch eine Verordnung Vorschriften zu erlassen, die die Ausgleichsansprüche schlank und zügig abwickeln lassen. Des Weiteren wurde im Änderungsgesetz geregelt, dass die wesentlichen derzeit geltenden landesrechtlichen Vorschriften für das Ausgleichsverfahren mit Wirkung zum 1. Januar 2001 außer Kraft treten. Es sollte zur Neuregelung des Ausgleichsverfahrens in Schleswig-Holstein noch im Jahre 2000 eine Verordnung erlassen werden.

Durch die im August 2000 auf den Weg gebrachte Verordnung wird zum Beispiel ein pauschales Ausgleichsverfahren eingeführt und Beweisanforderungen an Anspruchsberechtigte werden im Pauschalverfahren verringert. Nach der Verbandsanhörung musste der Entwurf der Landesverordnung der Europäischen Kommission zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden. Da das so genannte Notifizierungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist, bestehen seit dem 1. Januar 2001 keine gesetzlichen Regelungen, an

denen sich die Verfahrensbeteiligten orientieren können.

Als problematischer Aspekt kommt hinzu, dass durch das Änderungsgesetz zum Landeswassergesetz eine Regelung eingeführt wurde, nach der die Ausgleichsansprüche erlöschen, wenn sie nicht bis zum 1. Februar geltend gemacht worden sind. Um den damit verbundenen Ärger zu vermeiden und um keinen rechtsfreien Raum zu haben, muss eine Gesetzesänderung her, die es den Anspruchsberechtigten erlaubt, rechtzeitig ihre Ansprüche geltend zu machen. Es müsste vorübergehend für ein Jahr die alte Regelung wieder hergestellt werden. Das ist der Sinn dieser von uns eingebrachten Kleinstnovelle.

Wenn Ihnen heute eine Vorlage vorliegt, auf der „neu“ steht, dann liegt dies ganz einfach daran, dass es in der alten Vorlage hieß: „... wird folgender Absatz 2 angefügt“. Richtig heißt es: „... wird folgender Absatz 5 angefügt“. Das wurde korrigiert.

Ich bitte um Überweisung des Gesetzentwurfs an den Umweltausschuss.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Sassen das Wort.

**Ursula Sassen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Gegensatz zu meinem Kollegen Jacobs möchte ich nicht auf den Inhalt der Verordnung eingehen, die schon in Brüssel ist. An der können wir eh nichts mehr ändern. Eine umsichtige Landesregierung zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass sie Gesetze und Verordnungen im dafür notwendigen zeitlichen Rahmen vorlegt, um Vorlaufzeiten und unvorhergesehene Ereignisse abfedern zu können. Die Tatsache, dass wir heute erneut das **Landeswassergesetz** ändern müssen, legt dar, wie wenig umsichtig diese Landesregierung in diesem Punkt war.

Wenn lange genug bekannt ist, dass am 1. Januar 2001 eine Verordnung, die der Notifizierung durch Brüssel bedarf, ihre Gültigkeit verliert, dann kann man den Entwurf einer neuen Verordnung nicht erst im August - nur vier Monate vorher - auf den Weg bringen. Unter Zeitdruck lässt sich nicht sorgfältig arbeiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies hat fast genau vor einem Jahr der Kollege Storjohann bei der letzten Novellierung des Landeswassergesetzes mit „provisorischer Flickschusterei“ kommentiert. Dem möchte ich mich heute anschließen. Jetzt wird eine erneute Änderung nur deshalb erfor-

(Ursula Sassen)

derlich, weil ein frühzeitiger Termin für die Vorlage des Entwurfs einer Verordnung über Ausgleichszahlungen in Wasserschutz- und Überschwemmungsbereichen verschlafen wurde.

Die Zeitschiene wurde falsch eingeschätzt - und die Schuld hat Brüssel.

Hat das Umweltministerium das schleppende **Notifizierungsverfahren** nicht doch geahnt? Wie sonst ließe sich erklären, dass zum Beispiel beim Schnellschuss der Oberflächenwasserabgabe keine Ausnahmeregelungen für Betroffene zugelassen wurden?

(Lars Harms [SSW]: Das war wohl durchdacht!)

Diese hätten nämlich vermutlich ebenfalls einer Prüfung und der Genehmigung durch die Europäische Kommission in Brüssel bedurft. Auch bei der OWAG war man unter Zeitdruck und wusste sehr wohl, dass ein langwieriges Notifizierungsverfahren den zu verabschiedenden Haushalt 2001 gefährdet hätte.

Nun also wendet sich das Umweltministerium mit einem umfangreichen Bittgesuch am 12. Januar an alle Fraktionen, die Kleinstnovelle einzubringen und zu unterstützen, damit den Landwirten keine unnötigen wirtschaftlichen Nachteile entstehen.

Nun, wer würde dieser Bitte nicht gern nachkommen wollen, wenn es um die Landwirtschaft geht? - Dennoch: Dem Zeitdruck bei der Novellierung des Landeswassergesetzes im Januar vergangenen Jahres und der viel zu späten Vorlage der neuen Ausgleichsverordnung setzt der vorliegende Gesetzentwurf, der ja nun schon korrigiert wurde, die Krone auf. Denn es ist den Antragstellern doch tatsächlich gelungen, in ganzen neun Zeilen eben diesen Fehler einzubauen, der nun berichtigt wurde, indem unter Artikel 1 Nr. 2 ein Absatz 2 angefügt werden sollte, obgleich schon vier Absätze vorhanden sind.

Also: Weniger Hektik, mehr Sorgfalt!

(Lars Harms [SSW]: Das ist zugunsten der Landwirtschaft! Da kann man ruhig einmal hektisch sein!)

Aber um den von Ihnen selbst herbeigeführten rechtsfreien Raum zu beenden und Nachteile für die Betroffenen auszuschließen, werden wir dem zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Holger Astrup [SPD]: Das freut uns!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Jacobs, den Sachverhalt haben Sie ordentlich dargestellt. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Allerdings muss ich Ihnen sagen: Dieses kleine Gesetzentwürfchen als Novellierung oder als Kleinstnovelle zu bezeichnen, ist wohl ein bisschen neben der Spur. Letztlich handelt es sich um eine Pannenhilfe.

Schleswig-Holstein macht mit grünen Umweltministern in mancher Beziehung nicht so gute Erfahrungen. Ich erinnere an einige Pannen wie zum Beispiel die „Pallas“, die uns sehr teuer gekommen ist. Ich erinnere an die eiligsten Nachbesserungen beim Nationalparkgesetz, die auch noch nachgeschoben werden mussten. Nun haben wir eine weitere beim Landeswassergesetz. Damit es noch ein bisschen härter kommt, wird der Gesetzentwurf noch einmal korrigiert, weil man in den fünf Zeilen immer noch zwei Fehler machen kann - Entschuldigung, Herr Jacobs, es war nur ein Fehler. Aber wir wollen das nicht so krumm nehmen.

Trotzdem wirft es natürlich ein paar Fragen auf. Ich frage mich, was in Ihrem Ministerium, Herr Müller, als langfristige Vorbereitung beziehungsweise zügige Durchführung eines Ordnungsverfahrens verstanden wird. Ich kann es nicht wissen. Es ist nicht deutlich geworden.

Waren Ihrem Ministerium vor diesem Verfahren die üblichen Prüfungszeiten für das Notifizierungsverfahren bei der EU überhaupt bekannt? Wenn nicht, warum nicht? Wieso - diese Frage richtet sich eigentlich an Sie, Herr Umweltminister Steenblock -, haben Sie ein Gesetz verkünden lassen

(Heiterkeit)

- wenn Frau Ministerin Franzen das kann, kann ich das auch -, wenn überhaupt nicht sicher war, dass die das Gesetz begleitende **Verordnung** rechtzeitig in Kraft treten würde? Wann, Herr Minister Müller, rechnen Sie denn nun damit, dass die Verordnung endlich genehmigt wird? Vielleicht müssen wir nächstes Jahr wieder ein Reperaturgesetz beschließen, weil die Genehmigung immer noch nicht vorliegt.

Nichtsdestoweniger schließe ich mich den Ausführungen meiner Kollegin Sassen an. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Holger Astrup [SPD]: So schlecht kann er doch nicht sein!)

- Es geht nicht um schlecht!

(Jutta Schümann [SPD]: Wieso?)



**(Dr. Christel Happach-Kasan)**

Gleichwohl möchte ich eine ihrer Bemerkungen aufgreifen. Es ist schon interessant, dass es keine **Ausnahmetatbestände** bei der Oberflächenwasserabgabe geben soll. Es mag doch etwas damit zu tun haben, dass man inzwischen weiß, dass Notifizierungsverfahren etwas länger brauchen.

Auch wenn Kollege Harms als Mitglied einer Regierungsfraktion hier sagt, das sei alles ganz anders und absolut so gemeint, muss ich ihm eindeutig widersprechen.

Also: Die F.D.P.-Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Steenblock.

(Konrad Nabel [SPD]: Redest du auch noch?)

**Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das freut mich aber, Frau Happach-Kasan, dass Sie auch zustimmen werden. Wir sind nämlich in der Sache überhaupt nicht auseinander. Dass an dieser Stelle Verfahrensdebatten hochgezogen werden, für die „Pepita“ überhaupt kein Stichwort mehr ist, ist zu erwarten. Dass wir uns in der Sache einig sind, tröstet mich über diese Debatte ein bisschen hinweg.

Ich möchte dazu eigentlich nur eine Anmerkung machen. Wenn Sie sich in das Verfahren hineinbegeben, stellen Sie fest, dass überhaupt nicht sicher ist, ob ein Notifizierungsverfahren überhaupt notwendig ist. Es gibt eine Reihe von Bundesländern, in denen weder SPD noch Grüne regieren, in denen eine Notifizierung für so etwas nicht durchgeführt wird beziehungsweise in denen die Landesregierungen der Auffassung sind, dass diese Notifizierung nicht notwendig ist.

Ich halte es für vernünftig, dass sich die Landesregierung dafür entschieden hat, hier lieber auf der sicheren Seite zu sein, noch einmal in dieses Verfahren hinein geht, um Probleme, die andere Landesregierungen sehenden Auges in Kauf nehmen, nicht zu haben. Deshalb begrüßen wir, dass das gemacht wird.

Dass es in **Brüssel** manchmal etwas länger dauert, wissen wir aus anderen Verfahren auch. Das ist an dieser Stelle sicherlich hinzunehmen, wenn man eine saubere Regelung bekommt, die wir in diesem Haus alle gemeinsam - darüber bin ich froh - wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Sehr gut!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Harms.

(Holger Astrup [SPD]: Unser Regierungssprecher!)

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auf das uns vorliegende Schreiben des Umweltministeriums vom 12. Januar hinweisen, in dem dezidiert dargelegt wird, warum die Gesetzesänderung nötig ist. Es ist uns schon vorher zugegangen.

Darüber hinaus verweise ich auf die Ausführungen des Kollegen Jacobs. Es ist egal, ob das Land oder die **EU-Kommission** die lange Laufzeit für die geplante Ausgleichsverordnung zu verantworten hat. Das Umweltministerium hat im Sinne der Betroffenen reagiert und uns mithilfe der Regierungsfaktionen einen Lösungsvorschlag unterbreitet. Dies ist zu begrüßen. Daher sollten wir uns kleinkrämerische Diskussionen hierzu verkneifen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Herr Minister Müller.

(Heinz Maurus [CDU]: Genauso kurz!)

**Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine der schnellsten Debatten, die ich hier erlebt habe. Ich will mich da einreihen. Die Notwendigkeit der Gesetzesänderung liegt darin, dass Landwirte, die Flächen in Wasserschutzgebieten bewirtschaften und deshalb Einschränkungen hinnehmen müssen, hierfür einen wirtschaftlichen Ausgleich erhalten. In der Zielsetzung sind sich deshalb wohl alle Fraktionen einig.

Ich will nur kurz auf die Fragen eingehen, die gestellt worden sind. Es ist mir nicht unbedingt angenehm, hier heute zu diesem Punkt reden zu müssen. Es ist nicht so, dass wir das unbedingt gewollt haben. Trotzdem glaube ich nicht, dass es sich um eine Verantwortung oder eine Schuld im **Umweltministerium** handelt. Herr Steenblock hat vorhin auf das Problem hingewiesen. Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern vertreten explizit die Auffassung, dass eine Notifizierung nicht erforderlich ist. Sie sehen also: Es geht quer durch die Republik.

(Minister Klaus Müller)

Wir sind im August davon überrascht worden, dass sich drei Bundesländer, nämlich Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen, entschieden haben zu notifizieren. Danach hat auch der Bund signalisiert: Tut es doch, ihr seid auf der sicheren Seite. Das haben wir jetzt auch gemacht. Das Problem ist: Man weiß nie so ganz genau, wie lange das in Brüssel tatsächlich dauert.

Um auch gleich die zweite Frage zu beantworten: Wir gehen davon aus, dass wir mit der Gesetzesänderung dann auch durch sind, das heißt, dass wir im Laufe dieses Jahres dann auch eine Zustimmung bekommen. Ich will aber nicht verschweigen, dass das Notifizierungsverfahren für die Regelung in Bayern bereits seit gut einem Jahr läuft. Das hat nichts damit zu tun, dass die bayerische Staatsregierung an dieser Stelle irgendwie geschlampt hätte, sondern daran, dass wir an dieser Stelle mehr Probleme in Brüssel haben. Wir gehen aber davon aus, da die Fragen, die uns die EU-Kommission inzwischen gestellt hat, mehr darauf aus sind, ob wir eine Überkompensation für die Einbußen der Landwirte zahlen, dass die Zeitspanne reicht. Ich hätte an dieser Stelle eher die Kritik erwartet, dass die Zahlungen zu gering sind. Ich hoffe, dass die Zustimmung aller Fraktionen zu dieser Gesetzesänderung erfolgt und wir uns nicht ein weiteres Mal damit beschäftigen müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Umweltausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/649

Ich erteile Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

**Holger Astrup [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke allen, die bei der **Änderung des Landeswassergesetzes** mit diskutiert haben, für die

Vorsorge, die dazu führt, dass wir langsam wieder in den Zeitplan kommen. Das ist ja etwas Erfreuliches.

Ich werde versuchen, mich zu dem Tagesordnungspunkt, den wir im Moment diskutieren, kurz zu fassen. In der Drucksache 15/649 machen Ihnen alle Fraktionen den Vorschlag, den § 13 des Abgeordnetengesetzes des Landes Schleswig-Holstein in den Absätzen 1 bis 3 zu ändern. In diesem § 13 des Abgeordnetengesetzes geht es um die Wegstreckenentschädigung für Abgeordnete bei dienstlich veranlassten Fahrten im eigenen PKW. Hintergrund der Anpassung, die wir Ihnen vorschlagen, ist die Tatsache, dass mit Wirkung zum 1. Januar dieses Jahres auf der Grundlage der Beschlüsse der Bundesregierung für alle Arbeitnehmer - in diesem Zusammenhang sind sogar wir Arbeitnehmer - die Wegstreckenentschädigung von 52 Pf auf 58 Pf pro Kilometer, also um zirka 11 %, angehoben wurde. Wir haben in unserem Vorschlag gemeinschaftlich beschlossen - nachdem wir alle Landesmitarbeiterinnen und -mitarbeiter durch den Erlass des Finanzministers vom 14. Dezember des vergangenen Jahres beglückt haben und nachdem wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fraktionen ab 1. Januar dieses Jahres ebenfalls beglückt haben - uns nunmehr selbst zu beglücken.

(Heiterkeit)

Ich gehe davon aus, dass wir wie alle anderen Beteiligten auch in Sorgfalt darüber nachgedacht haben, wie wir uns auf das Niveau aller anderen in dieser Frage heben können. Nun schlagen wir Ihnen, wie gesagt, vor, dies auf diese Art und Weise zu tun.

Ich weise ganz ausdrücklich darauf hin, dass es zumindest in einem anderen Bundesland leider so abgelaufen ist, dass man sich einen höheren Ausgleich bewilligt hat, bevor die Allgemeinheit diesen erhalten hat. Dies haben wir in Schleswig-Holstein noch nie getan und ich lege großen Wert darauf - ich glaube, einig mit allen anderen -, dass dies auch nie geschehen wird.

Ich empfehle, den Gesetzentwurf den zuständigen Ausschüssen zu überweisen, in diesem Fall dem Innen- und dem Finanzausschuss. Ich hoffe auf eine einhellige Verabschiedung und darauf, dass sich alle anderen Beteiligten bei den nächsten Tagesordnungspunkten entsprechend kurz fassen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich danke Herrn Abgeordneten Astrup. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)**

um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

**Einwilligung in die Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft Schloss Plön**

Antrag des Ministers für Finanzen und Energie

Drucksache 15/658

Das Wort zur Begründung wird von Herrn Minister Möller gewünscht. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben bereits im Dezember hier im Landtag über den Verkauf des Plöner Schlosses ausführlich diskutiert. Heute geht es um den konkreten Verkaufsantrag. Im Grundsatz ist dem Verkauf schon durch den Haushalt zugestimmt worden. Im Dezember ist lange darüber diskutiert worden, dass die Wirtschaftlichkeit dieser Liegenschaft wiederholt vom Rechnungshof angemahnt worden ist. Trotz der Verkleinerung des Internats und der damit einhergehenden Kapazitätsverringerung und trotz der im Bundesvergleich niedrigen Gebühren konnte das Internat nie voll ausgelastet werden. Außerdem konnten die Kosten für den Internatsbetrieb nicht wesentlich gesenkt werden. Es gibt eben eine Grundlast von Kosten. Deshalb hat das Parlament die Ministerin gebeten, ein Konzept zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit vorzulegen. Es begann eine intensive Diskussion um die Zukunft des Schlosses.

Die Bildungsministerin hat dabei ergebnisoffen verschiedene Modelle geprüft, die - um das Ergebnis gleich zu nennen - insgesamt keine Gewähr dafür boten, das Internat tatsächlich dauerhaft auszulasten - ich denke, das ist ganz wichtig - und trotz Gebührenerhöhung weitestgehend kostendeckend zu betreiben. Die Prüfung hat gezeigt, dass der wirtschaftliche Betrieb nach Maßgabe der Empfehlungen auch des Rechnungshofes nicht möglich war. Darüber hinaus besteht ein erheblicher Sanierungsbedarf für das **Plöner Schloss**, der neben dem laufenden Zuschuss ansteht und der noch in keiner Haushaltsplanung veranschlagt ist. Daraufhin hat die Landesregierung auf der Basis eines konkreten Kaufangebotes entschieden, das Internat zu schließen und die Liegenschaft zu veräußern. Käufer ist die Fielmann-Akademie, die dort in gemeinnütziger Trägerschaft eine überregionale überbetriebliche Schulungseinrichtung errichten will, die insbesondere der Fortbildung der Mitarbeiter der Augenoptik dienen soll.

Die künftige Nutzung des Plöner Schlosses durch die **Fielmann-Akademie** bedeutet nicht nur eine Verbesserung des Qualifizierungsangebots in Schleswig-Holstein, sondern schafft auch bundesweit ein neues attraktives Angebot.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie ist Teil der Bildungsinitiative des Landes!)

Aufgrund des überregionalen Einzugsgebiets der neuen Einrichtung werden in der Region Plön deutlich mehr als 10.000 zusätzliche Übernachtungen erwartet, die mehr Kaufkraft für Plön und das Umland auslösen und die dadurch insbesondere im Dienstleistungssektor direkt oder indirekt zusätzliche Arbeitsplätze schaffen werden.

Unter Berücksichtigung des bisher noch unvollständig geprüften Bau- und Erhaltungszustandes durch die Fielmann AG ist eine Bruttoinvestition von 34 Millionen DM allein im Schloss vorgesehen. Dazu kommen noch Aufwendungen für neue Übernachtungskapazitäten. Wir haben im Finanzausschuss schon darüber beraten, dass es richtig ist, im kommenden Monat auch konkrete Verhandlungen darüber aufzunehmen, ob Fielmann gegebenenfalls auch das Finanzamt kauft. Voraussetzung dafür ist, dass wir ein wirtschaftliches Alternativangebot haben.

Der Wirtschaftsminister wird, wenn die Fördervoraussetzungen erfüllt sind und wenn die Regionalgremien zugestimmt haben, die Akademie in gemeinnütziger Trägerschaft in einer Höhe von 50 % fördern, und zwar aus den bekannten Programmen.

Das Land wird für das Schloss einen Kaufpreis von 7 Millionen DM erhalten. Dieser soll nach dem Beschluss des Landtagsausschusses ausschließlich kulturellen Zwecken zufließen. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genannt sind das Landeskulturzentrum Salzbau, Schloss Gottorf, soziokulturelle Zentren, die Aufstockung des Kapitals für die Kulturstiftung - also alles investive Aufgaben. Der Kaufpreis wurde auf der Grundlage der durch die GMSH aktuell erstellten Wertgutachtens im so genannten Ertragswertverfahren ermittelt. Die Ableitung des Verkehrswertes aus dem **Ertragswert** findet immer dann Anwendung - das entspricht den allgemeinen Wertermittlungsrichtlinien und der hinlänglichen Praxis - wenn es sich, wie in diesem Fall, um eine Immobilie handelt, die zur Vermietung oder Verpachtung zur Erwirtschaftung eines Ertrages herangezogen werden kann. Entscheidend ist daher der Ertragswert, nicht der Sachwert.

(Minister Claus Möller)

Aus dem Gutachten ergibt sich ein Ertragswert von 7,3 Millionen DM. Einzelheiten der Berechnung und der Wertfeststellung bitte ich dem Wertgutachten zu entnehmen. Wir hatten im Finanzausschuss ja den Fraktionen angeboten, das Wertgutachten einzusehen. Davon ist ausführlich Gebrauch gemacht worden. Die geringe Abweichung des vorgesehenen Kaufpreises vom festgestellten Ertragswert halte ich für vertretbar, weil der Erwerber erstens zugesagt hat, über das normale Maß hinaus gehende zusätzliche Mittel für die Denkmalpflege zu investieren, zweitens die Liegenschaft weitgehend öffentlich zugänglich zu machen und weil es drittens, was den Standort Plön angeht, eine Verbesserung im öffentlichen Interesse darstellt. Daneben besteht auch für das Land - das will ich als Finanzminister nicht verhehlen - ein finanzielles Eigeninteresse an dem Verkauf der Liegenschaft, da dadurch der Landeshaus langfristig entlastet werden kann.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die laufenden Zuschüsse für das Internat, auf die rund 1 Million DM jährlich entfallen, die laufende Bauunterhaltung von rund 100.000 DM im Jahr und die dringendsten **Bauinvestitionen** von rund 4 Millionen DM. Bei diesen Zahlen ist überhaupt noch nicht daran gedacht, dieses Gebäude auch wirklich einmal seiner Bedeutung als Kulturdenkmal denkmalpflegerisch „nachzurüsten“.

Ich denke, das ist rundum ein vernünftiges Konzept, ein vernünftiger Preis. Ich bitte Sie, dem Verkauf zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Arp.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und von Minister Claus Möller - Glocke der Präsidentin)

- Ich muss noch einmal darauf hinweisen: Auch wenn Sie provoziert werden, Herr Minister: Äußerungen von der Regierungsbank sind leider nicht zugelassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber gelegentlich erwünscht, Frau Präsidentin!)

Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich auch von dieser

Stelle aus meinem Freund und Fraktionskollegen Reinhard Sager die herzlichsten Genesungswünsche übermitteln.

(Beifall)

Eigentlich sollte der Kollege Sager für die CDU-Fraktion zu diesem Thema reden. Eine schwere Erkältung hat ihn jedoch sprachlos gemacht und zwingt ihn leider, zu Hause zu bleiben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie werden ihn angemessen vertreten! Da bin ich sicher! - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

- Schönen Dank, dass Sie mir so viel Selbstvertrauen geben. Seien Sie sicher.

Herr Minister, allein um das Selbstverständnis dieses Hauses willen ist es uns ganz wichtig, dass wir hier und heute über den Verkauf des Schlosses Plön diskutieren. Bei der Haushaltsberatung sah es ja zum Teil etwas anders aus. Immerhin handelt es sich nicht um irgendeine unbedeutende Immobilie, sondern um einen der größten Profanbauten in Schleswig-Holstein von erheblicher landesgeschichtlicher Bedeutung, aber auch von erheblicher lokaler Bedeutung.

In Ihrer Aussage im Finanzausschuss - und eben wieder, Herr Möller - haben Sie gesagt, 7 Millionen DM seien doch ein ganz ordentlicher und angemessener Preis, mit dem Sie gut leben könnten. Dabei haben Sie aber zur Wertermittlung lediglich ein Gutachten der GMSH als Grundlage gehabt. Wir meinen, das ist ein bisschen wenig.

Diese Landesregierung, die normalerweise für alles und jedes mehrere **Gutachten** erstellen lässt - zu viel unwichtigeren Fragen als zu dieser -, muss sich doch die Frage gefallen lassen, warum sie sich nicht eines freien, unabhängigen Gutachters bedient hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weil nicht mehr herausgekommen wäre!)

Der Zeitdruck bei der Entscheidung kann nicht ausschlaggebend gewesen sein; denn freie Gutachter arbeiten auch nicht schneller oder nicht langsamer als die Mitarbeiter der GMSH.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Frage, warum der Käufer kein eigenes Gegengutachten aufstellen ließ, bedeutet doch nur, dass er von Anfang an mit der Höhe des Preises und Ihrem Gutachten einverstanden war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der hatte doch keine Alternative!)

(Hans-Jörn Arp)

Nach Einsichtnahme in das Gutachten - ich habe dieses Gutachten eingesehen - komme ich zu dem Ergebnis, dass dieses Gutachten ein reines Gefälligkeitsgutachten ist. In einer solchen Lage gibt es in Schleswig-Holstein wenig Vergleichbares. Bodenpreise in der Lage an dem See von durchschnittlich 80 DM für Bauland am Schloss und am Maschinenhaus zwischen 100 DM und 195 DM in Spitzenlagen für erschlossene Grundstücke sind viel zu niedrig angesetzt. Den Sachwert der Immobilie zunächst einmal mit 10 Millionen DM anzusetzen und dann einen Abschlag von 50 % zu machen, ist für uns ebenfalls nicht nachvollziehbar.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist auch komisch!)

Umso mehr ist es nicht erkennbar, weil auch kein anderer Anbieter vorhanden war, ob der Preis überhaupt realistisch ist. Wir haben keine **Vergleichsmöglichkeiten**. Das Parlament - wir also - wurde bisher überhaupt nicht beteiligt - weder an den Verhandlungen noch an irgendwelchen Entscheidungen - bis heute nicht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das können Sie auch nicht ernsthaft erwarten!)

- Aber, Frau Kollegin, wir sitzen doch im Finanzausschuss;

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber nur im Finanzausschuss!)

wir sind doch vertrauenswürdig. Man hätte doch schon früher mit uns über das Thema diskutieren können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zumindest weiß ich, wenn ich über Wirtschaft rede, wovon ich rede.

Die zuständigen Abgeordneten aller Parteien - damit meine ich auch die Kollegen der SPD und der F.D.P., wenn sie denn dort Abgeordnete haben -, besonders die Wahlkreisabgeordneten, haben keine Informationen vorab erhalten.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Im Gegenteil! Sie wurden durch Nebelkerzen und Verlautbarungen Ihres Hauses eher verunsichert und abgelenkt. So kam zum Beispiel das Schloss Salzac zur gleichen Zeit ins Gespräch und dann nahm man dies als das kleinere Übel.

Herr Minister, wurden Herrn Fielmann Investitionszusagen gemacht, die zulasten anderer Projekte im Land Schleswig-Holstein gehen?

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Stimmt es, dass aus den Strukturfondsmitteln der K.E.R.N.-Region 20 Millionen DM **Investitionszuschüsse** zugesagt wurden? Ist das wahr?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: 17 Millionen!)

Sind uns alle Zuschusszusagen bekannt oder gibt es noch welche, von denen wir bisher noch gar nicht erfahren haben? Vielleicht gibt es ja noch irgendwelche andere Zuschusszusagen, die in den nächsten Wochen hochkommen werden.

Gibt es weitere Verhandlungen mit dem Käufer wegen anderer Projekte im Kreis Plön?

Also, Sie sehen, es bleiben noch eine Menge Fragen offen.

Aus der Sicht des Finanzausschusses sind wir mit der Vorgehensweise und der Art der Wahrnehmung der **Informationspflicht** durch den Finanzminister nicht einverstanden. Wir erwarten von Ihnen künftig eine größere Kooperationsbereitschaft. Außerdem - das haben wir schon beim letzten Mal angemerkt - wollen wir, dass künftig Verkaufserlöse, die bei Landesliegenschaften erzielt werden, ausschließlich zur Tilgung unserer viel zu hohen Landesschulden dienen. In diesem Fall sollen sie ja in den Fonds Landeskulturzentrum Salzac fließen. Aber in Zukunft - so haben wir es beim letzten Mal gesagt - sollen sie ausschließlich zur Tilgung der viel zu hohen Schulden, die wir haben, dienen.

Wir erwarten ausführliche und überzeugende Informationen in der morgigen Ausschusssitzung des Finanzausschusses. Die Fragen sind noch offen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Kähler.

**Ursula Kähler [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal auf das eingehen, was der Kollege Arp gesagt hat, nämlich etwas dazu sagen, wie der Ablauf des Verfahrens bis zum Jahresende gewesen ist. Wir haben bereits in der Finanzausschusssitzung, aber auch hier im Plenum unsere Argumente eingebracht, dass man solche Verhandlungen, Herr Kollege Arp, natürlich nicht auf dem offenen Markt führt. Und mit Verlaub: Ich möchte als Parlamentarierin auch nicht an der **Vertragsgestaltung** - bis zu dem Punkt, an dem der Finanzausschuss und das Plenum entscheiden müssen - mitwirken; denn das ist Aufgabe der Administration.

(Ursula Kähler)

Nun zu Ihrer Ausführung, was die Spitzenlage dieser Liegenschaft anbetrifft. Die **Liegenschaft** hat sicherlich zum Teil eine Spitzenlage, aber was vor allem die Spitzenlage des Maschinenhauses, das Sie angesprochen haben, angeht, so stellt sich diese Spitzenlage so dar, dass sich das Grundstück 5 m neben der Bahn befindet, dass die Züge dort bremsen und auch anfahren. Insofern ist das also sehr relativ.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nur zwei Mal am Tag!)

- Nein, nein, Herr Kubicki, auch Sie müssten wissen, dass diese Strecke sehr wohl etwas intensiver befahren wird - Gott sei Dank noch. Wir hoffen ja auch, dass das so bleibt.

Aber damit will ich mich heute gar nicht mehr aufhalten. Wichtig für heute ist doch eher festzustellen, dass diese Landesregierung erstens sehr wohl aufgrund der Beschlusslage der Haushaltsprüfgruppe und des Finanzausschusses intensiv und ergebnisoffen verschiedene profilbildende Modelle geprüft hat und dass - zweitens - keines die Gewähr bot, tatsächlich dauerhafte Ent- und Auslastung - zum Beispiel für das Internat - zu gewährleisten.

Ich möchte mich jetzt ausschließlich der Zukunftsperspektive der Region widmen. Die Region und auch die SPD-Landtagsfraktion begrüßen die beabsichtigte Errichtung der Fielmann-Akademie und der Kaufpreis ist, auch wenn Kritiker behaupten, es könne ein höherer Kaufpreis erzielt werden, für unsere Begriffe ein realistischer. Wir dürfen nicht vergessen, das Schloss Plön ist ein eingetragenes Kulturdenkmal; es gibt keine Richtwerte und Vergleichspreise für Schlösser, weil - wie Sie auch wissen -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

schon etliche solcher Liegenschaften für einen symbolischen Preis von 1 DM an Interessenten veräußert wurden und das sogar bundesweit.

Hinzu kommt, dass sich der Käufer verpflichtet, über das normale Maß hinaus zu investieren und zu sanieren und den Zugang für die Öffentlichkeit für kulturelle Veranstaltungen zu garantieren, was mit Sicherheit für den künftigen Nutzer, was die optimale wirtschaftliche Nutzung angeht, zunächst einmal als wertmindernd angesehen werden muss.

Meine Fraktion jedenfalls befürwortet und unterstützt die bisherigen Verhandlungsergebnisse. Das Interesse des Landes, die Attraktivität des Standortes Plön und der Region durch die beabsichtigte Nutzung zu sichern und zu fördern, findet die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion. Wir sind davon überzeugt,

dass der Käufer mit Hilfe des Landes der **Region Plön** eine neue Attraktivität verliehen wird, und wir sollten alles tun, um diesem Projekt im Rahmen der Förder Voraussetzungen zum Erfolg zu verhelfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vergessen Sie bitte nicht, dass die erzielten Einnahmen ausschließlich kulturellen Zwecken zufließen sollen. Das ist insbesondere für das Landeskulturzentrum Salzau und für das Schloss Gottorf von großer Bedeutung.

Der Finanzausschuss ist in der vergangenen Woche auf Wunsch der CDU-Fraktion über den derzeitigen Sachstand informiert worden. Der Herr Finanzminister hatte den Mitgliedern des Finanzausschusses Akteneinsicht in ein aktuelles, durch die GMSH erstelltes Wertgutachten angeboten. Diese Möglichkeit ist meines Wissens von allen Fraktionen genutzt worden. Sollten jetzt wirklich noch Fragen offen sein, können wir diese in der morgigen Sitzung klären, Herr Arp, um Zeitverzögerungen zu vermeiden und übermorgen - hoffentlich gemeinsam - zu einem positiven Ergebnis, was die Verkaufsabschlüsse betrifft, zu kommen.

Ich bitte um Überweisung an den Finanzausschuss.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzminister bittet uns um die Einwilligung in den **Verkauf** eines der bedeutendsten Kulturdenkmäler unseres Landes. Das **Plöner Schloss** soll an den Augenoptik-Konzern Fielmann verkauft werden. Ich persönlich betrachte dies mit einem lachenden und einem weinenden Auge.

Ich schicke vorweg: Die Frage der Gutachterstellung muss eher den Rechnungshof interessieren, und zwar deshalb, weil es auf das Gutachten gar nicht ankommt. Wenn „Papi“ nicht mehr dazubezahlen will, sind wir mit den Verhandlungen schlicht und einfach am Ende.

(Beifall bei SPD und SSW)

Das einzige, was wir kritisieren können, ist die Tatsache, dass es keine offene Ausschreibung der Liegenschaft gegeben hat, weil wir auf diese Art und Weise keinen **Marktpreis** erkennen können. Aber dafür gibt es sicherlich eine gute Begründung, über die wir morgen reden werden.

(Wolfgang Kubicki)

Mein fiskalpolitisches Auge lacht ob der Einnahmen und der Entlastung zukünftiger Landeshaushalte. Mein kulturpolitisches Auge weint, weil diese Entscheidung der kulturpolitische Offenbarungseid der Landesregierung ist.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Landesregierung erklärt nämlich mit diesem Antrag eindeutig: Sie, die Landesregierung, ist nicht in der Lage, die wesentlichen kulturgeschichtlichen Baudenkmäler unseres Landes aus eigener Kraft zu erhalten. Das muss uns alle im Innersten berühren; denn ein **Land**, das seine **Kultur** von Amts wegen aufgibt, verliert seine Identität. Ich erinnere daran - ich komme nachher noch darauf zu sprechen, dass es in unserer Fraktion unterschiedliche Auffassungen gibt -, dass der Kollege Klug zu Recht gefragt hat, ob Brandenburg jemals auf die Idee käme, das Schloss Sanssouci privat zu veräußern.

Die Landesregierung meldet sich damit auch vom Erhalt unseres kulturellen Erbes ab. In ihren Sonntagsreden wird die Ministerpräsidentin weiter von der Bedeutung von Traditionen und des Bewusstseins für die Geschichte schwelgen, aber ihre Taten erinnern mehr an einen Aprilscherz von RSH, der vor einigen Jahren Furore machte: zeitlich begrenztes Sponsoring von Immobilien durch private Investoren und im Gegenzug Nennung der Sponsoren im Gebäudenamen. - Ich wurde selbst dazu befragt, was ich von einer Axel-Springer-Universität in Kiel hielte.

13 Jahre ist die SPD in der Regierungsverantwortung, und in 13 Jahren hat sie es nicht geschafft, die Pflege des Schlosses Plön auf solide finanzielle Füße zu stellen. In den letzten neun Jahren - das muss ich sagen - haben auch die Grünen nichts zur Erhaltung des Schlosses beigetragen, obwohl sie sich doch sonst immer für die Erhaltung von allem Möglichen, insbesondere von Kulturdenkmälern, aussprechen.

Dass gerade mich das nicht wundert, sollte Sie nicht überraschen. Das Ganze ist ein weiterer Stein in dem großen Mosaik der finanzpolitischen Unfähigkeit unserer Landesregierung. Ich frage mich allerdings, mit welchem moralischen Recht die Landesregierung weiterhin von privaten Eigentümern Anstrengungen für den Erhalt von Denkmälern einfordern kann.

Herr Finanzminister, wir sollten bei aller Freude über den Kaufpreis nicht so tun, als sei es ein Akt der Barmherzigkeit von Herrn Fielmann, das Land Schleswig-Holstein vom Plöner Schloss zu entlasten, und als seien es Investitionen aus seiner - privaten - Tasche. Drei Viertel des gesamten **Investitionsvolumens** werden über kurz oder lang von der **öffentlichen Hand** bezahlt, entweder durch unmittelbare Zuwei-

sung von Fördermitteln oder über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten - bei den Baudenkmalern über § 10 i, bei den anderen gegen Verrechnung. - Ich beklage das nicht, aber man sollte jetzt nicht so tun, als sei das ein großer Gnadenakt und als müssten wir alle uns darüber freuen, dass hier jetzt Investitionen getätigt werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Diskussion über die Rentabilität und den Erhalt des Internats im Schloss sollte uns nicht ablenken vom Versagen der Regierung bei ihren Verpflichtungen im **Denkmalschutz**. Ich denke, niemand von uns glaubt ernsthaft, dass die Denkmalpflege des Schlosses aus den Einnahmen des Internatsbetriebes jemals hätte bezahlt werden können und dürfen. Die Schüler des Internats sind nur die Bauernopfer in diesem Spiel.

Die Ministerpräsidentin wird uns den Verkauf des Schlosses Plön weiterhin als strategische kulturpolitische Offensive verkaufen - in Wirklichkeit sehen wir nur ein weiteres verlorenes finanzpolitisches Rückzugsgefecht. Die Landesregierung hat den Karren mit dem Schloss in den Dreck gefahren und bekommt ihn nicht wieder heraus.

Herr Fielmann ist bereit, für Schleswig-Holstein die Lücke zu schließen, die die Regierung gerissen hat. Und wir müssen froh sein, dass er diesmal etwas dazubezahlt. Ich freue mich über das Engagement von Herrn Fielmann und bin überzeugt, Schloss Plön ist bei ihm in guten Händen. Selbstverständlich verfolgt der Fielmann-Konzern mit der neuen Bildungsstätte wirtschaftliche Interessen, aber gerade deshalb wird er sich um die Wiederherstellung und den Erhalt des Schlosses kümmern, anders als unsere Landesregierung.

Die von der Fielmann-Akademie geplanten Investitionen in die Bausubstanz des Schlosses werden dieses Denkmal in neuem Glanz erscheinen lassen, zur Freude der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und als leuchtendes Zeichen für die kultur- und finanzpolitische Unfähigkeit der rot-grünen Landesregierung.

Der **Kaufpreis** von 7 Millionen DM soll kulturellen Zwecken zufließen. Ich hoffe, es gelingt der Landesregierung dann wenigstens bei den restlichen Kulturdenkmälern im Landesbesitz, Entwicklungen wie beim Schloss Plön zu verhindern, sodass wir demnächst nicht gebeten werden, dem Verkauf des Schlosses Gottorf zuzustimmen. Die Entscheidung liegt nun bei uns.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben in der Fraktion lange darüber diskutiert. Es ist wirklich eine Gratwanderung zwischen den fiskalpolitisch und den kulturpolitisch Orientierten in der Frak-

(Wolfgang Kubicki)

tion. Wir mussten nach längerer Debatte feststellen, dass drei von uns für die Veräußerung sind, drei dagegen und einer sich der Stimme enthalten hat.

(Heiterkeit)

Ich denke, dass die Diskussion - jedenfalls von der Gemengelage her - in den übrigen Fraktionen in etwa gleich verläuft. Trotzdem, Herr Minister, bin ich mir sicher, dass am Ende der Debatte im Finanzausschuss am Freitag eine Zustimmung des Hauses zum Verkauf stehen wird. Ich jedenfalls werde mich nach wie vor dafür einsetzen.

(Beifall im ganzen Haus - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Birk das Wort.

**Angelika Birk** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als kulturpolitische Sprecherin meiner Fraktion kann ich Ihnen mitteilen, dass wir uns eindeutig entschieden haben und die kulturpolitische und finanzpolitische Seite dieser Debatte damit in Einklang zu bringen wissen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Ich glaube, wir sollten hier weniger pharisäerhaft sein, als die Opposition es an dieser Stelle ist. Auf Bundesebene sind Stiftungsgesetze in der Revision. Wir, das Parlament, die Landesregierung, haben uns im Rahmen des Schleswig-Holstein-Festivals und anderer großer Ereignisse immer darum bemüht, eine gemeinsame Anstrengung mit denjenigen zu unternehmen, die bereit sind, ihre **Wirtschaftskraft** zur Verfügung zu stellen und in die **Kultur** zu investieren. Warum sollten wir es in diesem Fall nicht tun? Darauf sind Sie uns eine Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Es liegt ein gutes Gesamtpaket vor. In einer Zukunftsbranche, die dem Strukturwandel dieses Landes gut ansteht, werden **Arbeitsplätze** geschaffen. Dies ist gleichzeitig ein wichtiger Baustein in der beruflichen Weiterbildung für dieses Land, verbunden mit einem überregionalen Transfer.

Wir haben darüber hinaus die kulturpolitische Chance, der Öffentlichkeit dieses Schloss endlich wieder so zu präsentieren, wie das Schloss es verdient.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wird eine Augenweide sein. Dass nun ausgerechnet die Optiker eine Augenweide herstellen und sich an

diesem Standort selber der Augenweide der Landschaft und der Kulturstadt Plön erfreuen können, hat Charme.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Wir haben über **Preise** zu reden. Über Kritikwürdiges an der Einleitung des Verkaufsverfahrens haben wir hier im letzten Jahr diskutiert. Dazu habe auch ich einige harte Worte gefunden. Wenn sich aber nun eine solche Chance bietet und eine Persönlichkeit wie Herr Fielmann, die in diesem Lande glücklicherweise vorhanden ist, ein Angebot macht, das so viele Vorteile bietet - er denkt natürlich auch ein Stück weit an das eigene Unternehmen, aber er tut gleichzeitig etwas, was der Allgemeinheit nützt; das ist leider nicht bei allen unternehmerischen Entscheidungen der Fall -,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

dann wäre die Landesregierung kleinlich, wenn sie diese Chance - wegen 1 Million DM hin oder her - scheitern ließe. In diesem Fall vertraue ich in das Verhandlungsgeschick des Finanzministers, wie wir dies auch bei vielen anderen Gelegenheiten tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, es gibt keinen Nachweis, dass das Land bei diesem Geschäft einen Schaden erleidet. Ich finde, es ist ausgesprochen klug, dass der **Erlös** der Kulturpolitik wieder zugute kommt und dass hier eine breite Fächerung gefunden wurde: einerseits Investitionen in vorhandene andere Schlösser, andererseits in die Kulturstiftung und schließlich ein gewisser Teil in die soziokulturellen Zentren.

Dies alles ist eine runde Sache und ist uns schon anlässlich der Haushaltsberatungen mitgeteilt worden, sodass wir hier eine politische Entscheidung, eine Grundsatzentscheidung fällen konnten. Zeitnah sind nun die notwendigen Unterlagen da, um dieses Verkaufsgeschäft abzuschließen. Ich bitte auch als Kulturpolitikerin, hier keine neuen finanzpolitischen Hürden aufzubauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ein letzter Punkt bezogen auf die Schülerinnen und Schüler: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, da es hier viele gibt, die sich gerade auch um die **Internatsbewohnerinnen und -bewohner** sehr bemüht haben, dass sie einen guten Übergang finden. Ich finde es ausgesprochen pffiffig, dass diese jungen Leute ihrerseits nach einem günstigen Verbleib suchen und sich gerade die Älteren unter ihnen in Verhandlungen mit örtlichen Wohnungsbaugesellschaften begeben haben,



(Angelika Birk)

ob es nicht möglich wäre, durch neue Formen des Jugendwohnens und der Jugendwohngemeinschaften eine pädagogisch innovative Form zu wählen. Es spricht für die Reife dieser jungen Leute und für die Einrichtung, in der sie bisher gewohnt haben, dass sie in der Lage sind, selbstständig Verhandlungen aufzunehmen. Ich wünsche dabei allen Erfolg und ich denke, wir als Abgeordnete haben die Verpflichtung, sie dabei zu unterstützen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Lars Harms [SSW])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass wir es mit dem **Plöner Schloss** mit einem **Kulturdenkmal** zu tun haben, ist es gerechtfertigt, dass sich der Landtag heute sozusagen in dritter Lesung mit dem Projekt befasst. Der SSW hat sich in den früheren Debatten im Landtag für den Verkauf ausgesprochen. Dazu stehen wir. Die Gründe sind klar. Ich werde sie heute nicht wieder aufzählen. Die kann man im Protokoll nachlesen.

Zu dem **Verkaufsverfahren** - und darum geht es heute - ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Aus der Begründung des Finanzministeriums geht das Verfahren hervor. Wer das Gutachten gelesen hat, stellt fest, dass in diesem Gutachten alles dargelegt ist. Ich kann nur die Auffassung des Kollegen Kubicki wiederholen: Das Gutachten ist in Ordnung. Wenn man zu den Verfahren selbst noch etwas zu bemängeln hat, kann man das im Ausschuss tun. Letztlich ist die Kontrollfunktion des Landtages durch die Arbeit der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ gewährleistet.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Wir sollten dem meiner Meinung nach zustimmen.

Dass gesagt wird, der **Sachwert** sei höher als der **Ertragswert**, mag ja nicht überraschen. Das ist so. Aber das sagt nichts über die Wirklichkeit aus, denn so einfach ist es ja nun nicht, ein Schloss zu verkaufen.

Auch die Sanierung einer solchen Liegenschaft ist keine einfache Geschichte. Wer sich in der Republik auskennt, weiß, dass das kein schleswig-holsteinisches Problem ist.

Wir wissen auch - ich wiederhole das -, dass das Schloss Plön seit 1946 ein Internat ist. Ich frage mich, wie viel Öffentlichkeit ist eigentlich dadurch gewährleistet worden? Damit meine ich: Wir sollten nicht so

tun, als würden wir ein Museum verkaufen oder etwas schließen, was vorher nur für die Öffentlichkeit und die Gesellschaft da gewesen war.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD])

Das ist nicht so. Die gefundene Lösung ist für uns in Schleswig-Holstein meiner Ansicht nach eine gute Lösung. Im Grunde genommen bekommen wir ein Kulturdenkmal mehr. Daher appelliere ich an alle, auf dem Teppich zu bleiben und diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Wenn wir jetzt alle Brillen von Fielmann tragen, werden wir wahrscheinlich auch keine unterschiedliche Bewertung mehr haben.

Zu einem Kurzbeitrag nach den berühmten Ziffern unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Kalinka das Wort.

**Werner Kalinka [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Kubicki hat uns in gewohnter Art und Weise aus der Seele gesprochen. Es geht nicht darum, neue Hürden aufzubauen. Aber es ist auch der Punkt, Anmerkungen zu dem Thema zu machen, wenn man sie noch hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

Ich möchte kurz folgende Punkte aufführen: Das **Gutachten** stammt vom 1. Dezember. Es überrascht eigentlich schon, dass es im Gutachten heißt, bei der Ertragswerterrechnung - und auf den Ertragswert kommt es ja an - habe man nicht die künftige Nutzung, die nicht bekannt gewesen sei, sondern die alte Nutzung in Rechnung gestellt. Das ist für mich einigermaßen erstaunlich, denn spätestens seitdem wir wissen, dass Ende Oktober das Gespräch der Regierung mit Herrn Fielmann stattgefunden hatte, wussten auch Sie, wie die neue Nutzung aussehen soll. Dies ein kritischer Punkt zu **Wertberechnung**.

Beim Ertragswert, dem Sachwert, ist ein Abschlag wegen Denkmalschutzes gemacht worden. Ich denke, dass auch die Frage steuerliche Abschreibungen in dieser Angelegenheit nach der Finanzausschusssitzung

(Werner Kalinka)

durchaus auf der Tagesordnung steht. Hier können möglicherweise mehrere Vorteile zusammenkommen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, ich stelle diese Fragen und das ist ja wohl vollkommen okay.

(Günter Neugebauer [SPD]: Ja, das ist in Ordnung!)

Der dritte Punkt: Die **PKW-Stellplätze** in der Stadt Plön sind ein besonderes Problem. Sie sind nicht in die Wertermittlung eingegangen. Das stelle ich ausdrücklich fest.

Der vierte Punkt betrifft die finanzielle Größenordnung: Ein **Tennisplatz** in Seenähe, 1.250 m<sup>2</sup>, für 93.000 DM ist nicht gar so teuer gekauft.

Das Finanzamt, Herr Minister, wird vermutlich neu gebaut. Die Beamten werden sich freuen. Das ist auch gut so. Ich hoffe aber nicht, dass am Ende dabei herauskommt, dass das Finanzamt teuer von der Regierung - weil privat gebaut - wieder zurückgemietet werden muss und die Rechnung unter dem Strich zumindest sehr differenziert ist. Hoffen wir, dass die Rechnung aufgeht. Ich erlaube mir aber auch den Hinweis, nachdem wir das Gutachten eingesehen haben und nach den Berechnungen: Vermutlich werden wir erst später nach der Entscheidung endgültig wissen, wie die Gesamtrechnung ausgesehen hat.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Damit ist die Rednerliste abgearbeitet. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Vorlage dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/656

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. - Herr Abgeordneter Maurus hat das Wort.

**Heinz Maurus [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach Angaben des Statistischen Landesamtes nutzen 135 Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein die in § 3 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes vorgesehene Möglichkeit, von Zweitwohnungsbesitzern eine **Zweitwohnungssteuer** als so genannte örtliche Aufwandssteuer zu erheben. Rund 31 Millionen DM gelangten so zum Beispiel im Jahr 1998 in die Säcke der schleswig-holsteinischen Kommunen.

So konnten zum Beispiel die Hansestadt Lübeck 2.323.695 DM, die Gemeinde Timmendorfer Strand 1.832.392 DM, die Gemeinde Grömitz 2.636.783 DM, die Stadt Westerland 3.654.981 DM, die Gemeinde St. Peter Ording 1.598.858 DM und die Hallig Hooge immerhin noch 4.897,00 DM aus dieser Steuer in ihren Haushalten verbuchen.

Für viele Städte und Gemeinden vor allem in den durch den Tourismus geprägten Kreisen unseres Landes ist die Zweitwohnungssteuer ein fester Bestandteil zur **Finanzierung der Haushalte**. In einigen Städten und Gemeinden ist sie sogar unabdingbar, um überhaupt noch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Gängige Praxis der Kämmereien im Lande ist es, Teilbeträge der in einem Jahr anfallenden Steuerschulden -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Heinz Maurus [CDU]:**

- wie bei anderen Steuern und Abgaben auch bereits während des Veranlagungszeitraumes anzufordern.

Das Schleswig-Holsteinische Obergericht hat in seinem **Urteil** vom 18. Oktober 2000 - Aktenzeichen: 2 L 112/99 - nach Auffassung des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages zu Recht festgestellt, dass die hierfür erforderliche gesetzliche Ermächtigung fehle. Das Innenministerium führt hingegen in einem Schreiben vom 21. Dezember 2000 aus, dass die Auffassung des **OVG Schleswig** nicht nachvollziehbar sei. Im Weiteren räumt es aber ein, dass eine KAG-Änderung grundsätzlich geeignet sei, im Jahre 2001 kurz- beziehungsweise mittelfristige Liquiditätslücken in den Haushalten der Zweitwohnungssteuer erhebenden Gemeinden zu vermeiden.

Des Weiteren weist es daraufhin, dass das Urteil des OVG Schleswig noch keine Rechtskraft erlangt habe. Grundsätzlich wird von dort zu einer möglichen Gesetzesänderung kritisch ausgeführt:

(Heinz Maurus)

„Es kann vom Gesetzgeber des Grundgesetzes nicht gewollt gewesen sein, dass die rechtsprechende Gewalt ihren vor der höchst-richterlichen Rechtsprechung verfassungsrechtlich zugebilligten weiten Spielraum zur Auslegung von Gesetzesnorm dazu nutzt, an sich klare im Sinn- und Sachzusammenhang schlüssige und auch vernünftige Gesetznormen am Willen des Gesetzgebers vorbei zu interpretieren und damit vom Gesetzgeber nicht gewolltes Recht zu setzen, das nur durch Gesetzesänderungen in den Status quo ante zurückgeführt werden kann. Aber genau das würde der schleswig-holsteinische Gesetzgeber im vorliegenden Fall mit einer Realisierung der vorgeschlagenen KAG-Änderung anerkennen.“

Dieser Streit darf jedoch nicht auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen werden, zumal ihnen auch die Unwägbarkeit des weiteren Instanzenweges nicht zuzumuten ist.

Daher ist, wenn die Zweitwohnungssteuer

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Abschaffen!)

weiterhin als Jahressteuer erhoben werden soll, und zugleich sichergestellt werden soll, dass **Teilbeträge** der künftigen Steuerschuld bereits während des Veranlagungszeitraumes angefordert werden können, in das Kommunalabgabengesetz eine Regelung einzufügen, die zu einer entsprechenden satzungsrechtlichen Regelung ermächtigt. Diese Regelung gibt den Gemeinden Rechtsklarheit, sie beseitigt beziehungsweise verhindert Liquiditätsengpässe und verspricht für die Zukunft Rechtssicherheit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wem denn?)

Daher beantragen wir, in § 3 KAG folgenden Absatz 4 anzufügen:

„(4) Wird eine Steuer als Jahressteuer erhoben, kann durch Satzung festgelegt werden, dass der Steuerpflichtige Vorauszahlungen auf die Steuer zu entrichten hat, die er für den laufenden Veranlagungszeitraum voraussichtlich schulden wird.“

Diese Gesetzesänderung soll unmittelbar nach ihrer Verkündung in Kraft treten, wenn Sie ihr denn zustimmen.

Im Vorwege darf ich dem Innenminister für seine signalisierte Zustimmung und Zurückstellung der eben von mir genannten Bedenken danken. Ich glaube, wir haben hier eine kommunalfreundliche Regelung, die wir hoffentlich gemeinsam auf den Weg bringen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber eine bürgerfeindliche Regelung! Ausgerechnet die CDU macht das!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Jetzt erteile ich Herrn Abgeordneten Puls das Wort.

**Klaus-Peter Puls [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für den Wortbeitrag der SPD-Landtagsfraktion kann ich mich auf einen Satz beschränken, den ich wie folgt formulieren möchte:

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber bitte kurz!)

Wenn es so ist, dass bei gemeindlichen Aufwandssteuern wie der **Zweitwohnungssteuer**, sofern sie als Jahressteuer erhoben werden, nach einem Urteil des Schleswig-Holsteinischen **Oberverwaltungsgerichts** vom 18. Oktober 2000 die Steuerschuld erst am Ende des Veranlagungsjahres entsteht und erhoben werden darf mit der Folge, dass es während des Veranlagungszeitraumes immer wieder zu Liquiditätsproblemen der die Steuer erhebenden Gemeinden kommt, und wenn das derzeitige Kommunalabgabengesetz des Landes Schleswig-Holstein keine Ermächtigungsgrundlage für die Kommunen enthält,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

die es ermöglicht, Vorauszahlungen auf Jahressteuern in **Teilbeträgen** der künftigen Steuerschuld schon während des Veranlagungszeitraumes zu erheben, wenn es also mit dem von der CDU-Fraktion hier heute eingebrachten und vom Kollegen Heinz Maurus überzeugend begründeten Gesetzentwurf

(Widerspruch des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

gelingen kann, Jahressteuern erhebende Gemeinden kurzfristig in die Lage zu versetzen, Steuervorauszahlungen auf Jahressteuern zu erheben, auf diese Weise vorhandene Liquiditätsprobleme zu lösen und damit insgesamt ihre Haushaltspolitik und Finanzplanung flexibler und effektiver zu gestalten,

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

dann sind auch wir als SPD-Landtagsfraktion selbstverständlich bereit, ohne konstruierte parteipolitisch motivierte Bedenken anzuerkennen und zu unterstreichen, dass es sich um einen insgesamt kommunalfreundlichen und gemeindeförderlichen Gesetzentwurf

(Klaus-Peter Puls)

handelt, zu dem wir mit Dank an die Initiatoren schon heute in erster Lesung für die am Freitag vorgesehene zweite Lesung unsere ausdrückliche und uneingeschränkte Zustimmung ankündigen können.

(Heiterkeit und Beifall)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort zu einem Satz Herrn Abgeordneten Hildebrand.

(Konrad Nabel [SPD]: Ein Satz, Herr Kollege! - Unruhe)

**Günther Hildebrand [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich bin leider kein Germanist und unternehme gar nicht erst den Versuch, hier dem Kollegen Puls das nachzutun. Ich bin auch kein Jurist. Wahrscheinlich ist es auf einige wenige Berufsgruppen beschränkt, solche Formulierungen vorzunehmen. Dafür auf jeden Fall meine Hochachtung! Zum Inhalt allerdings habe ich eine etwas abweichende Meinung.

Wie einige von uns vielleicht schon wussten und uns die CDU durch die Problemschilderung mitgeteilt hat, wurde durch die Entscheidung des **Oberverwaltungsgerichts** festgestellt, dass die bisher übliche Praxis, die **Zweitwohnungssteuer im Voraus** zu erheben, einer rechtlichen Grundlage entbehrt. Es gibt also im Kommunalabgabengesetz keine Ermächtigungsgrundlage, auch nicht durch eine Satzung, die Erhebung der Zweitwohnungssteuer im Voraus zu erheben. Die Zweitwohnungssteuer entsteht also erst zum Jahresende und kann daher auch erst dann erhoben werden, zumindest die Schuld der Zweitwohnungssteuer.

Der uns vorliegende Gesetzentwurf der CDU soll nun die Entscheidung des OVG wieder korrigieren, indem jetzt im Gesetz die entsprechende Voraussetzung geschaffen wird, die Zweitwohnungssteuer bereits zum Jahresbeginn im Voraus oder während des Jahres erheben zu können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unglaublich!)

Aber ist das der richtige Weg?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein!)

Ein Gericht, in diesem Fall das OVG, hat festgestellt, dass eine Abgabe oder - wie hier - eine Steuer erst am Jahresende erhoben werden darf - und schon haben wir nichts Besseres zu tun, als umgehend durch eine Gesetzesänderung den alten Zustand wieder herzustellen, frei nach dem Motto: Wir werden schon sehen, wer Recht behält oder sich durchsetzt, der Staat oder renitente Besserwisser. Welches Rechtsverständnis wird

hier offenbar? Was sollen Bürgerinnen und Bürger davon halten, wenn sie sich vor Gericht ihr Recht erkämpfen, aber letztendlich doch die Verlierer sind?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie begründen den Gesetzentwurf mit **Liquiditätsproblemen der Kommunen**. Erstens bleibt festzustellen, dass bei weitem nicht alle Kommunen - Herr Maurus, Sie haben die Zahlen genannt - die Zweitwohnungssteuer erheben und deshalb dort die Probleme gar nicht entstehen können.

Zweitens ist es schon sehr bedenklich, wenn aufgrund von späteren Steuereingängen eine Gemeinde zahlungsunfähig werden soll.

Drittens müssen wieder einmal die Bürgerinnen und Bürger dafür herhalten, wenn das Geld knapp wird, ohne sie zu fragen, ob sie vielleicht auch Liquiditätsprobleme haben.

Viertens sind doch nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die finanziell angespannte Situation verantwortlich, sondern in Schleswig-Holstein das Land, das durch die Kürzung der Verbundmasse und die anderen Änderungen im Finanzausgleich zur Armut der Kommunen wesentlich beiträgt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unter „c) Alternativen“ schreiben Sie:

„Keine. Die Liquiditätsprobleme der Kommunen sind nur zu lösen, wenn es den Gemeinden ermöglicht wird, Steuervorauszahlungen zu erheben.“

Meinen Sie nicht, dass Sie hier der Zweitwohnungssteuer vielleicht ein wenig zu viel an Verantwortung übertragen? Aber immerhin ist es ja beruhigend zu erfahren, dass direkte Kosten nicht entstehen und der Verwaltungsaufwand gering bleibt.

Hier wird in eklatanter Weise wieder einmal das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat erschüttert. Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen können wir den Gesetzentwurf der CDU nicht unterstützen und lehnen ihn ab. Das fällt uns umso leichter, als wir ohnehin stärkste Zweifel an der Erhebung der Zweitwohnungssteuer haben.

(Beifall bei der F.D.P. - Heinz Maurus [CDU]: Jetzt kommen Sie auf den Punkt! Das ist die Wahrheit! Das ist der Kern und nichts anderes! - Weitere Zurufe)

- Ja, deshalb sage ich das ja auch, Herr Maurus! Wir haben da nichts zu verbergen. Wir haben stärkste

**(Günther Hildebrand)**

Zweifel an der Erhebung der Zweitwohnungssteuer und würden sie am liebsten abschaffen.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe)

Aber das steht hier ja leider nicht zur Diskussion.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Heinold.

(Günter Neugebauer [SPD]: Partei der Besserverdienenden! - Weitere Zurufe)

- Wir wollen jetzt der Frau Abgeordneten Heinold zuhören.

**Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht um die **Zweitwohnungssteuer** - Ja oder Nein. Diese Diskussion ist vor ungefähr 20 Jahren hier im Landtag geführt worden. Ich habe das einmal nachgelesen und mich informiert und weiß nun auch, dass es nach Artikel 106 des Grundgesetzes das Recht der Gemeinden ist, die Zweitwohnungssteuer zu erheben. Insofern hat Schleswig-Holstein - ob wir die Zweitwohnungssteuer nun wollen oder nicht - gar keine Kompetenz. Der F.D.P. hingegen steht es ja frei, sich in Berlin eine Zweidrittelmehrheit dafür zu suchen, den Kommunen diese Möglichkeit zu nehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Braucht man gar nicht!)

Wir werden die Finanz- und **Liquiditätsprobleme**, die es in den einen **Kommunen** mehr, in den anderen Kommunen weniger gibt, mit Sicherheit nicht dadurch lösen, dass wir diese Jahressteuer im Rahmen von Vorwegabzügen von den Bürgerinnen und Bürgern einfordern. Herr Puls hat sehr deutlich gemacht, dass es eine Möglichkeit für die Kommunen ist, flexibler damit umzugehen. Sie haben in Zukunft die Möglichkeit, die Zweitwohnungssteuer im Rahmen von Vorwegzahlungen einzutreiben. Die Kommunen werden dies entscheiden und auch verantworten müssen. Ich will ihnen diese Entscheidungsmöglichkeit nicht nehmen und kann mich daher mit diesem Gesetzentwurf anfreunden.

Sie haben schon gehört, dass unser größerer Koalitionspartner euphorisch für den Vorschlag der CDU ist. Da das Ganze eine Kannvorschrift im Rahmen von Flexibilisierung für die Kommunen ist, werden wir dies im Ausschuss beraten. Ich gehe davon aus, dass uns der Innenminister rechtlich einwandfrei berät. Aufgrund dieser Beratung werden wir dann entscheiden. Ich sehe das eher positiv im Sinne der CDU. Es

ist - zumindest für die Zeit, die ich dem Parlament angehöre - ein Novum und spricht durchaus für unser demokratisches System, dass es einer Oppositionspartei gelingt, in erster und zweiter Lesung ein Gesetz in einer Landtagsdebatte zu ändern. So etwas kann - und muss - vorkommen, wenn wir einen gesunden Parlamentarismus pflegen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich erteile der Frau Abgeordneten Hinrichsen das Wort.

**Silke Hinrichsen [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde in meinem Redebeitrag nicht noch einmal auf das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Obergerichtes eingehen. Herr Maurus ist darauf schon eingegangen. Aufgrund dieses Urteils ergibt sich die Situation, dass es den Gemeinden aufgrund des derzeitigen KAGs nicht möglich ist, über eine eigene Satzung zu bestimmen und **Vorauszahlungen** auf eine **Jahressteuer** zu verlangen. Es fehlen die entsprechenden gesetzlichen Ermächtigungen. Diese sollen mit diesem Gesetzentwurf nun geschaffen werden.

Bei den betroffenen **Gemeinden** besteht ein **Liquiditätsproblem**. Wir haben uns beispielhaft bei der Gemeinde Sylt-Ost erkundigt. Im Jahr 2000 hatte die Gemeinde Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer in Höhe von zirka 1,9 Millionen DM. Genauso hohe Einnahmen brachte die Grundsteuer B. Bei einem Haushaltsvolumen von zirka 15,4 Millionen DM machten die Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer einen Anteil von zirka 12 % aus. Wenn wir keine gesetzliche Änderung herbeiführen, die eine Vorauszahlung der Steuerschuld wieder ermöglicht, muss das Amt für den Haushaltsvollzug im Jahr 2001 mit fast 2 Millionen DM weniger auskommen als geplant.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Dieses Beispiel zeigt, dass die Liquiditätsprobleme in diesen Kommunen mit sehr vielen Zweitwohnungen real sind. Wir sollten nicht verkennen, dass dies sicherlich nur einige Gemeinden betrifft. Ich diskutiere hier nicht über die Zweitwohnungssteuer, sondern über eine Finanzierungsmöglichkeit der Gemeinden. Wir sollten den Gemeinden dafür alle Möglichkeiten verschaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

(Silke Hinrichsen)

Ich weiß nicht, wie das bei Ihnen ist. Ich leiste bei der Einkommensteuer Vorauszahlungen. Darüber hinaus leiste ich auch beim Strom eine Vorauszahlung, die hinterher abgerechnet wird. Aus diesem Grunde habe ich hierbei kein Problem. Hinsichtlich der grundsätzlichen Debatte über die Zweitwohnungssteuer habe ich sicherlich auch meine Zweifel. Nur führen wir diese Debatte hier nicht. Solange es Gemeinden mit mehr Zweitwohnungen als Bewohnern gibt, weil es Menschen gibt, die sich eine Wohnung an ihrem Arbeitsplatz nicht leisten können, müssen wir dieses Instrument nutzen. Wir halten es daher für vertretbar, dass die alte Praxis wieder zugelassen wird und Vorauszahlungen verlangt werden können.

(Beifall bei SSW und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Minister Buß hat das Wort.

**Klaus Buß, Innenminister:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion reagiert mit ihrem Antrag auf ein **Urteil des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts** vom 18. Oktober 2000, das noch nicht rechtskräftig ist. Sie will damit erneut - unter Anlehnung an das Urteil - eine Rechtsgrundlage für gemeindliche Satzungsregelungen schaffen, die die Erhebung von **Vorauszahlungen** von örtlichem **Aufwands- und Verbrauchssteuern** zulässt. Das OVG hat in seiner Entscheidung festgestellt, dass die Steuerschuld bei Jahressteuern - zum Beispiel die Zweitwohnungssteuer - grundsätzlich erst am Ende des Veranlagungsjahres entstehe und den Gemeinden kein Ermessen zukomme, abweichende Satzungsregelungen zu treffen. Mit dieser Entscheidung gibt das OVG erstmals seine bisher zum Kommunalabgabengesetz vertretene Rechtsauffassung auf, dass die Zweitwohnungssteuer mit Beginn des Innehabens der Wohnung beziehungsweise mit dem Beginn des jeweiligen Steuerjahres entsteht. Herr Hildebrand, das ist nicht nur Praxis, sondern auch Auffassung der Rechtsprechung gewesen.

Die bisherige **Rechtsprechung** des OVG entsprach dem Regelungsziel des schleswig-holsteinischen Gesetzgebers zu § 2 Abs. 1 KAG. Danach muss die Satzung den Entstehungszeitpunkt sowie den Zeitpunkt der Fälligkeit kommunaler Abgaben angeben. Mit der Entscheidung vom 18. Oktober 2000 setzt sich das OVG über den Regelungswillen des Gesetzgebers, der in der Begründung zum Kommunalabgabengesetz zum Ausdruck kommt, hinweg. Ich habe Zweifel, ob die vom OVG vorgenommene Interpretation des § 2 Abs. 1 KAG haltbar ist. Wie gesagt, das Urteil ist

nicht rechtskräftig. Die Nichtzulassungsbeschwerde läuft.

Da das beklagte Amt gegen das Urteil des OVG keine Zulassungsbeschwerde eingelegt hat, wäre es auch vertretbar, zunächst die weitere Entwicklung der Rechtsprechung abzuwarten. Herr Maurus, das war auch Gegenstand des Schreibens, das Sie richtig zitiert haben. Die eingebrachte Änderung des Kommunalabgabengesetzes könnte aber geeignet sein, im Jahre 2001 kurz- beziehungsweise mittelfristige **Liquiditätslücken** in Haushalten der Zweitwohnungssteuer erhebenden **Gemeinden** zu vermeiden. Aus unserer bisherigen Interpretation der Gesetzesformulierung ist die neue Regelung letztlich nur deklaratorisch. Es ist keine materielle Änderung. Ich denke, das sollte man einmal sagen. Die Vorschläge werden von den betroffenen Gemeinden als pragmatische Lösungen angesehen, sodass dem Gesetzentwurf im Sinne der Gemeinden zugestimmt werden kann. Die Gemeinden müssen aber wissen, dass sie - wenn so entschieden wird - ihre bisherige Satzung zu diesem Punkt neu erlassen müssen, weil eine neue Rechtsgrundlage besteht. Dieser Mühe müssen sie sich unterziehen. Jede Gemeinde kann dann für sich noch einmal in eine Grundsatzdebatte über eine solche Zweitwohnungssteuer eintreten. Kleinere gesetzestechnische Korrekturen können noch im Ausschuss erörtert werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Die Gesetzesvorlage soll dem Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden. Gibt es Anträge auf Mitberatung? - Das ist nicht der Fall. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir können jetzt noch einige Vorlagen ohne Aussprache behandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/572

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/648

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Ich erteile der Berichterstatterin, Frau Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt Ihnen einstimmig, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Der beteiligte Wirtschaftsausschuss hat sich - ebenso wie der beteiligte Finanzausschuss - diesem Votum angeschlossen.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung insgesamt abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Durchführung der Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter des Flurbereinigungsgerichts**

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 15/637

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

**Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl vom 27. Februar 2000**

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Drucksache 15/636

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Schwalm, das Wort.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich in vier Sitzungen, zuletzt am 10. Januar 2001, mit der Gültigkeit der Landtagswahl 2000 und den gegen sie erhobenen Einsprüchen befasst.

Hierzu lag ihm zum einen der Vorprüfungsbericht des Landeswahlleiters, Umdruck 15/219, vor. Zum anderen hat der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion

beschlossen, zu den Themen „Begriff der Partei der dänischen Minderheit“ und „Verfassungsmäßigkeit ihrer Privilegierung im Schleswig-Holsteinischen Landeswahlrecht“ ein **Rechtsgutachten** einzuholen. Der Auftrag zur Erstellung eines Rechtsgutachtens wurde Prof. Dr. Pieroth von der Universität Münster erteilt. Das Gutachten liegt als Umdruck 15/634 vor. Es war neben dem Bericht des Landeswahlleiters Grundlage der Beratung und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses.

Im Folgenden gehe ich auf vom Ausschuss behandelten **Einsprüche** ein. Die Einspruchsführer Professor Dr. Henkel, Henftling, Köhler, Hennig, Bull und Hökendorff beanstanden die zu Gunsten des SSW erfolgte Mandatsverteilung. Die insoweit erhobenen Bedenken sind unbegründet. Der Ausschuss verweist hierzu im Wesentlichen auf die Ausführungen des Landeswahlleiters in seinem Vorprüfungsbericht unter Nummer 3, die im Ergebnis durch das von Prof. Dr. Pieroth erstattete Rechtsgutachten bestätigt worden sind.

Die in diesem Zusammenhang relevante Vorschrift des § 3 Abs. 1 **Landeswahlgesetz** lautet wie folgt:

„An dem Verhältnisausgleich nimmt jede Partei teil, für die eine Landesliste aufgestellt und zugelassen worden ist, sofern für sie in mindestens einem Wahlkreis eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter gewählt worden ist oder sofern sie insgesamt fünf v.H. der im Land abgegebenen gültigen Zweitstimmen erzielt hat. Diese Einschränkungen gelten nicht für Parteien der dänischen Minderheit.“

Der Wortlaut dieser Vorschrift macht ohne jeden Zweifel deutlich, dass das Privileg für Parteien der dänischen Minderheit für die gesamte Landesliste dieser Parteien gilt. Eine partielle Befreiung etwa nur für den Landesteil Schleswig ist der Norm nicht zu entnehmen. Eine Zählung der Zweitstimmen getrennt nach Landesteilen würde daher dem Gesetzeswortlaut widersprechen. Die Zuteilung der Sitze an den SSW ist demzufolge korrekt erfolgt, wenn es sich bei dem SSW um eine Partei der dänischen Minderheit handelt. Das aber ist der Fall.

Eine **Partei der dänischen Minderheit** ist nach Auffassung des Ausschusses eine politische Vereinigung, deren Tätigkeit sich auf das Gebiet von Südschleswig beschränkt und die von Mitgliedern der dänischen Minderheit gebildet wird und die dänische Minderheit repräsentiert, indem sie durch ihr Programm und ihr Auftreten ihr Bekenntnis zum dänischen Volkstum zum Ausdruck bringt und organisatorisch in die dänische Minderheit eingebunden ist. Diese Voraussetzungen liegen - wie bereits vom Landes-

(Monika Schwalm)

wahlleiter in seinem Vorprüfungsbericht dargelegt - beim SSW vor.

Das gilt auch dann, wenn - wie von einem Einspruchsführer vorgebracht worden ist - inzwischen jedermann Mitglied des SSW werden kann. Der Kurs des SSW wurde und wird nämlich nach wie vor von der dänischen Minderheit bestimmt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben wir nicht!)

Die Partei weist bis heute enge Verbindungen zum kulturellen Dachverband der dänischen Minderheit auf und ist deshalb fest in der dänischen Minderheit verankert. Der SSW ist mithin eine Partei der dänischen Minderheit mit der Folge, dass gegen die erfolgte Mandatsverteilung auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Landeswahlgesetz durchgreifende Bedenken nicht bestehen.

Die von einigen Einspruchsführern bezweifelte Verfassungskonformität der Befreiung des SSW von der **Sperrklausel** im gesamten Landesgebiet zu überprüfen, ist nicht Aufgabe des Landtages im Wahlprüfungsverfahren; denn ihm steht in Bezug auf das Landeswahlgesetz eine Verwerfungskompetenz nicht zu. Dessen ungeachtet ist es nicht unzulässig, dass sich der Innen- und Rechtsausschuss im Rahmen seiner die Entscheidung des Landtages über die Einsprüche vorbereitenden Tätigkeit Gedanken über die in Zweifel gezogene Verfassungskonformität einer wahlrechtlichen Vorschrift macht, wenn er meint, dass diese Zweifel unberechtigt sind, und wenn er Anlass sieht, die **Verfassungskonformität** der angegriffenen Regelung ausdrücklich zu bestätigen.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

**Monika Schwalm [CDU]:**

Vor diesem Hintergrund hat sich der Ausschuss mit der Frage befasst, ob § 3 Abs. 1 Satz 2 Landeswahlgesetz mit der Landesverfassung und dem Grundgesetz vereinbar ist. Er beantwortet diese Frage mit einem eindeutigen Ja: Zwar führt das in § 3 Abs. 1 Satz 2 Landeswahlgesetz verankerte Privileg der Parteien der dänischen Minderheit zu einer Beeinträchtigung der Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien im Vorfeld der Wahlen. Diese Beeinträchtigung wird jedoch durch hinreichend gewichtige Gründe legitimiert.

Hinzuweisen ist insoweit darauf, dass die dänische Minderheit zu den politisch bedeutsamen Faktoren in Schleswig-Holstein gehört,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer behauptet das denn? - Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

deren parlamentarische Repräsentanz durch die Regelungen des Wahlrechts ermöglicht werden soll.

Des Weiteren ist davon auszugehen, dass die internationale Staatengemeinschaft und vor allem Dänemark nach wie vor Anteil an der Behandlung der dänischen Minderheit nehmen. Eine Abschaffung der wahlrechtlichen Begünstigung der dänischen Minderheit würde noch heute zu einer Beeinträchtigung des politischen Klimas zwischen Dänemark und Deutschland führen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber nicht mehr lange!)

Eine weitere Rechtfertigung findet das Privileg in § 5 Abs. 2 Satz 2 Landesverfassung, der ausdrücklich vorsieht, dass die dänische Minderheit Anspruch auf Schutz und Förderung hat.

Ein verfassungsrechtlicher Vorwurf kann dem Landesgesetzgeber schließlich auch nicht deshalb gemacht werden, weil er sich nicht darauf beschränkt hat, die Landesliste des SSW nur für den Landesteil Schleswig von der 5-%-Klausel auszunehmen. Eine derartige Argumentation würde nämlich in Widerspruch zu der vom Bundesverfassungsgericht zu Recht hervorgehobenen **Freiheit des Landesgesetzgebers** bei der **Ausgestaltung des Wahlsystems** treten. Diese Freiheit des Landesgesetzgebers wäre beeinträchtigt, wenn man ihn für verpflichtet halten wollte, die Befreiung von der Sperrklausel nur auf den Landesteil Schleswig zu beziehen und sich damit letztlich für ein anderes Wahlsystem - nämlich ein Landesteillisten zulassendes System - zu entscheiden.

Hinzuweisen bleibt darauf, dass die Privilegierung der Parteien der dänischen Minderheit nicht gegen das in Artikel 3 Abs. 3 Satz 1 Grundgesetz enthaltene **Verbot der Bevorzugung** wegen Abstammung, Sprache oder Heimat verstößt. Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg hat in einer 1950 ergangenen Entscheidung darauf hingewiesen, dass es sich bei der Bestimmung des § 3 Abs. 1 Satz 2 Landeswahlgesetz in der Fassung von 1950 nicht um eine echte Bevorzugung aufgrund einer nationalen Abstammung, sondern um die Anerkennung der anderen tatsächlichen Voraussetzungen handele, die bei Parteien nationaler Minderheiten unter anderem wegen ihres beschränkten Tätigkeitsgebietes gegenüber den sonstigen Parteien in Schleswig-Holstein vorliegen. Im Übrigen wird man in der Privilegierung der Parteien der dänischen Minderheit schon



(Monika Schwalm)

tatbestandlich keine Bevorzugung wegen Abstammung, Sprache oder Heimat sehen können, weil das entscheidende Kriterium für die Zugehörigkeit zur dänischen Minderheit das Bekenntnis zum dänischen Volkstum ist. § 3 Abs. 1 Satz 2 Landeswahlgesetz ist mithin - so auch Professor Dr. Pieroth - eine verfassungskonforme Regelung.

Soweit die Einsprüche mit Erwägungen begründet werden, die nichts mit der Mandatsverteilung zu Gunsten des SSW zu tun haben, kann ich es kurz machen. Einer dieser Einsprüche ist wegen Fristversäumung, ein weiterer wegen fehlender Wahlberechtigung unzulässig; die Prüfung der anderen Einsprüche hat keinerlei Anhaltspunkte für das Vorliegen relevanter Wahlfehler ergeben. Den entsprechenden Ausführungen des Landeswahlleiters in seinem Vorprüfungsbericht, die sich der Innen- und Rechtsausschuss zu Eigen macht, ist nichts hinzuzufügen.

Im Namen des Innen- und Rechtsausschusses empfehle ich Ihnen daher, die Einsprüche zurückzuweisen und das vom Landesausschuss festgestellte und vom Landeswahlleiter bekannt gegebene **Ergebnis der Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag**, die am 27. Februar 2000 stattgefunden hat, zu bestätigen.

(Beifall im ganzen Haus)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin für diesen ausführlichen und präzisen Bericht. Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer der Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

**Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht für allgemein- und berufsbildende Schulen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/214

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

Drucksache 15/644

Ich erteile dem Berichterstatter des Bildungsausschusses, Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmerone, das Wort.

**Dr. Ulf von Hielmerone [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verweise auf die Vorlage.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke auch diesem Herrn Berichterstatter.

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist auch zu diesem Punkt nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären. Wer diesem Votum folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe als letzten heutigen Tagesordnungspunkt den Tagesordnungspunkt 28 auf:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a des GG; hier: Anmeldung zum 30. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/581

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses

Drucksache 15/645

Das Wort erteile ich der Berichterstatterin des Wirtschaftsausschusses, Frau Abgeordneter Strauß.

**Roswitha Strauß [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Einvernehmen mit dem Finanzausschuss empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag einstimmig, die Anmeldung zum 30. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit der Maßgabe zur Kenntnis zu nehmen, dass erstens der Hinweis auf das Innovationsassistenten-Programm gestrichen wird, zweitens in die Förderergebnisse 1999 aufgenommen wird, dass bereits 263 Arbeitsplätze auf Frauen und 21 auf Auszubildende entfallen, und drittens die Anmeldung um eine Formulierung zur Bedeutung des Schienenverkehrs an der Westküste ergänzt wird.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich auch darüber abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

**(Präsident Heinz-Werner Arens)**

Ich unterbreche die Beratungen bis zum morgigen Tage und entlasse Sie alle in die sicherlich sehr unterschiedliche Feierabendgestaltung.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:52 Uhr**